

Die russischen Wahlen 2007/2008: T. 1, Parlamentswahlen 2007

Pleines, Heiko (Ed.); Schröder, Hans-Henning (Ed.)

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pleines, H., & Schröder, H.-H. (Hrsg.). (2007). *Die russischen Wahlen 2007/2008: T. 1, Parlamentswahlen 2007* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 90). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436262>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 90 – Dezember 2007

Die russischen Wahlen 2007/2008

Teil 1: Parlamentswahlen 2007

Herausgegeben von
Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 90: Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):

Die russischen Wahlen 2007/2008

Teil 1: Parlamentswahlen 2007

Dezember 2007

ISSN: 1616-7384

Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Beiträgen zu den Russlandanalysen. Die Russlandanalysen <www.russlandanalysen.de> werden von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung herausgegeben.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa
Publikationsreferat / Publications Dept.
Klagenfurter Str. 3
D-28359 Bremen – Germany
phone: +49 421 218-3687
fax: +49 421 218-3269
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Die russischen Parteien vor den Wahlen

Petra Stykow

Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems	7
Liste der 2007 offiziell registrierten politischen Parteien	10

Petra Stykow

Eine destruktive Mischung. Warum demokratische Institutionen die Demokratie zerstören können	11
--	----

Andrew Wilson

Hat Russland noch eine Opposition?	12
Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zu und Kenntnis über die Opposition ..	15

Galina Michaleva

Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen	20
--	----

Das Wahlrecht

Angelika Nußberger und Dmitry Marenkov

Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007	25
--	----

Russische Politik im Vorfeld der Wahlen

Hans-Henning Schröder

Auftakt zum Präsidentenwechsel? Überlegungen zur Regierungsumbildung in Russland	33
--	----

Hans-Henning Schröder

Die Nachfolge – 1. Akt, 2. Szene	37
--	----

Vladimir Gelman

Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl	39
Ergebnisse der letzten Regionalwahlen	42
Liste »gekränkter Gouverneure«	46

Der Wahlkampf

Cornelia Rabitz

Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen
im russischen Wahlkampf 49

Die Qualität der Fernsehberichterstattung in den Augen
der russischen Bevölkerung 53

Informationsquellen der russischen Bevölkerung..... 54

Umfragen zu den kommenden Wahlen..... 59

Jens Siegert

Dumawahlkampf 2007..... 64

Jens Siegert

Nachfolgeproblem und Dumawahl 68

Das ODIHR sieht sich nicht in der Lage, die russischen Dumawahlen
zu beobachten..... 70

Pressestimmen zur Absage der Wahlbeobachtung durch das ODIHR 70

Petra Stykow

Russland wählt. Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember 72

Andreas Umland

Russland vorm Abgrund? Putins Wahlkampfrede vom November 2007 als
Gezeitenwechsel der postsowjetischen Politik 76

Das Wahlergebnis

Hans-Henning Schröder

Genügend Legitimation für einen »Schattenpräsidenten«?81

Das amtliche Endergebnis der Dumawahlen 84

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa 98

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa 100

Die russischen Parteien vor den Wahlen

Russland vor der Wahl?

Die Neuordnung des Parteiensystems

Petra Stykow, München

Zusammenfassung

In Vorbereitung der Wahlen zur Fünften Staatsduma am 2. Dezember 2007 vollzieht sich eine strukturelle Neuordnung des propräsidentiellen Lagers. Die Konkurrenz zwischen den Elitegruppen, die das »System Putin« stützen, wird dabei auf ungewohnt offene Art und in Form des Wettbewerbs zwischen zwei »Parteien der Macht« ausgetragen, die sich programmatisch kaum voneinander unterscheiden. Die Wähler reagieren auf diese Inszenierung von Konkurrenz bisher nicht.

Wenn am nächsten Sonntag gewählt würde

Im März 2008 finden in Russland Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der bisherige Amtsinhaber, eigenem Bekunden zufolge, nicht mehr antreten wird. Ob der Bestand des »Systems Putin« auch ohne seine zentrale Figur gesichert werden kann, wird bereits seit geraumer Zeit öffentlich diskutiert. Wichtige Signale für die Lösung des so genannten »Problems 2008« werden von den Wahlen zur Staatsduma am 2. Dezember 2007 erwartet. In ihrem Kontext tritt die Konkurrenz zwischen jenen Gruppen der russischen Elite offen zu Tage, die in das bestehende System integriert sind und über seine weiteren Aussichten mitentscheiden wollen.

Die »traditionelle« Opposition ist davon wenig berührt. Hier haben sich in den vergangenen Monaten keine strukturellen, personellen oder programmatischen Neuausrichtungen vollzogen. Das Unterstützungspotential der Kommunisten sowie das der Liberaldemokratischen Partei Shirinowskij's hat sich seit den letzten Duma-Wahlen (Dezember 2003) nicht verändert. Beide Parteien können wieder mit etwa 10 bis 15% der Wählerstimmen rechnen. Die Wählerbasis der (sozial-)liberalen Partei »Jabloko« und der (wirtschafts-)liberalen Union der Rechten Kräfte erodiert langsam weiter, und das zweite Mal in Folge werden beide Parteien voraussichtlich an der Sperrklausel für den Einzug ins Parlament scheitern. Dynamisch hingegen ist die Zustimmung der Wähler zur Partei »Einiges Russland«, die den Präsidenten zu ihrem »moralischen Führer« erklärt hat. Im Vergleich zu den letzten Duma-Wahlen im Jahre 2003 legte sie zehn bis 15% zu und würde heute etwa die Hälfte der Stimmen erhalten.

Die Stagnation der »traditionellen« Opposition sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die politischen Verhältnisse in den nächsten Monaten dynamisch entwickeln können. Die Rivalität ambitionierter, unterschiedlich starker Gruppierungen, die einander ständig im Auge behalten müssen, lässt beträchtlichen Raum für kontingente, durch niemanden vollständig kontrollierbare Entwicklungen. Die bevorstehenden Duma-Wahlen haben denn auch struktur- und profilbildende Prozesse im bisher diffusen propräsidentiellen Zentrum des Parteienspektrums ausgelöst.

Auswirkungen des neuen Parteien- und Wahlrechts

Die Neustrukturierung der Parteienlandschaft ist eine Reaktion auf Reformen des Parteien- und Wahlrechts seit dem Jahre 2001, deren erklärtes Ziel in der Zentralisierung und Konsolidierung des Parteiensystems und, darauf aufbauend, der Stärkung des Parlamentarismus besteht. Tatsächlich sind aufgrund der Neufassung des Parteiengesetzes heute nur noch 17 politische Parteien registriert. Nur Organisationen dieses Typs sind berechtigt, Kandidaten für die Parlamentswahlen aufzustellen, was den politischen Wettbewerb überschaubarer macht – etwa im Vergleich zu 2003, als noch 27 politische Parteien und fünf Wahlblöcke, zu denen sich weitere zwölf Parteien und eine »gesellschaftliche Bewegung« zusammengeschlossen hatten, miteinander konkurrierten.

Die Auswirkungen des Parteiengesetzes sind allerdings, da sie kleine und instabile Gebilde am stärksten betroffen haben, weniger schwerwiegend als das neue Wahlrecht, das im Dezember erstmals landesweit seine volle Wirkung entfalten wird: Weil vom bisherigen Grabenwahlsystem, das Direktwahl mit Listenwahl kombiniert, auf reine Verhältniswahl umgestellt worden ist, benötigen alle Interessenten für ein Abgeordnetenmandat einen aussichtsreichen Platz auf einer Parteienliste. Die Möglichkeit, als »Unabhängiger« über die einfache Stimmenmehrheit per Direktwahl in die Duma zu gelangen, ist nunmehr verschlossen. Damit sind Parteien als Organisationen heute wichtiger geworden, als sie es in Russland je gewesen sind, vor allem jedoch nimmt die Abhängigkeit der

Kandidaten von den Parteiapparaten zu. Die politische Zukunft des Personals kleinerer Parteien wird darüber hinaus existentiell bedroht, weil diese keine Aussicht haben, die 7%-Hürde bei den Wahlen zu überwinden.

»Gerechtes Russland«: Das Projekt der »Neuen Linken«

Ambitionierte Politiker haben deshalb seit dem Sommer 2006 eine Reihe von Initiativen gestartet, um ihre Wahlchancen zu verbessern, indem sie ihre Parteien vereinigen. Die Erfolgswahrscheinlichkeit der einzelnen »Projekte« hängt dabei zum einen vom individuellen politischen Gewicht, dem Verhandlungsgeschick und der »Chemie« zwischen den interessierten Politikern ab. Zum anderen aber zeigt sich auch das Wirken der »starken Hand«: Die Neustrukturierung des Parteiensystems erhält ihre politische Brisanz dadurch, dass sie nicht allein der Logik einer Selbstorganisation »von unten« folgt, entsprechend derer politische Akteure auf veränderte institutionelle Anreize mit Anpassungsversuchen und eventuell veränderten Interaktionsmustern reagieren. Vielmehr treffen solche Versuche auch auf Bestrebungen »von oben«.

Putins Strategie der »gelenkten Demokratie« greift bekanntlich direkt in politische und zivilgesellschaftliche Institutionalisierungsprozesse ein, um einen kohärenten und kontrollierbaren intermediären Raum zwischen dem Staat und den Bürgern zu schaffen. Diese Strategie, die für den Bereich der Zivilgesellschaft am besten dokumentiert ist, sich aber auch auf Interessengruppen im weitesten Sinne erstreckt, schlägt sich auch im Parteiensystem in der Institutionalisierung einer begrenzten Vielfalt nieder. Gebilligt und gefördert durch die Präsidialadministration entstehen so mehrere »Standbeine« des Systems im parteiparlamentarischen Raum: Sie konkurrieren untereinander, bilden jedoch keine Opposition im Sinne politischer Alternativen.

Im Juli 2006 kündigten die Parteien »Heimat« und »Russische Partei des Lebens« an, sich zwecks »Schaffung einer starken linkspatriotischen Kraft« zu vereinigen; einen Monat später schloss sich ihnen die »Russische Partei der Rentner« an. Am 28. Oktober ging aus diesem Bündnis der »Neuen Linken« die Partei »Gerechtes Russland: Heimat/Rentner/Leben« hervor. Sie erlangte die offizielle Registrierung, ist mit einer eigenen Fraktion im Parlament vertreten (29 Abgeordnete) und wird von Sergej Mironow, dem Vorsitzenden des Föderationsrates, geführt. Die Chancen ihrer Führung, unter den Bedingungen der reinen Verhältniswahl erneut ins Parlament einzuziehen, sind damit erheblich gewachsen. Alle Beobachter sind sich darüber hinaus einig, dass dieses Projekt von einflussreichen Gruppen in der Präsidialadministration unterstützt wird, die mit dem Aufbau zweier »systemtreuer« Parteien die langfristigen Perspektiven der »gelenkten Demokratie« zu sichern versuchen.

»Einiges Russland« versus »Gerechtes Russland«

Obwohl die Wählerzustimmung für die »Neue Linke« bisher lediglich um die 7%-Marke schwankt, eskaliert die Konkurrenz zwischen ihr und »Einiges Russland«. Im Spätherbst schien die letztere als etablierte »Partei der Macht« eine Zeitlang ihr politisches Übergewicht nutzen zu wollen, um vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Im Vorfeld der Wahlen zu 15 Regionalparlamenten, die im März 2007 stattfinden, initiierten beide Parteien Verleumdungskampagnen gegen den jeweiligen Gegners und riefen jeweils die Staatsanwaltschaft an. Gleichzeitig versucht »Einiges Russland« seit Monaten, in der Duma immer neue Modifikationen des Wahlrechts durchzusetzen, um seine Erfolgchancen im Dezember zu verbessern. Die Fraktion von »Gerechtes Russland« fordert ihrerseits Gesetze gegen erpresserischen Parteibeitritt, der bei dem Rivalen übliche Praxis sein soll.

Abzusehen ist, dass die »Neue Linke« an Gewicht zulegen wird, sobald es ihr gelingt, noch bestehende Zweifel an der Seriosität ihrer Aussichten auszuräumen. Der »Staubsauger-Effekt«, der Politiker anzieht, welche in der großen, amorphen Partei »Einiges Russland« unzufrieden sind, aber die Politik Putins unterstützen, scheint bereits eingesetzt zu haben. Für hinreichend prominente Politiker ist »Gerechtes Russland« auch deshalb attraktiv, weil in der neuen, kleineren Partei bisher noch kein Wettbewerb um aussichtsreiche Listenplätze entbrannt ist. Da durch ihre Existenz die Zwangsläufigkeit aufgehoben wird, mit der die regionalen Eliten sich bisher »Einiges Russland« anschließen mussten, um ihre Zugänge zur »administrativen Ressource« in der präsidialen Machtvertikale zu sichern, wird auch das Stimmverhalten in den Föderationssubjekten künftig ungewisser.

Zwei »Parteien der Macht« und die »Macht«

Der Grund für die Erbitterung, mit der die Rivalitäten zwischen beiden Parteien ausgetragen werden, liegt darin, dass es sich um Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Machtelite handelt. Zwar wurde die »Partei der Macht« auch bei früheren Wahlen stets durch kleinere propräsidentielle Kräfte flankiert, aber diese zogen in erster Linie weitere Stimmen von der Opposition ab (z.B. »Heimat« bei den Wahlen 2003). Auch die

»Neue Linke« schien von der Präsidialadministration zunächst als Gegengewicht zur Kommunistischen Partei protegiert zu werden, was darüber hinaus als geschickte Strategie gelten kann, die Legitimität des politischen Systems durch die Schaffung scheinbarer Wahlalternativen zu steigern. Inzwischen konkurrieren »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland« jedoch vor allem um personelle und administrative Ressourcen innerhalb des propräsidentiellen Lagers.

Damit treten auch die Risiken deutlicher zu Tage, die das »Projekt zweites Standbein« für die Präsidialadministration birgt: Zwar sollte es die Autonomie des Präsidenten stärken, wenn dieser die Rivalität zweier ihm ergebener Parteien gegebenenfalls nutzen kann, um sie gegeneinander auszuspielen und in ihrem politischen Ehrgeiz zu bremsen. Die Dynamik einer solchen Konkurrenz könnte aber auch außer Kontrolle geraten, sind doch die beteiligten Akteure und Organisationen keineswegs bloße Marionetten einer geschlossen agierenden Exekutive. Hinter ihnen stehen äußerst ambitionierte Politiker mit einem eigenen Willen zum politischen Überleben und ihre Netzwerke. Sie reichen hinein in die präsidentielle Exekutive, innerhalb derer es durchaus einen Wettbewerb um Macht und die passenden Strategien zur Sicherung der Systemreproduktion gibt.

Es wäre naiv anzunehmen, dass sich diese komplexe – aufgrund von Schachzügen einzelner Akteure und von unvorhersehbaren Ereignissen täglich neu zu interpretierende – Situation entsprechend des Drehbuchs einer dominanten Gruppe in der Präsidialadministration entwickle, die ihrerseits einen vollstreckbaren Rechtsanspruch auf eine glückliche Lösung der Nachfolgefrage für Putin geltend machen könnte. Auch »der Kreml« experimentiert vielmehr, indem er auf die Dynamik der Entwicklung reagiert, und testet die Grenzen aus, die der Ausdifferenzierung des parteipolitischen Raumes zu setzen sind.

Einmal mehr bestätigt sich dabei die Strategie der »gelenkten Demokratie« mit ihrer Fokussierung des politischen Raums auf einen paternalistisch agierenden Präsidenten, der konkurrierende Akteure im Namen des »nationalen Interesses« auf Konsultation und Konzertierung einswört. So lud Putin im Dezember 2006 die Repräsentanten der »zehn wichtigsten politischen Parteien« ein – wie er das zuweilen auch mit handverlesenen Vertretern der »Zivilgesellschaft« und loyalen Großunternehmen tut –, um ihnen die Etablierung eines gemeinsamen »Konsultationsrates« anzubieten (auch dies ein bewährtes Muster). Dessen Zweck soll im gemeinsamen Vorgehen gegen den politischen Extremismus, d.h. radikal nationalistische sowie »orange« Kräfte, bestehen. Durch die Auswahl der Eingeladenen, unter denen sich neben den beiden »Parteien der Macht« auch die Kommunisten, die Liberaldemokraten und die beiden liberalen Oppositionsparteien befanden, machte Putin ebenso seine Unterstützung für »Einiges Russland« deutlich wie er gleichzeitig dessen Rivalen lizenzierte. Die Bedeutung von »Gerechtes Russland« wiederum wurde dadurch relativiert, dass noch weitere kleine Parteien eingeladen waren – die ihrerseits das Projekt eines Parteizusammenschlusses verfolgten, der sich gegen die »Neue Linke« richtete. Dieses Projekt scheiterte jedoch nach monatelangen Verhandlungen der potentiellen Bündnispartner.

Und die Wähler?

Dass die Konkurrenz propräsidentieller Kräftekoalitionen derart offensichtlich ausgetragen wird wie gegenwärtig, ist neu im »System Putin« und hängt direkt damit zusammen, dass Parteien an Bedeutung gewonnen haben: Es bindet Rivalitäten deutlich an sichtbare Strukturen. Ohne eine klare programmatische Profilbildung können diese Auseinandersetzungen jedoch kaum über den Rahmen eines intraelitären Wettbewerbs hinausgehen. Die Gründung und Bestandssicherung von Parteien übt daher auch in diese Richtung Druck aus, dem sich »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland« stellen müssen, um die ihnen zugedachte Funktion im »System Putin« zu erfüllen. Die Profilbildung der beiden Rivalen, die sie stärker auf die Konkurrenz um Wählerstimmen lenken würde, könnte den selbstzerstörerischen Tendenzen im propräsidentiellen Lager entgegenwirken. Tatsächlich ist der ideologisch-programmatische Unterschied zwischen beiden Parteien bisher nur schwer auszumachen, wie auch die Interpretationshilfe beweist, die jüngst von »höchster Stelle« angeboten wurde.¹

Gleichzeitig ist der von der »gelenkten Demokratie« gesteckte Rahmen einer solchen Profilbildung sehr eng. Die Wähler jedenfalls reagieren bisher nicht mit wachsendem Interesse an Politik, wie Umfragen immer wieder

1 »Den Unterschied sehe ich darin, dass ‚Einiges Russland‘ doch so ein eher rechtes, liberales Zentrum darstellt, jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik, obwohl es auch dort viele sozialdemokratische Tendenzen gibt. Aber ‚Gerechtes Russland‘ ist natürlich eine Partei, die in allen ihren Dimensionen an eine sozialistische, sozialdemokratische Richtung erinnert. Das ist vielleicht gegenwärtig noch nicht in vollem Umfang zu erkennen und zu sehen, genauso wie auch die rechtsliberale Ausrichtung von ‚Einiges Russland‘ noch nicht in vollem Umfang zu sehen ist. Das braucht Zeit.« V.V. Putin auf einer Pressekonferenz, 1.2.2007

bestätigen. Dass der Wettbewerb zwischen zwei »Parteien der Macht« das Elektorat mobilisieren kann und damit die Legitimitätsgrundlage der »gelenkten Demokratie« mit ihren vorstrukturierten politischen Alternativen verbreitern würde, ist nicht abzusehen.

Über die Autorin

Petra Stykow ist Professorin für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Analyse setzt den Beitrag derselben Autorin in den Russlandanalysen 115/06 fort; weitergehende Informationen und Literatur über das Parteiensystem sowie die Reformen des Parteien- und Wahlrechts s. Russlandanalysen 53/05, 73/05 und 106/06.

Lesetipps

- Luke March: The Contemporary Russian Left after Communism: Into the Dustbin of History?, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, 22.2006, No. 4, S. 431–456
- Andrey A. Meleshevich: Party Systems in Post-Soviet Countries: A Comparative Study of Political Institutionalization in the Baltic States, Russia, and Ukraine Basigstoke: Palgrave Macmillan 2007.
- L.F. Ševcova: Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin, in: Osteuropa, 56.2006, Nr. 3, S. 3–18.

Liste der 2007 offiziell registrierten politischen Parteien

Politische Parteien, die die Anforderungen nach Punkt 1, Artikel 2 des Föderalen Gesetzes Nr. 168-FZ »Über Einführung von Änderungen in das Föderale Gesetz »Über politische Parteien« vom 20.12.2004 erfüllen

1	Politische Partei »Volkspartei der Russischen Föderation«
2	Politische Partei »Demokratische Partei Russlands«
3	Allrussische Politische Partei »Einiges Russland«
4	Russische Politische Partei des Friedens und der Einheit
5	Politische Partei »Kommunistische Partei der Russischen Föderation«
6	Politische Partei »Union der Rechten Kräfte«
7	Politische Partei »Liberal-demokratische Partei Russlands«
8	Russische vereinigte demokratische Partei »Jabloko«
9	Politische Partei »Patrioten Russlands« (früher: politische Partei »Russische Partei der Arbeit«)
10	Politische Partei »Russische ökologische Politische Partei »Die Grünen«
11	Politische Partei »Agrarpartei Russlands«
12	Politische Partei »Partei der nationalen Wiedergeburt »Volksfreiheit«
13	Politische Partei »Sozialistische Einheitspartei Russlands«
14	Allrussische Politische Partei »Freies Russland«
15	Politische Partei »Partei der sozialen Ehrlichkeit«
16	Politische Partei »Partei der Wiedergeburt Russlands«
17	Politische Partei »Gerechtes Russland/Heimat/Pensionäre/Leben«

Quelle: <http://www.rosregistr.ru/index.php?menu=3010000000>, 18.2.2007

Eine destruktive Mischung. Warum demokratische Institutionen die Demokratie zerstören können

Petra Stykow, München

Die Duma-Wahlen am Ende dieses Jahres werden eine Entscheidung in einem Wahlkampf fällen, deren aussichtsreichste Gegner kaum in politisch-programmatischer Opposition zueinander stehen und mit Sicherheit keine Opposition gegenüber dem Präsidenten darstellen. Dies ist ein Erfolg des »Systems Putin«. Allerdings liegt dieser Erfolg nur vordergründig in der Person des Präsidenten begründet, dessen Bild im Westen zunehmend dämonisiert wird. Seine Ursache findet sich vielmehr im institutionellen Arrangement dieses Systems.

Ein Blick auf die Varianten westlicher Demokratien ist erhellend: In parlamentarischen Systemen stellt die Regierung formal den »ausführenden Arm« der Parlamentsmehrheit dar. Der Parteienwettbewerb und seine regelmäßige Entscheidung durch Wahlen garantiert hier, dass die riskante Verschränkung einer Partei (bzw. Koalition) mit der Exekutive temporär und revidierbar bleibt. In der Präsidentialdemokratie der USA mit ihrem System der »checks and balances« hingegen besteht der entscheidende Mechanismus zur Eindämmung politischer Macht in der institutionellen Konkurrenz von Exekutive und Legislative, also unmittelbar der »Gewalten« selbst. Entsprechend unterscheidet sich auch die Bedeutung von politischen Parteien in beiden Arrangements: Während das parlamentarische System auf starke, profilierte und disziplinierte Organisationen existentiell angewiesen ist, sind schwache, programmatisch vage Parteien keine Bedrohung für die Demokratie in einem präsidentiellen System, vielleicht sogar deren Funktionsbedingung.

Der russische (formale) »Semi-« und (faktische) »Superpräsidentialismus« kombiniert Elemente beider Systeme. Da aber das Abstimmungsverhalten der Duma durch die Präsidentialadministration – anders als im präsidentiellen System der USA – effektiv kontrolliert werden kann, sind die »checks and balances« außer Kraft gesetzt; die Exekutive verselbstständigt sich gegenüber der Legislative. Derselbe Effekt tritt ein, weil die Exekutive – anders als in den europäischen Demokratien – institutionell nicht der verlängerte Arm der Parlamentsmehrheit ist und weil es keine »echte« Parteienkonkurrenz unter den politisch relevanten, nicht marginalisierten Parteien gibt. Während die einzelnen Elemente des russischen Institutionensystems daher auf den ersten Blick oft Ähnlichkeiten mit denen funktionierender Demokratien aufweisen, verliert sich dieser Eindruck, schaut man auf das Ganze: Hier werden Bausteine so zusammengesetzt, dass die Gesamtarchitektur ihrer Ursprungskontexte kollidiert. Die einzelnen Elemente entstammen unterschiedlichen institutionellen Arrangements, deren Systemlogik jeweils aus dem Zusammenspiel aller Elemente erwächst, nicht aber jedem einzelnen Element bereits innewohnt. Zerstört man dieses Zusammenspiel und kombiniert Bausteine der parlamentarischen und präsidentiellen Demokratie miteinander, so kann dies offenbar (z.B. wenn es noch dazu auf überlebende Elemente der ebenso zentralisierten wie fiktiven »sowjetischen Demokratie« trifft) ein politisches System hervorbringen, das seines demokratischen Charakters verlustig gegangen ist, weil es eine übermächtige Exekutive hervorgebracht hat und perpetuiert. Die Irritation des Westens, die von Russlands Politik ausgeht, hat hier ihre Wurzeln.

Hat Russland noch eine Opposition?

Andrew Wilson, London

Zusammenfassung

Russlands traditionelle liberale Opposition, die Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte, werden bei den Dumawahlen 2007 nur eine Nebenrolle spielen. Ebenso werden die Außenseiter Garri Kasparow, Michail Kasjanow, Dmitri Rogosin und Eduard Limonow marginalisiert. Im Großen und Ganzen haben sich die Gegner des Kremls nicht an die gegenwärtigen Spielregeln angepasst, wozu sie ihre Anstrengungen vereinen, vergangene Identitäten überwinden und Verbindungen mit Personen wie Anatoli Tschubais reduzieren müssten. Neben seiner Hauptpartei Einiges Russland hat der Kreml seine eigene »Opposition« in Gestalt der Partei Gerechtes Russland aufgestellt, es ist aber nicht klar, ob dieser Versuch, ein »Zwei-Parteien«-System zu errichten, effektiver als der von 1995 sein wird. Das Hauptproblem des Kremls ist die Bewahrung seiner Ressourcen und Popularität, während die Opposition nicht einmal genug Macht besitzt, um die Agenda der Regierung in Frage zu stellen.

Das Versagen der liberalen Opposition

Der Wahlkampf für die Dumawahlen mag begonnen haben, aber die liberale Opposition hinterlässt keinen Eindruck und versucht dies wohl auch nicht einmal. Wahrscheinlich wird ihr gesamter Stimmenanteil sogar unter den 11,8 Prozent liegen, die die drei Oppositionskandidaten offiziell im ach so autoritären Belarus im Jahre 2006 erreicht hatten. Nur eine geeinte Opposition und ein Stimmenanteil nahe an der 7-Prozent-Hürde würden Protesten nach den Wahlen moralische Autorität verleihen; aber sowohl Jabloko als auch die Union der Rechten Kräfte scheinen mehr daran interessiert, einfach nur zu überleben oder möglicherweise einen Kandidaten für die Präsidentenwahlen 2008 aufzustellen. Die alten Argumente, dass diese Parteien unterschiedliche Wählergruppen ansprechen oder dass »die Summe weniger als die Teile« wäre, entschuldigen nicht ihr Versagen, eine gemeinsamen Front aufzubauen. Die Überreste des russischen Liberalismus werden durch Spielregeln besiegt werden, auf die sie nicht reagiert haben, und nicht durch offensichtlichen Wahlbetrug, der in Georgien, der Ukraine und Kirgizstan »Wählerrevolutionen« ausgelöst hat. Darüber hinaus werden Außenseiter wie Das Andere Russland (die Vereinigte Bürgerfront von Garri Kasparow und die Nationaldemokratische Partei von Michail Kasjanow) oder im Grunde auch Großrussland von Dmitri Rogosin oder die Nationalbolschewisten von Eduard Limonow auf der Straße noch weniger Eindruck hinterlassen, wenn ihre Parteien nicht einmal an den Wahlen teilnehmen dürfen.

Dieses muss in Betracht gezogen werden, bevor überhaupt die »Konterrevolutionäre Technologie« erwähnt wird, die seit 2004 geschaffen worden ist. Die Kampagne gegen die NGOs (Nichtregierungsorganisationen), das Vernebeln der Ergebnisse von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe (exit polls), die Rolle der kremlnahen Jugendorganisation Naschi (Die Unseren) und die Wahrscheinlichkeit, dass »Gegendemonstranten« auftauchen werden, wie auch die zunehmende Rolle des Kremls bei der Manipulation von »alternativen« Wahlkampf-Technologien, wie Internet und Flashmobbing durch SMS-Nachrichten, werden zusammengekommen die Möglichkeiten der Opposition, Einfluss auszuüben, stark einschränken.

Lehren aus der Ukraine

Die russische Opposition hätte mindestens drei Lektionen von der Orangen Revolution in der Ukraine 2004 lernen sollen. Die erste lautet: Einheit. Die zweite: Neuerfindung des eigenen Images, und zwar nicht nur durch ein neues Markenimage, obwohl damals orange eine gute Idee war, da es warm und positiv war und dazu beitrug, neutrale Wähler zu mobilisieren. In der Ukraine war die Hauptaufgabe der Opposition, die Politik des kulturellen Nationalismus zu überwinden und sich von der von Ruch in den 1990er Jahren aufgestellten Agenda abzusetzen. Dieses gelang ihr ausgezeichnet. Ein Grund, dass die Wahl auf die Farbe Orange fiel, war, dass sie die traditionellen Nationalfarben Gelb und Blau kaltstellte. Juschtschenko führte darüber hinaus einen substanziellen, wertebasierten Wahlkampf und benahm sich nicht wie die nationalistische Karikatur, die seine Gegner wünschten. Auch die russischen »Demokraten« müssen die 1990er Jahre hinter sich lassen, was in ihrem Fall heißt, ihre Verbindung mit [wirtschaftlicher] Schocktherapie, »Marktbolschewismus« und »liberalen Oligarchen« wie Anatoli Tschubais zu überwinden. So genannte »modulare« Farbenrevolutionen können nicht einfach mechanistisch übertragen werden, es sei denn, die potenzielle Opposition ist ein dafür geeignetes Medium. Die traditionelle russische Opposition zäumt das Pferd von hinten auf, in der Hoffnung, dass die Idee

an sich oder das Beispiel von schon stattgefundenen Farbenrevolutionen ihr und ihren Geschicken neues Leben einhauchen wird und nicht anders herum.

Auch die dritte Lektion aus der Ukraine wurde nicht verstanden, nämlich von zwielichtigen oder diskreditierten Quellen kein Geld anzunehmen (obwohl diese letzte Lektion in der Ukraine nur im Nachhinein gelernt wurde). Die Idee, dass Michail Kasjanow ein »russischer Juschtschenko« oder gar eine »russische Timoschenko« sein könnte, war lächerlich. Jegliches Gerücht einer Verbindung zum exilierten Boris Beresowski ist ein Geschenk für die Kremlmedien gewesen. Sowohl Juschtschenko wie Timoschenko waren Überläufer aus den Reihen des Regimes, die beträchtliche Ressourcen mit sich brachten – dieses ist aber die falsche Lektion für Russland im Jahre 2007. Die Opposition hat zuviel Zeit darauf verschwendet, auf einen »Wohltäter« aus den immer noch geschlossenen Reihen des Regimes zu warten und hat nicht verstanden, wie wirksam das »Sonderunternehmen« gegen die Oligarchen im Jahr 2003 war, als der Kreml seine Angriffe auf Michail Chodorkowski dazu benutzte, sein Image aufzupolieren. Ob dies nun fair war oder nicht, der Kreml nutzte den tief sitzenden Hass, den viele Russen für die Superreichen empfinden, und es ist nach wie vor der Kreml, der die Anti-Oligarchen-Karte ausspielen kann.

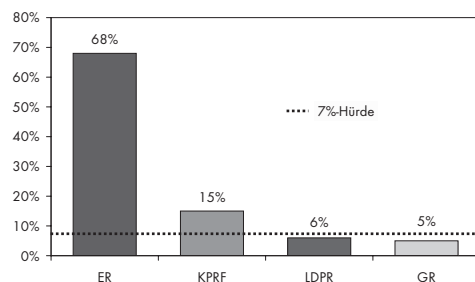
Die Strategie des Kremls

Die Liberalen sind also durchaus imstande, alles selber in den Sand zu setzen, der Kreml zieht es aber charakteristischerweise vor, sich doppelt und dreifach abzusichern. Die übermäßige Publicity, die Grashdanskaja sila (Bürgerkraft) von Michail Barschtschewski im staatlichen Fernsehen erfährt, scheint darauf hinzudeuten, dass diese Partei als Klon dient. Der Kreml möchte, dass keine der beiden liberalen Parteien auch nur eine begrenzte moralische Autorität erlangt, indem sie ihre Ergebnisse von 2003 verbessern (4,3 Prozent für Jabloko, 4 Prozent für die Union der Rechten Kräfte).

Die Liberalen sind natürlich nicht die einzige Opposition. Wie steht es um die loyale Opposition? Genauer gesagt, wie wählt der Kreml eine loyale Opposition aus? Hat der Kreml das Gleichgewicht der Kräfte, das er 2003 herstellte, nicht durch das ständige Gerede über ein Zwei-Parteien-System (plus kleinere Satelliten) anstelle von vier Parteien zerstört? (Die vier Parteien, die 2003 Sitze in der Duma errangen, sind Einiges Russland, die Kommunisten (KPRF), die Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) und Rodina (Mutterland).) Das neue System ist unter Umständen weniger »passgenau« als das alte. Die Vorstellung, dass sich ein echter Konflikt zwischen rivalisierenden Gruppen mit dem virtuellen Wettbewerb zwischen den beiden größten Parteien (Einiges Russland und Gerechtes Russland) überschneiden würde, hat sich nicht wirklich bewahrheitet. Die Idee, dass die Dumawahlen eine Art »Vorwahl« für Anwärter auf das Präsidentenamt sein könnten, scheint auch weniger und weniger wahrscheinlich, obwohl sich dieses erst dann herausstellen wird, wenn Parteilisten aufgestellt werden. Der Konflikt innerhalb der Elite geht hinter den Kulissen weiter, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, und uns bleibt wiederum nur, Churchill zu zitieren: »Die Hunde, die unter dem Teppich kämpfen« [Anm. d. Ü.: Churchill hatte den Machtkampf innerhalb der Führung der UdSSR mit einem Kampf auf Leben und Tod zweier Hunde unter einem Teppich verglichen, von denen am Ende nur der siegreiche Hund unter dem Teppich hervorkommt].

Das einzige wirkliche Problem des alten Dumaquartetts war Rodina. Obwohl diese Partei offensichtlich ein politotechnologisches »Projekt« war, das vom Kreml geschaffen worden war, war Rodina zumindest in ihrem späteren Stadium zugegebenermaßen ein komplexes Phänomen, das dem Kreml einige Probleme verursachte; im Kreml war man sich nicht sicher, ob man die politische Nische von Rodina kooptieren oder kontrollieren sollte, auch ist der Kreml immer über eine nationalistische Basisbewegung besorgt, die er nicht unter Kontrolle hat. Aber auch der Ersatz für Rodina, Gerechtes Russland, bringt Probleme. Eine neue linksnationalistische Partei konnte 2003 zu ihren offiziellen Förderern Abstand halten und ihre Anführer konnten sich als energische Neulinge ausgeben. Gerechtes Russland ist einfach zu offensichtlich pro-Kreml. Darüber hinaus muss, da in Russland jetzt eine Art »Theaterpolitik« herrscht, die Aufmerksamkeit des Publikums bewahrt werden; die sprühende Persönlichkeit von nun ausgeschlossenen Anführern wie Rogosin war wohl der Hauptgrund, warum so viele Wähler 2003 Rodina ihre Stimme gaben. Das vorgeschlagene »Skript« ist schwer verkäuflich: Die Mythen, dass Gerechtes Russland eine Außenseiter-Partei ist, die von Einiges Russland diskriminiert wird, und dass Gerechtes Russland gegen Einiges Russland, aber für Putin ist, sind schwer zu »deichseln« und schwer zu verstehen. Das neue »Kreml 2«-Projekt könnte sich als Flop erweisen, wie 1995 der Rybkin-Block, der neben Unser Haus Russland die andere Hälfte einer zerteilten Strategie darstellte, wenn auch vielleicht nicht ganz so spektakulär (Rybkin erhielt 1,1 Prozent der Stimmen). Der Unterschied kann mithilfe von »administrativen Ressourcen« ausgeglichen werden, das Projekt wird aber keine vorwärtstreibende Dynamik haben.

Wo sollen denn die Stimmen für Gerechtes Russland herkommen? Einiges Russland hat in neueren Umfragen 50 Prozent und mehr erhalten, mehr als 2003, als die Partei 37,6 Prozent der Stimmen erhielt. Um ihr Prestige zu erhöhen, muss Einiges Russland ein besseres Ergebnis als letztes Mal erzielen und wird vielleicht eine absolute Mehrheit mit direkteren Methoden als 2003 erreichen wollen. Die potenzielle Wählerschaft von Gerechtes Russland überschneidet sich, wenn auch nur teilweise, mit den ehemaligen Rodina-Wählern (9 Prozent im Jahre 2003), von denen einige zu Russlands Patrioten oder zur Volksunion wechseln könnten. Bis jetzt haben kremlnahe Polittechnologien weniger »Köder« ausgelegt als letztes Mal, so dass einige der so verschwendeten Stimmen zu haben sind (als 2003 eine Reihe von linksnationalistischen Parteien gegen die Kommunistische Partei ausgerichtet wurde, gewannen sie insgesamt 11 Prozent; die 7-Prozent-Hürde, die von 5 Prozent im Jahr 2003 angehoben worden ist, schreckt Wähler davon ab, ihre Stimmen kleineren Parteien zu geben). Jedoch werden vielleicht entweder die KPRF oder die LDPR oder beide leiden müssen – zum jetzigen Zeitpunkt aber liegen beide in den Meinungsumfragen vor Gerechtes Russland (siehe untenstehende Grafik (Werte für Oktober 2007)).



ER = Einiges Russland, GR = Gerechtes Russland

Quelle: <http://www.levada.ru/reitingi2007.html>

Die LDPR hat möglicherweise Andrei Lugowoi, den angeblichen Mörder von Alexander Litwinenko, als Zweitplatzierten für ihre Parteiliste gewonnen und damit einen ziemlichen Skandalerfolg erreicht, sie hat aber führende Geldgeber wie Suleiman Kerimov von Nafta Moskwa und Konstantin Wetrov (an Einiges Russland) verloren, wie auch die langjährige Nr. 2, Alexei Mitrofanow (an Gerechtes Russland). Natürlich ist Shirinowski, der letztes Mal seinen Stimmenanteil auf 11,4 Prozent verdoppeln konnte, vor allem ein Überlebenskünstler, und vielleicht zieht der Kreml es letzten Endes vor, an seinen vorhersagbaren und relativ billigen Diensten festzuhalten. Unterdessen könnte sich der künstliche Konflikt zwischen Einiges Russland und Gerechtes Russland zugunsten der KPRF auswirken. Tatsächlich könnte die Stammwählerschaft der KPRF ohne Rodina und die »Köder«, die sie 2003 auf 12,6 Prozent herunterbrachten, an die 20 Prozent heranreichen. Interessanterweise haben die Kommunisten sowohl Persönlichkeiten wie Politik für diese Kampagne kaum geändert, in der Hoffnung, dass sich die Kreml-Manager ein weiteres Mal für das bekanntere Übel entscheiden.

Jedoch können Gerechtes Russland, die LDPR und die KPRF nicht alle 10 Prozent oder mehr erreichen. Letztlich können die kleineren Parteien, von denen wiederum die meisten tatsächliche oder potenzielle »Klone« oder anderen Parteien ohne Aussicht auf z.B. eine Regierungsbeteiligung einfach nur Stimmen abnehmen können, den Ausschlag geben, es ist aber schwer, ihre Rolle zu bewerten, solange der Kreml noch nicht entschieden hat, wen er nach unten und wen er nach oben befördern will. Was ist z.B. mit den Patrioten Russlands oder der Partei der Sozialen Gerechtigkeit? Sie könnten genauso gut Gerechtes Russland, KPRF und LDPR oder allen dreien Stimmen abnehmen. In Anbetracht seiner jetzigen Machtsituation kann man dem Kreml vielleicht vorwerfen, dass er es versäumt hat, die Funktion von Projekten neu zu definieren, die 2003 einen deutlicheren Sinn hatten, d.h., der KPRF Stimmen zu rauben und für Rodina Platz zu schaffen, wie auch die Rolle eines virtuellen Chors für die »Anti-Oligarchen«-Kampagne zu spielen, die von Einiges Russland angeführt wurde. Einige dieser Projekte müssen vielleicht in einem späteren Stadium des Wahlkampfes mit Finanzspritzen und Werbekampagnen wiederbelebt werden. Zu diesem Zeitpunkt ist es vielleicht schwerer, sie umzufunktionieren.

Der Wahlkampf des Jahres 2007

Dem Wahlkampf des Jahres 2007 fehlt fürs Erste ein Thema. Sobald er in Gang ist, könnten sich mehr Bausteine zusammenfügen. In entscheidenden Punkten unterscheidet sich der Wahlkampf 2007 sehr von dem des Jahres 2003 und ist völlig anders als der Wahlkampf 1999. Der Kreml hat beträchtliche Popularität und Ressourcen. Das Problem besteht darin, diese Popularität und Ressourcen zu bewahren und ihren Transfer zu managen, sei es in der »Operation Nachfolger«, sei es zu Putins neuer Machtbasis, ohne einen offenen Elitenkonflikt zu provozieren. Die Polittechnologien des Kremls sind jedoch weder an Status-quo-Wahlen noch an Wahlen ohne Drama gewöhnt. In der »verwalteten Demokratie« gibt es wohl eine eingebaute Tendenz, sich ständig neu zu erfinden, in jedem Wahlzyklus ein neues Drama zu inszenieren, um die Wähler weiterhin unter Kontrolle zu halten. Ein Grund für die Ernennung von Ministerpräsident Viktor Subkow und für die Gerüchte einer neuen Antikorruptions-Kampagne (*tschistka* [russisch: Säuberung]) könnte sein, Gerechtes Russ-

land Auftrieb zu geben. Vielleicht gibt es die Regel, dass man dasselbe Kunststück nicht zweimal vorführen kann, aber die »Oligarchen« und Russlands unpopuläre »Offshore-Aristokratie« liefern hierfür wahrscheinlich ausreichenden Spielraum. Jedoch besteht das diesjährige Drama eher aus Variationen des Themas »Russland ist wieder da«, nicht nur mithilfe der Winterolympiade oder des Anspruchs auf den Nordpol. Konflikte mit Nachbarn und die Behauptung der »souveränen Demokratie« durch eine »De-Internationalisierung« Russlands durch die Auseinandersetzung mit den NGOs und der OSZE haben vielleicht Auswirkungen auf die Außenpolitik, kommen aber bei Putins Stammwählern gut an.

Dieses ist wahrscheinlich der deutlichste Ausdruck des eingeschränkten Einflusses der Opposition – ihre Unfähigkeit, die vom Kreml aufgestellte Agenda oder auch nur die Unterordnung der Wahlen des Jahres 2007 unter diejenigen des Jahres 2008 in Frage zu stellen.

Zu guter Letzt ist eine Form von Opposition endgültig ausgerottet worden: die 4,7 Prozent, die 2003 »gegen alle« stimmten. Diese Möglichkeit gibt es auf russischen Stimmzetteln nicht mehr.

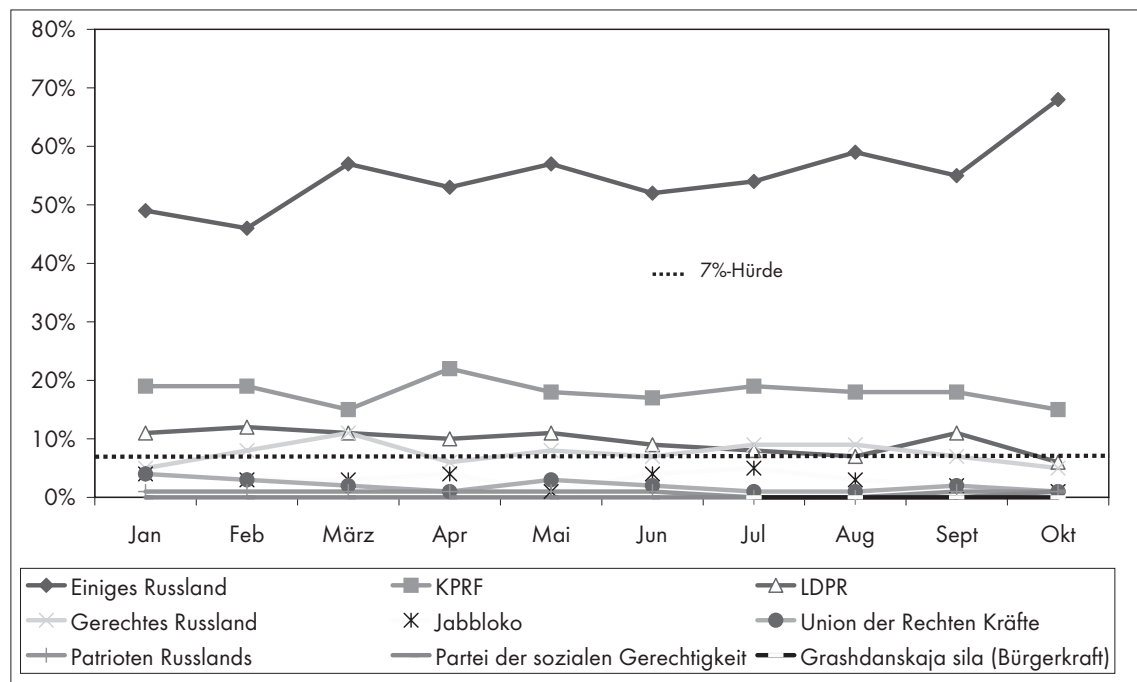
Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über den Autor:

Andrew Wilson ist Senior Lecturer an der School of Slavonic and East European Studies, University College London, und Honorary Fellow des Royal Institute of International Affairs, London. Er ist der Autor von *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World* (Yale University Press, 2005).

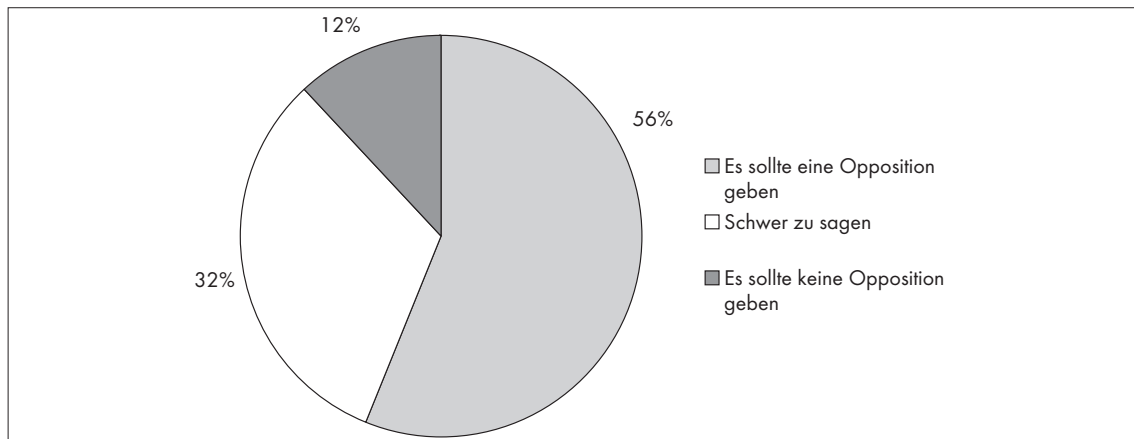
Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zu und Kenntnis über die Opposition

Umfragewerte der Parteien, Januar–Oktober 2007 (in % derjenigen, die wählen wollen)

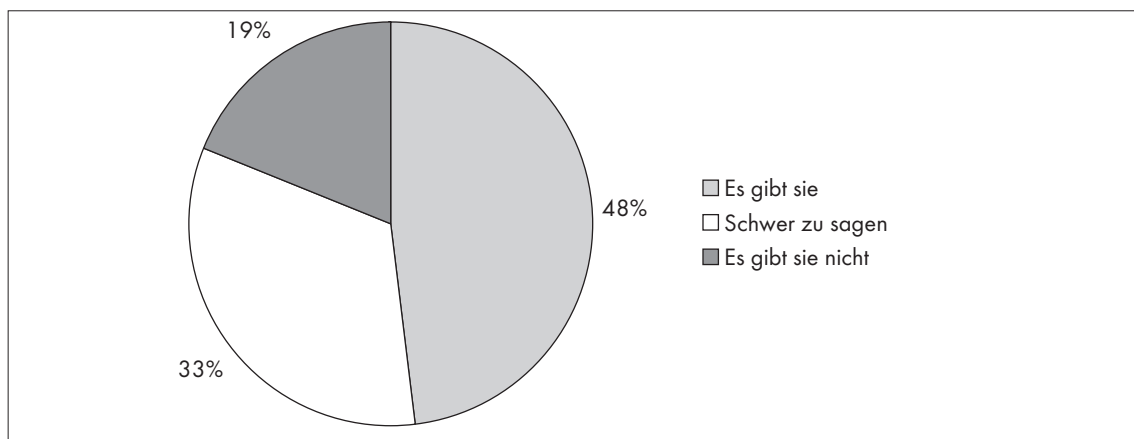


Quelle: <http://www.levada.ru/reitingi2007.html>

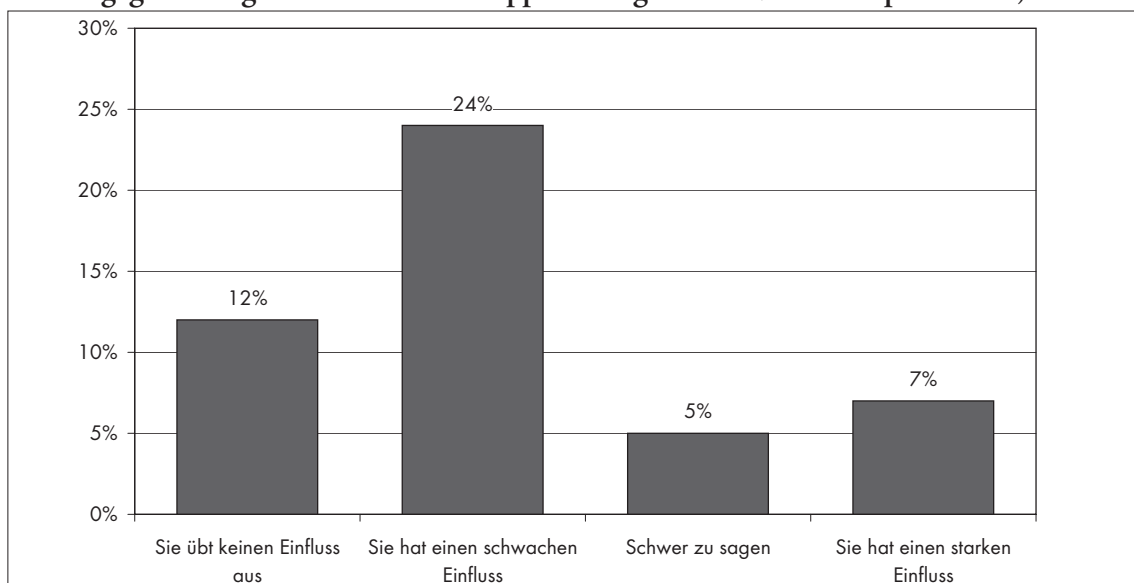
Manche Menschen meinen, dass es in unserem Land eine Opposition geben sollte, andere denken, dass es keine Opposition geben sollte. Was ist Ihre Meinung?



Gibt es eine politische Opposition oder nicht?

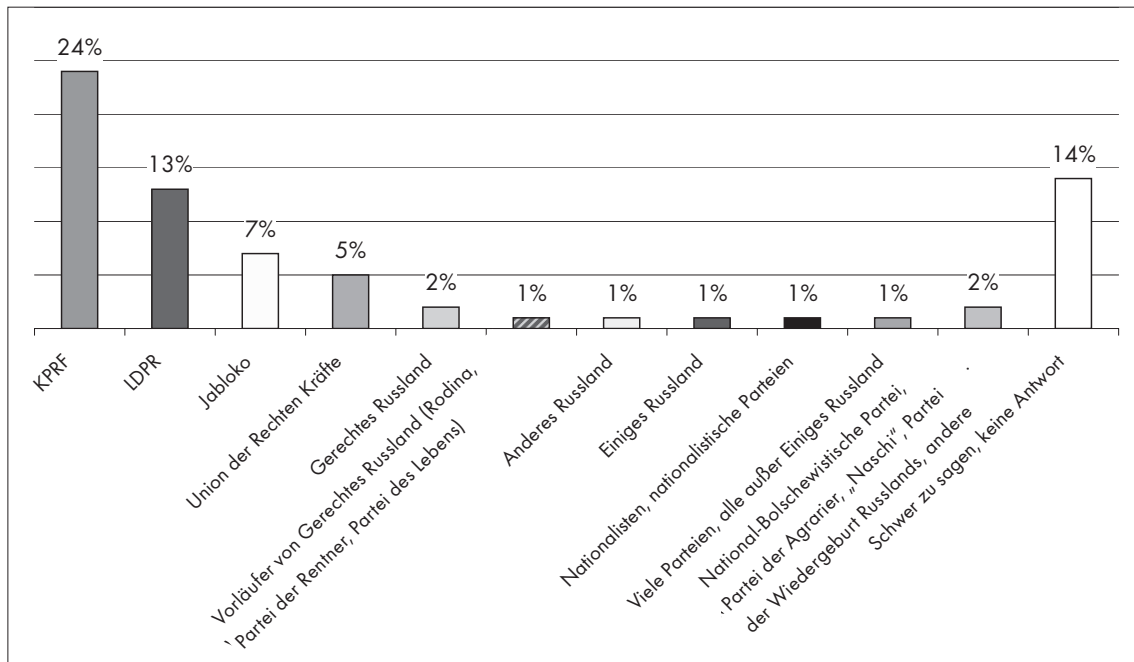


Hat die Opposition heute Einfluss auf die Lage in Russland oder nicht? Wenn ja, hat sie einen starken oder einen schwachen Einfluss? (Antworten derjenigen, die antworteten, dass es gegenwärtig in Russland eine Opposition gibt – 48 % der Respondenten)

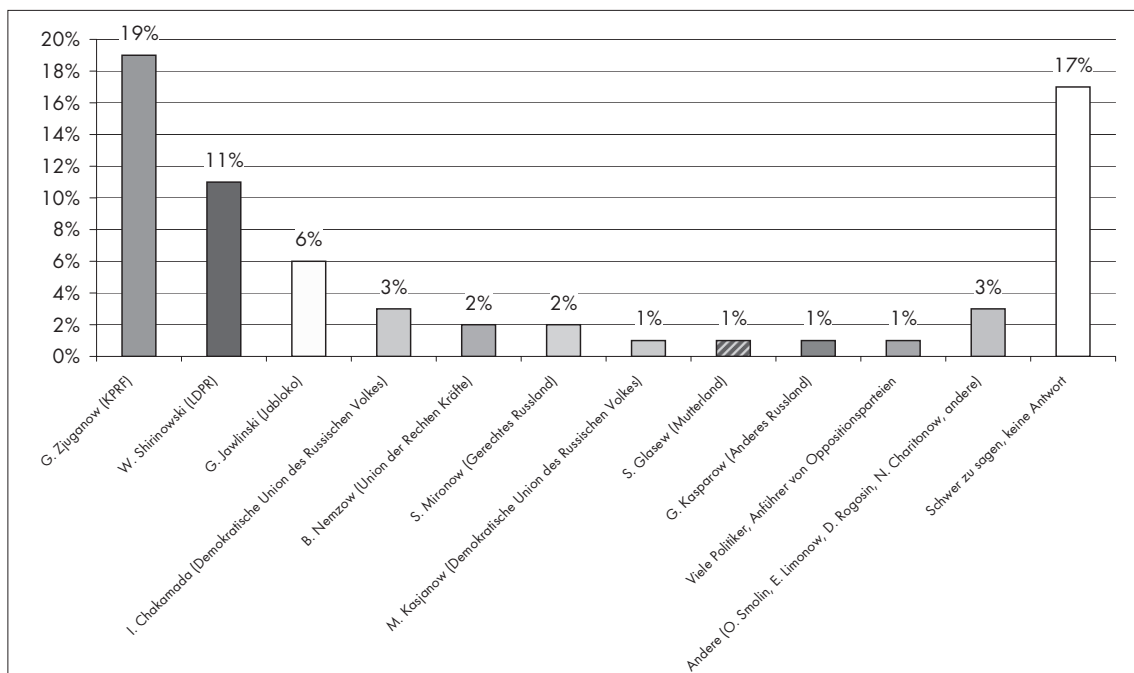


Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

Welche Parteien, politischen Bewegungen und Organisationen befinden sich Ihrer Ansicht nach in der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung? (Offene Frage, die nur denjenigen gestellt wurde, die antworteten, dass es eine Opposition in Russland gibt)

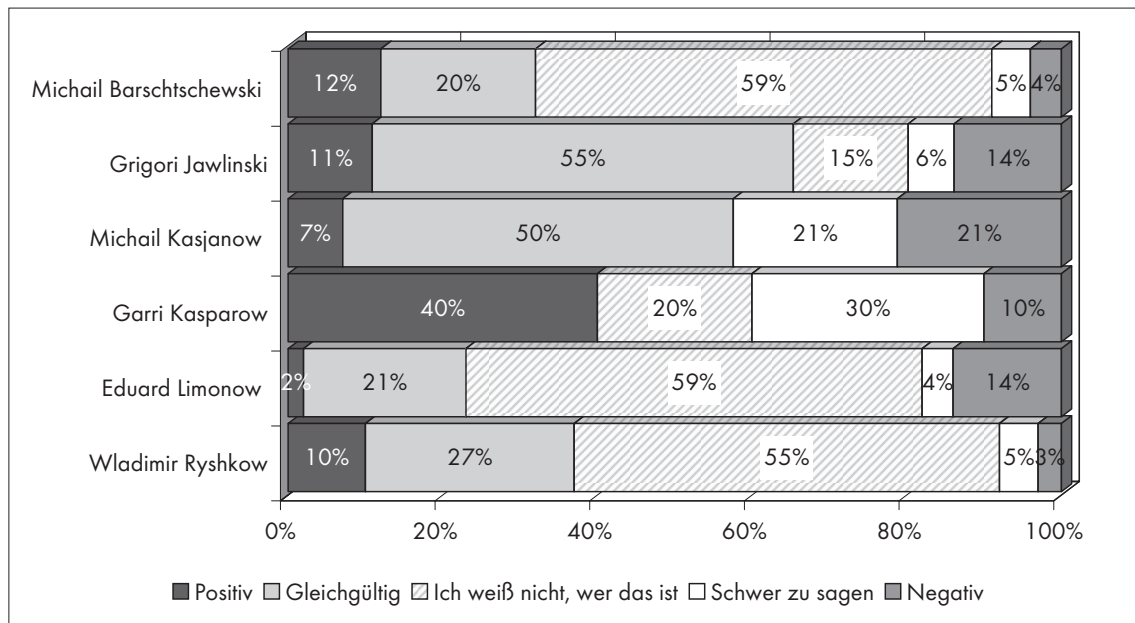


Welche Politiker befinden sich Ihrer Ansicht nach in der Opposition gegen die gegenwärtige Regierung? (Offene Frage, die nur denjenigen gestellt wurde, die antworteten, dass es eine Opposition in Russland gibt)

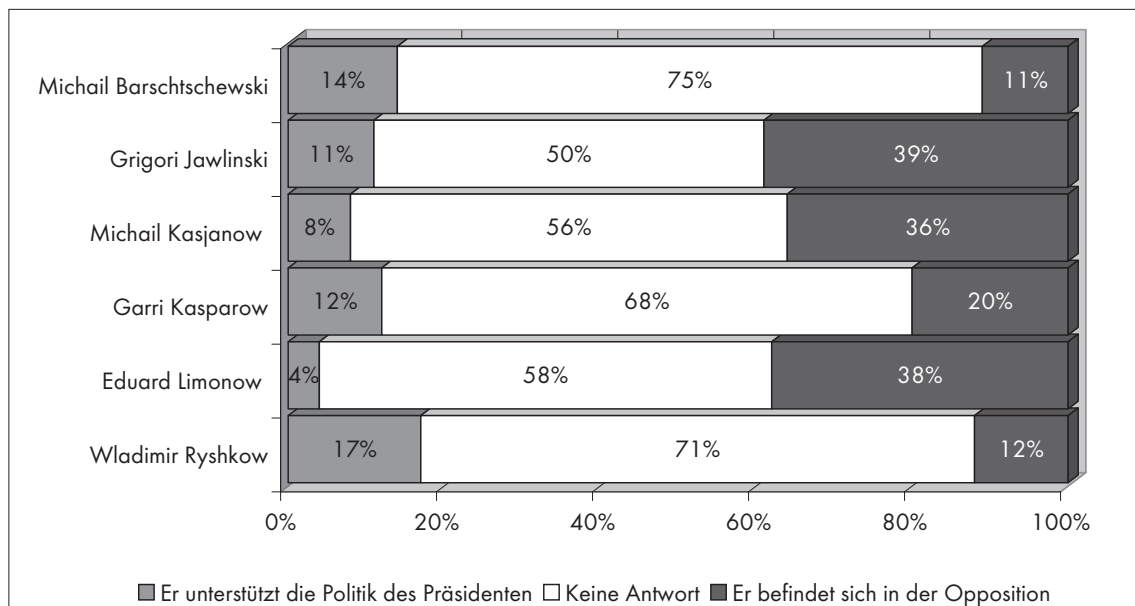


Quelle: Meinungsumfrage der Stiftung Öffentliche Meinung, 23.–24. Juni 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072621>

Wie ist Ihre Einstellung zu folgenden Politikern – negativ, positiv oder gleichgültig?



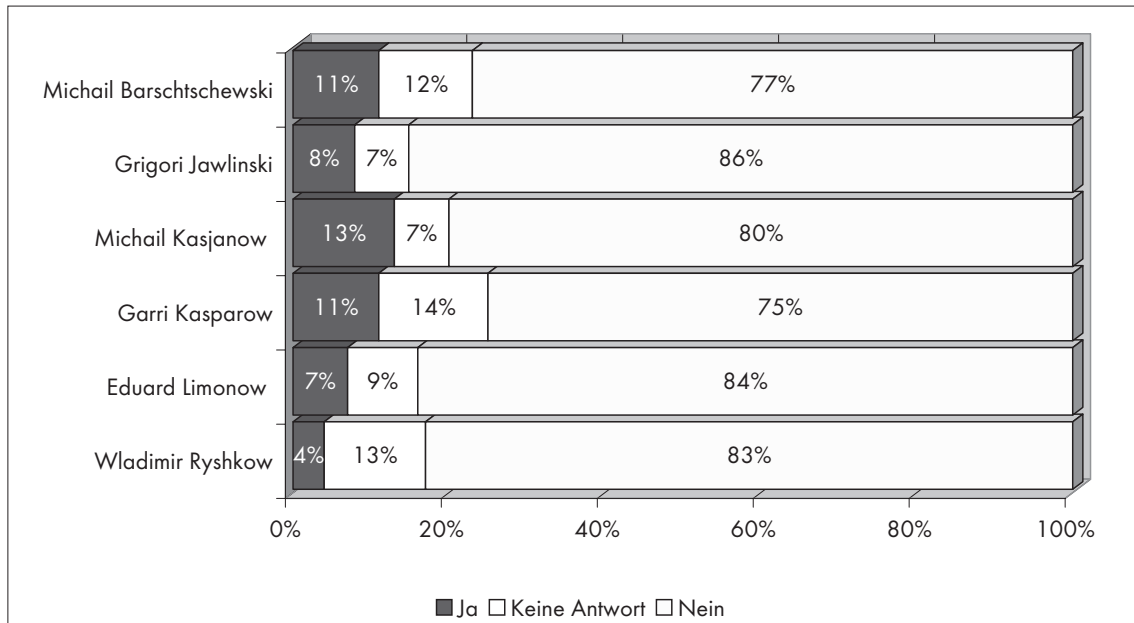
Unterstützt ... die Politik des Präsidenten Russlands oder befindet er sich in der Opposition?



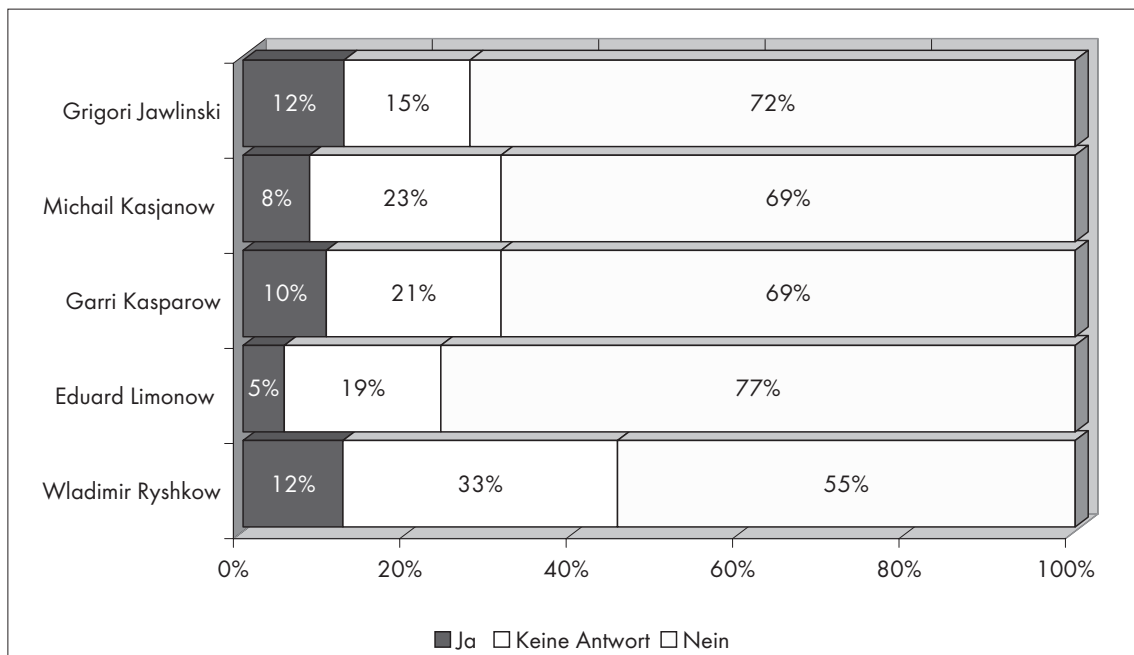
Parteizugehörigkeiten: Michail Barschtschewski – *Grashdanskaja sila* (Bürgerkraft), Grigori Jawlinski – *Jabloko*, Michail Kasjanow – *Demokratische Union des Russischen Volkes*, Garri Kasparow – *Anderes Russland*, Eduard Limonow – *National-Bolschewistische Partei*, Wladimir Ryshkow – *Unabhängiger Dumaabgeordneter und Republikanische Partei Russlands*.

Quellen: *Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) Juni / Juli 2007*, <http://bd.fom.ru/report/map/d072823>, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0727/domt0727_3/d072723, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724_3/d072422, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0726/domt0726_3/d072622, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729_3/d072903, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_3/d073122

Haben Sie in der letzten Zeit in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen Informationen über ... gehört oder gesehen?



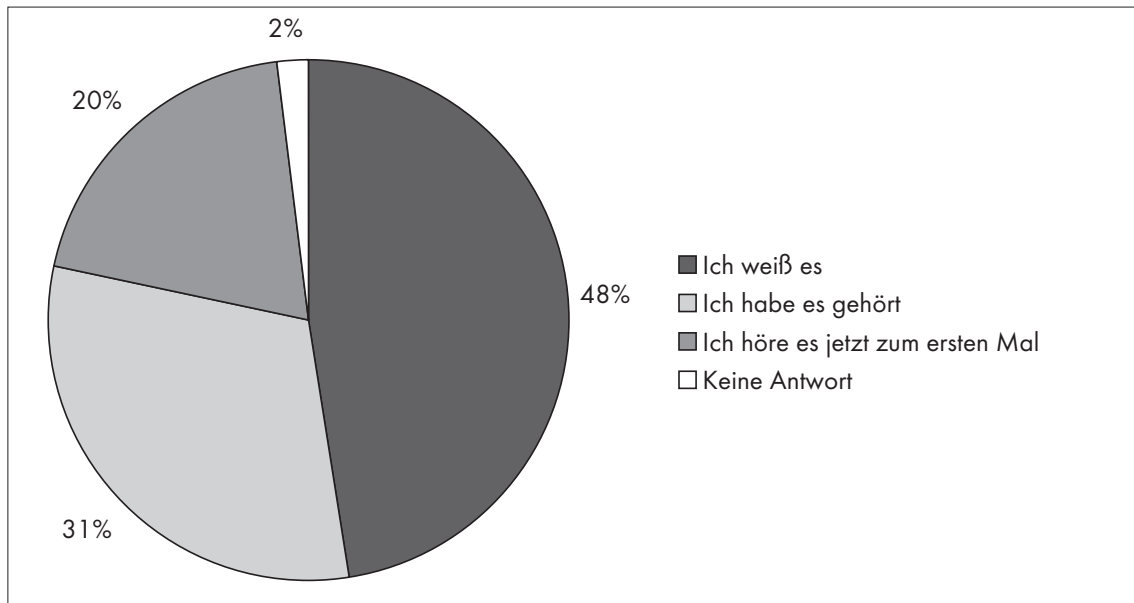
Würden Sie die Möglichkeit erwägen, bei den Präsidentenwahlen 2008 für ... zu stimmen?



Parteizugehörigkeiten: Michail Barschtschewski – *Graschdanskaja sila* (Bürgerkraft), Grigori Jawlinski – *Jabloko*, Michail Kasjanow – *Demokratische Union des Russischen Volkes*, Garri Kasparow – *Anderes Russland*, Eduard Limonow – *National-Bolschewistische Partei*, Wladimir Ryshkow – *Unabhängiger Dumaabgeordneter und Republikanische Partei Russlands*.

Quellen: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) Juni / Juli 2007, <http://bd.fom.ru/report/map/d072823>, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0727/domt0727_3/d072723, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724_3/d072422, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0726/domt0726_3/d072622, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0729/domt0729_3/d072903, http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_3/d073122

Wissen Sie, haben Sie gehört, oder hören Sie jetzt zum ersten Mal, dass Wladimir Putin die Parteiliste von Einiges Russland bei den bevorstehende Dumawahlen anführen wird?



Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen

Galina Michaleva, Mitglied des Vorstandes von Jabloko, Moskau

In dem bereits gefestigten autoritären System bürokratischer Clans, das sich in Russland herausgebildet hat, ist die Existenz der Russischen Vereinten Demokratischen Partei Jabloko widersinnig.

Wahlen ohne Wahl und Imitation eines Parteiensystems

Die Gesetzesänderungen und die politische Praxis in der zweiten Amtsperiode Putins haben Konkurrenzelemente der ohnehin unfreien Wahlen nahezu vollständig vernichtet, indem sie für die Opposition die Möglichkeit, in der Staatsduma vertreten zu sein, fast zunichte gemacht haben. Das Einverständnis Putins, die Parteiliste von »Einiges Russland« anzuführen, hat den Entstehungsprozess günstigster Bedingungen für die machthabende Partei der korruptierten Bürokratie vollendet.

Das russische politische Spektrum das im wesentlichen aus imitierten politische Parteien besteht, die sich an imitierten Wahlen mit einem im Voraus bekannten Ergebnis beteiligen sollen, sieht derzeit folgendermaßen aus.

Die 14 nach aktuellem Stand an den Wahlen teilnehmenden Parteien lassen sich in folgende Gruppen unterscheiden:

Administrative Parteien, die Putin und seine Politik unterstützen und die unterschiedlich stark vom Kreml unterstützt werden:

- »Einiges Russland«, das in seinen von Ministern und Gouverneuren angeführten Parteilisten alle »Schwergewichte« aus Geschäftsleben und Politik versammelt hat, die um Künstler, Sportler sowie Arbeiter und Bauern (nach dem sowjetischen Muster) ergänzt wurden;
- »Gerechtes Russland«, das Bürokraten aus der zweiten Reihe und Überläufer aus anderen Parteien versammelt, die sich Sorgen um ihre Sitze in der Staatsduma machen; Putins Entscheidung für Einiges Russland zu kandidieren hat die Partei in eine zwiespältige und wohl auch hoffnungslose Lage gebracht, denn sie kann nicht mit der von Putin angeführten Partei konkurrieren, wenn sie ihn unterstützen will;

- die Liberal-Demokratische Partei Russlands, die durch den Verlust einer Reihe bekannter Politiker und Geschäftsleute geschwächt wurde. Die Zweckmäßigkeit ihrer Existenz wird ebenfalls in Frage gestellt, weil es keinen Bedarf mehr an einer zusätzlichen Fraktion gibt, die eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament garantiert.

Administrative Projekte, die ebenfalls dem Kreml untergeordnet sind, jedoch eine Helfer- bzw. Ersatzrolle spielen, die zur Festigung ihrer Spitzenpolitiker und der Vortäuschung eines entwickelten Parteiensystems dienen: die Agrarpartei, die Volksunion, die Russische Partei für Frieden und Einheit, die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Täuschungsprojekte, die vom Kreml dazu geschaffen wurden, der Opposition ihre Wählerstimmen wegzunehmen: die Demokratische Partei Russlands, die »Bürgerkraft«, die »Grünen«, die »Patrioten Russlands«.

Echte Oppositionsparteien, die, wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und die Russische Vereinigte Demokratische Partei Jabloko, eine ideologische Grundlage, eine reale Mitgliederbasis und eine starke Stammwählerschaft besitzen.

Die Union der Rechten Kräfte befindet sich in einer Grenzlage und vereint bis jetzt unterschiedliche Positionen und Strategien sowohl einer administrativen Partei als auch eines parteilichen Wirtschaftsprojektes, das auf Stimmenkauf und Oppositionselementen basiert.

Eine ganze Reihe bekannter Politiker und politischer Gruppen mit unterschiedlichen politischen Orientierungen geriet in die *nicht-systemkonforme Opposition* und kann ohne Parteistatus nicht an den Wahlen teilnehmen, wie etwa »Anderes Russland«. Eine Reihe von früher legal bestehenden Parteien konnte nach den neuen Wahlgesetzen nicht registriert werden, die bekannteste davon ist die Republikanische Partei.

Zwischen 2004 und 2007 wurde immer wieder versucht, Parteien, Bewegungen und Koalitionen innerhalb der Opposition in unterschiedlicher Form zu bilden: »Das Komitee 2008«, dann die Vereinigte Bürgerfront, die Volksdemokratische Union, die Mitglieder des Bündnisses »Anderes Russland« waren, das außerdem linke Organisationen – die Nationalbolschewistische Partei, Avantgarde der Roten Jugend und Arbeitsrusslands u. a. – vereinte. Alle Versuche, eine vereinte Opposition mit einer klaren Grundlage zu bilden, wurden durch Konflikte und Spaltung beendet. Heute wirken auf diesem Feld: das Bündnis »Ein anderes Russland«, das durch die Nationalbolschewistische Partei von Eduard Limonow und die Vereinigte Bürgerfront von Garri Kasparow gebildet wurde; die Nationaldemokratische Union von Michail Kasjanow, deren Mitglied Irina Chakamada ist. Wladimir Ryshkow wurde nach der abgelehnten Registrierung seiner Republikanischen Partei und nach der Trennung von »Anderes Russland« trotz früherer Zusagen nicht in die Parteiliste der Union der Rechten Kräfte aufgenommen.

Die schwierige Lage dieser Politiker und Gruppen ist einerseits durch gesetzliche Regelungen bedingt, die die Bildung von Blocks und die Teilnahme der Vertreter einer Partei auf den Listen einer anderen verbieten. Andererseits führten unterschiedliche politische Ansichten, innere Konflikte und ungeschickte politische Handlungen anstatt zu einer Einigung der Opposition zu ihrer Schwächung.

Boykott oder Teilnahme an den Wahlen?

Im aktuellen politischen Diskurs der russischen systemkonformen und nicht-systemkonformen Opposition gibt es zwei unterschiedliche Positionen im Hinblick auf die Wahlen, die auch innerhalb von Jabloko, diskutiert werden. Die einen bezeichnen die anstehenden Wahlen als reine Imitation. An diesem Prozedere teilzunehmen, bedeute das autoritäre Regime zu legitimieren. Die anderen sind der Ansicht, dass momentan noch die Möglichkeit besteht, den eigenen Standpunkt dem Wähler näher zu bringen. Deswegen müsse an den Wahlen teilgenommen werden.

Die Standpunkte der nicht-systemkonformen Opposition sind in dieser Frage sehr widersprüchlich und werden ständig gewechselt. Die Vertreter des Bündnisses »Anderes Russland« (G. Kasparow und E. Limonow), die Jabloko und die Union der Rechten Kräfte wegen ihrer Teilnahme an Wahlen lange eines Arrangements mit dem Kreml beschuldigten und dazu aufriefen, die Dumawahlen zu boykottieren, präsentierten der Zentralen Wahlkommission letztendlich selbst eine Parteiliste. Der ehemalige Ministerpräsident Michail Kasjanow, der aus dieser Organisation zusammen mit der Russischen Volksdemokratischen Union ausgetreten ist, und der radikale Kommunist Wiktor Anpilow, der erst ausgetreten und dann wieder eingetreten ist, rufen dagegen weiterhin zum Boykott der Wahlen auf. Während die einen und die anderen zum Boykott der Dumawahlen aufriefen, versuchten sie erst zusammen und dann getrennt innerparteiliche Vorwahlen zur Nomi-

nierung eines Präsidentschaftskandidaten zu organisieren. Innerhalb von Jabloko gab es in der parteiinternen Diskussion eine Gruppe, die sich nach dem Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja, nach dem Ausschluss von den Wahlen in Karelien und der Ablehnung der Registrierung in St. Petersburg, wo Jabloko gute Chancen hatte, ebenfalls für den Boykott aussprach.

Aber dominierend war doch die Position, an den Wahlen teilnehmen zu müssen. Die Argumente dafür sind:

- Es ist die einzige Möglichkeit, unseren Standpunkt zum politischen Regime, zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes und unsere Alternativvorschläge dem Wähler näher zu bringen, wobei es einerlei ist, wie begrenzt unsere Möglichkeiten ohne jeglichen Zugang zu wichtigen Fernsehsendern sind.
- Wir haben Verpflichtungen unseren Parteimitgliedern und Anhängern gegenüber, die von uns eine Teilnahme an den Wahlen erwarten.
- Wenn wir an den Wahlen nicht teilnehmen, gefährdet dies die weitere Existenz der Partei, die so nicht als eine organisierte Kraft bis zu dem Moment bestehen bleiben kann, in dem sich die autoritären Tendenzen womöglich abschwächen und die Opposition dadurch eine reale Chancen bekommt.
- Die Erhaltung der Organisationsstruktur ohne Parteistatus ist nur auf zwei Wegen möglich: Umwandlung in eine NGO oder Gründung einer Widerstandsbewegung mit subversiven Strategien. Der zweite Weg ist bei einer bestimmten Entwicklung der Ereignisse der wahrscheinliche. Er sollte aber erst gegangen werden, wenn alle Handlungsmöglichkeiten auf dem legalen politischen Feld ausgeschöpft worden sind.
- Außerdem verwandeln die letzten Gesetzesänderungen in Verbindung mit der Verdrehung der Ergebnisse auf der Ebene regionaler Wahlkommissionen und mit der Zensur bedeutender Massenmedien und dem Mangel an Widerstandspotential den Boykott in eine unsinnige Aktion.

Die von der Zentralen Wahlkommission bereits beglaubigte Wahlliste von Jabloko enthält auf den ersten drei Plätzen außer dem Parteivorsitzenden und seinem Stellvertreter (G. Jawlinskij und S. Iwanenko) den bekanntesten Bürgerrechtler des Landes und ehemaligen Dissidenten Sergej Kowaljow, der sich über das Regime und den Präsidenten ausschließlich kritisch geäußert hat.

Die Wahlliste mit 97 Regionalgruppen und 342 Personen enthält keine Beamten höheren Ranges, keine Oligarchen. Sie ist ein Zusammenschluss des aktiven Teils unserer Gesellschaft. Darin gibt es Unternehmer, Hochschuldozenten, Leiter von NGOs, Journalisten, Studenten, Rentner, Ökologen, Bürgerrechtler, Vorsitzende freier Gewerkschaften. In der Wahlliste sind mehr Jugendliche und Frauen vertreten als in den Wahllisten anderer Parteien, 10 bzw. 28 Prozent.

Worauf wir hoffen

Das vor den Wahlen in Russland entstandene politische System ist widersprüchlich. Es lässt eine Entwicklung in mehrere Richtungen zu. Der eine geht in Richtung einer starken Autokratie: Aufzwingen einer einheitlichen Ideologie; Elemente eines Persönlichkeitskultes; Versuche, Mobilisierungsmechanismen einzusetzen. Andererseits führen die Unmöglichkeit, den Repressionsapparat umfassend zur Erhaltung des Regimes zu verwenden, und der fehlende Eiserner Vorhang zu unvermeidlichen Zweifeln seitens der Schlüsselfiguren aus Politik (und Geschäftsleben) an der Aufrechterhaltung der nach-putinschen Stabilität. Das führt zu sich verschärfenden Konflikten, wobei kriminelle Verfolgungsmethoden nicht nur gegen Wahlkampfgegner, sondern auch innerhalb der machtausübenden Strukturen eingesetzt werden.

Innerelitäre Konflikte öffnen neue Möglichkeiten sowohl für »Reformer« in den Machtstrukturen als auch für die demokratische Opposition. Eine wichtige Aufgabe ist es, diese Möglichkeiten zu nutzen (z. B. Sendezeit bei wichtigen Fernsehsendern), wenn sie entstehen. Aber das Wichtigste ist, allen denkenden Bürgern näher zu bringen, dass es zum gegenwärtigen Entwicklungskurs des Landes und zum heutigen Präsidenten Alternativen gibt.

Das Wahlrecht

Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007

Angelika Nußberger, Universität Köln und Dmitry Marenkov, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Köln

Zusammenfassung

Am 2.12.2007 finden in der Russischen Föderation Parlamentswahlen statt. Es wird die fünfte Staatsduma der postsowjetischen Zeit gewählt. Etwa 107 Millionen Wahlberechtigte in Russland sind aufgerufen, 450 Parlamentsabgeordnete zu wählen. Die diesjährigen Duma-Wahlen werden nach den Vorschriften eines neuen Wahlgesetzes von 2005, das wesentliche Änderungen im Vergleich zum Gesetz von 2002 enthält, durchgeführt. Stoßrichtung der Neuregelungen ist, der Entstehung eines Zwei-Parteien-Systems Vorschub zu leisten und kleinere Parteien auszuschließen. Dieser Beitrag stellt die neuen Regelungen vor und analysiert die wichtigsten Änderungen.

Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Grundlagen

Wahlgesetze legen nicht nur die Spielregeln für Wahlen fest, sondern bestimmen zugleich auch mit über die Verteilung der Macht unter den Parteien, bedingen die Zersplitterung oder Konzentration der Parteienlandschaft und entscheiden letztlich darüber, auf welche Weise die Stimme des Volkes zur Geltung kommt. Die in Art. 3 der Russischen Verfassung vom 12.12.1993 (im Folgenden: Verf-RF) enthaltene Aussage, dass Träger der Souveränität und einzige Quelle der Staatsgewalt in der Russischen Föderation das multinationale Volk sei, ist nur eine abstrakte Feststellung. Wie das Volk seine Macht konkret ausüben kann, d.h. welche Regeln für die Wahlen gelten, regelt die russische Verfassung – wie auch viele andere Verfassungen – nicht. Hier ist der Gesetzgeber aufgerufen, die entscheidenden Weichenstellungen *ex ante* zu treffen. Dies hat der russische Gesetzgeber auch getan, rechtzeitig, indem er am 18.5.2005 das Föderale Gesetz »Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation« (im Folgenden: WahlG) erlassen hat; die letzte Änderung datiert vom 24.7.2007. Mit diesem Gesetz wurde das bei den letzten Duma-Wahlen noch geltende Wahlgesetz in entscheidenden Punkten geändert. Weitere wichtige Regelungen sind in dem Föderalen Gesetz »Über politische Parteien« vom 11.7.2001 in der Fassung vom 26.4.2007 (im Folgenden: ParteienG) und in dem Föderalen Gesetz »Über grundlegende Garantien der Wahlrechte und des Rechts der Teilnahme an einem Referendum der Bürger der Russischen Föderation« vom 12.6.2002 (im Folgenden: WahlrechtsgarantieG) in der Fassung vom 24.7.2007 enthalten.

Terminierung der Wahl

Die Duma-Wahlen werden vom Präsidenten der Russischen Föderation angesetzt (Art. 84 lit. a) Verf-RF i.V.m. Art. 6 Abs. 2 WahlG). Dies hat frühestens 110 und spätestens 90 Tage vor dem Wahltag zu erfolgen. Parlamentswahlen finden am ersten Sonntag des Monats, in dem die Legislaturperiode der letzten Duma endet, statt (Art. 6 Abs. 2 WahlG). Bis auf den Tag genau erging am 2.9.2007 das Präsidialdekret Nr. 1144 von Präsident Putin, das die diesjährigen Duma-Wahlen offiziell für den 2.12.2007 anberaumte.

Wesentliche Änderungen des neuen Wahlgesetzes

Einführung eines reinen Verhältniswahlrechts

An Stelle des bisherigen Mischwahlsystems sieht das neue Wahlgesetz nur noch ein reines Verhältniswahlssystem vor. Nach dem alten Wahlgesetz von 2002 wurden 225 Abgeordnete nach Parteilisten und 225 Abgeordnete direkt gewählt. Die Besonderheit war, dass das System als ein »Grabensystem« ausgestaltet war, so dass die Sitze der direkt gewählten Kandidaten nicht auf den prozentualen Stimmanteil der Partei oder des Wahlblocks, dem sie angehörten, angerechnet wurden. Nach dem neuen Gesetz ist der Einzug ins Parlament nur noch über Parteilisten möglich.

Der Übergang zum reinen Verhältnismäßigkeitsystem hat zur Folge, dass bekannte Persönlichkeiten – beispielsweise Künstler oder ehemalige Sportler – nicht mehr, wie es bei den vergangenen Duma-Wahlen nicht selten der Fall war, selbständig und ohne Rückhalt in einer Partei ins Parlament einziehen können. Dies erklärt womöglich, warum in den letzten Jahren eine auffällig große Zahl von Prominenten, etwa die mehrmalige Olympiasiegerin im Eiskunstlaufen Irina Rodnina oder die Eishockeylegende Wladislaw Tretjak, der Machtpartei »Einiges Russland« beigetreten sind. Bekannte Persönlichkeiten, die nicht einer der Parteien, die den Einzug ins Parlament schaffen, angehören, aber aufgrund ihrer Popularität als Einzelperson eine Chan-

ce gehabt hätten, gewählt zu werden, werden nunmehr von der aktiven Mitgestaltung der Politik ausgeschlossen. Dies gilt etwa für den demokratischen Kandidaten Wladimir Ryschkow, der seit 1993 Abgeordneter der Staatsduma ist.

Parteilisten dürfen jetzt maximal 600 Personen enthalten; ursprünglich waren maximal 270 Personen vorgesehen. Neu ist auch, dass Parteilisten in mindestens 80 regionale Gruppen aufgeteilt werden müssen. Damit soll erreicht werden, dass aus allen Regionen Vertreter im Parlament sitzen. Bei den letzten Duma-Wahlen 2003 waren dagegen nur sieben regionale Gruppen erforderlich. Der überregionale, landesweite Teil der Parteilisten darf insgesamt nur drei Personen umfassen. Neu ist auch, dass Parteien nur eigene Parteimitglieder und Parteilose in die Parteiwahllisten aufnehmen dürfen. 2003 war es noch theoretisch zulässig, auch Mitglieder anderer Parteien zu nominieren. Von der Möglichkeit, Parteilose auf Parteiwahllisten zu setzen, hat die Partei »Einiges Russland« bereits Gebrauch gemacht, indem sie Präsident Putin – der keiner Partei angehört, als ersten der drei landesweiten Kandidaten nominiert hat.

Änderung der Teilnahmeberechtigung von Parteien

An den Wahlen dürfen nur die gemäß Art. 36 Abs. 2 ParteienG registrierten Parteien teilnehmen. Die staatliche Registrierung von Parteien wird von dem im Jahre 2004 geschaffenen Registrierungsdienst (Rosregistracija) vorgenommen. Am 5.9.2007 waren 15 politische Parteien registriert. Nach Einschätzung des neuen Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Wladimir Tschurow werden an den kommenden Wahlen tatsächlich 10 bis 12 Parteien aus dieser Liste teilnehmen. Die neue Wahlgesetzgebung sieht vor, dass eine Partei in mindestens der Hälfte der 84 Föderationssubjekte Russlands mit mindestens 500 Mitgliedern registriert sein muss. Die Gesamtzahl der Parteimitglieder muss mindestens 50.000 betragen (Art. 3 ParteienG). Eine entsprechende Erhöhung der Mindestmitgliederzahl ist durch das Änderungsgesetz vom 20.12.2004 vorgenommen worden, nachdem die ursprüngliche Fassung des Parteiengesetzes vom 11.7.2001 lediglich eine Mindestmitgliederzahl von 10.000 vorsah. Damit ist das klare Bestreben des Gesetzgebers zu erkennen, das Parteiensystem zu zentralisieren und keine kleinen sowie keine regionalen Parteien zu den föderalen Wahlen zuzulassen. Ferner können keine Wahlblöcke, d.h. freiwillige Zusammenschlüsse von Parteien, mehr bei den Parlamentswahlen gebildet werden. Dies erschwert die Herausbildung eines facettenreichen Parteiensystems deutlich und konkretisiert insbesondere auch das Konzept eines Ethnoföderalismus, nach dem auch Minderheiten auf föderaler Ebene in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden sollten.

Parteien können nunmehr bereits dann ausgeschlossen werden, wenn 5 Prozent der Unterschriften auf den Parteilisten ungültig sind. Früher mussten 15 Prozent der Unterschriften für ungültig erklärt werden. Auch wurde der finanzielle Einsatz für die Wahl (izbiratel'nyj zalog) von 37,5 auf 60 Millionen Rubel erhöht, was derzeit etwa 1,7 Millionen Euro entspricht.

Erhöhung der Sperrklausel

Besonders wichtig ist, dass die ursprünglich geltende Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament durch eine Sieben-Prozent-Hürde ersetzt worden ist. Durch diese im internationalen Vergleich überaus hohe Hürde werden kleinere Gruppierungen von der Mitarbeit im Parlament ausgeschlossen. Dies gilt etwa für die beiden demokratischen Parteien »Jabloko« und »Union rechter Kräfte« (SPS), die sich seit Jahren nicht auf eine Fusion und eine gemeinsame Kandidatur einigen können. Sie waren allerdings bereits 2003 an der damals geltenden Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.

Die Sperrklausel gilt jedoch gemäß Art. 82 Abs. 7 des neuen Wahlgesetzes nur, wenn mindestens zwei Parteien die Sieben-Prozent-Hürde genommen und dabei mindestens 60 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Das WahlG von 2002 sah noch vor, dass die Fünf-Prozent-Hürde dann eingreift, wenn sie von mindestens drei Parteien oder Wahlblöcken erreicht worden ist und diese drei Parteien oder Wahlblöcke gemeinsam mindestens 50 % der abgegebenen Stimmen erhielten. Diese Änderung legt nahe, dass ein Zwei-Parteien-Parlament favorisiert wird.

Ausgrenzung von Protestwählern

Eine Besonderheit des bisherigen russischen Wahlgesetzes, die Option, »gegen alle Kandidaten« zu stimmen, ist nunmehr gestrichen worden. Diese Option war ein Vehikel für die Bürger, um ihren Unmut mit den politischen Parteien und dem System zu artikulieren und nicht nur positiv gestaltend, sondern auch negativ ablehnend zur Arbeit des Parlaments Stellung zu nehmen, hatte aber zudem den Sinn, die Mindestwahlbeteiligung von 25 % zu sichern. Bei den letzten Duma-Wahlen stimmten immerhin ca. 2,8 Millionen Wähler (ca. 4,7

%) »gegen alle«. Allerdings war die Option, gegen alle zu stimmen, nicht schlüssig ausgestaltet worden, da es zwar die Möglichkeit gab, so zu votieren, dagegen nicht möglich war, im Wahlkampf dafür zu werben, gegen alle zu stimmen. Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation hatte daher in einer Entscheidung vom 14.11.2005 diesen Mangel moniert und eine Nachbesserung der gesetzlichen Regelung gefordert. Der Gesetzgeber hat nunmehr damit reagiert, die Option überhaupt auszuschließen. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, auch in anderen europäischen Ländern gäbe es keine entsprechende Möglichkeit.

Zugleich wird nunmehr aber auch keine Mindestwahlbeteiligung mehr verlangt, so dass es kein Problem darstellt, wenn die Protestwähler zuhause bleiben. Das Problem einer nur geringen Wahlbeteiligung aufgrund von Politikverdrossenheit, das auch in anderen ehemals kommunistischen Staaten zu beobachten ist, kann man aufgrund dieser Änderung des Wahlgesetzes in Russland nunmehr mit Gelassenheit sehen.

Änderungen des passiven und aktiven Wahlrechts

Von Interesse ist die erst im Jahre 2006 eingeführte Regelung, wonach Parlamentsabgeordnete keine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen dürfen, obwohl dies eigentlich nach der russischen Gesetzgebung zulässig ist. Außerdem dürfen nach dieser Vorschrift keine Personen kandidieren, die im Besitz einer permanenten Aufenthaltsberechtigung auf dem Territorium eines ausländischen Staates sind. Das WahlG von 2002 sah noch ausdrücklich vor, dass auch Personen, die sich während des Wahlkampfes und der Durchführung der Wahlen im Ausland aufhielten oder im Ausland lebten, in die Staatsduma gewählt werden konnten.

Beibehalten wurde die Regelung, wonach diejenigen, die aufgrund einer Gerichtsentscheidung eine Freiheitsstrafe verbüßen, nicht passiv wahlberechtigt sind. Erst im Frühjahr 2007 wurden über eine Neuregelung noch weitere Personengruppen ausgeschlossen. Dies gilt für die wegen einer schweren oder besonders schweren Straftat sowie für die wegen »Extremismus« Vorbestraften, soweit die Strafe noch nicht aus dem Strafregister getilgt worden ist. Dieselbe Regelung betrifft auch diejenigen, die sich Ordnungswidrigkeiten haben zuschulden kommen lassen, und zwar bei der »Propaganda und der öffentlichen Zurschaustellung von nazistischen Symbolen« und der massenhaften Verbreitung von in einer bestimmten Liste enthaltenen extremistischen Materialien. Das Problem an dieser Regelung ist, dass der Begriff »Extremismus« in der neuen russischen Gesetzgebung sehr weit ausgelegt wird und auch auf Wahlveranstaltungen und Demonstrationen oppositioneller Politiker angewendet werden kann.

Pflichten der Abgeordneten

Ferner haben die Duma-Abgeordneten und die Kandidaten nunmehr ihre Einkünfte zu offenbaren. Grundsätzlich dürfen sie neben ihrem Mandat nur einer lehrenden, wissenschaftlichen oder anderen künstlerischen Tätigkeit nachgehen.

Strittig ist, ob ein Mandat in der Duma mit dem Amt des Ministerpräsidenten vereinbar ist – eine Konstellation, die sich nach den jüngsten Aussagen Putins zu einer Kandidatur für die Partei »Einiges Russland« ergeben könnte. Die Verfassung enthält dazu keine explizite Regelung. Unvereinbar sind nach Art. 97 Abs. 2 Verf-RF ein Mandat in der Duma mit einem Sitz im Föderationsrat, einem Sitz in einem anderen repräsentativen Staatsorgan und in einem Organ der kommunalen Selbstverwaltung. Außerdem dürfen die Abgeordneten nicht im Staatsdienst beschäftigt werden. Nun ist die Tätigkeit des Ministerpräsidenten keine Tätigkeit im Staatsdienst (gosudarstvennaja slushba), sondern ein staatliches Amt (gosudarstvennaja dolzhnost), so dass diese Bestimmung nicht einschlägig ist. Dagegen handelt es sich zweifelsfrei um eine bezahlte Tätigkeit, und auch dies ist nach Art. 97 Abs. 3 Verf-RF verboten. Für die Abgeordneten der Duma der Ersten Legislaturperiode fand sich zu diesem Problem eine Übergangsbestimmung in der Verfassung. Nur für sie war festgelegt, dass sie Dumamandat und Regierungstätigkeit miteinander verbinden können (Teil 2 Ziffer 9 Verf-RF). Daraus lässt sich im Gegenschluss folgern, dass diese Ausnahme für die Abgeordneten der Duma, die gegenwärtig gewählt wird, nicht mehr gilt. Dies bestätigt auch das Föderale Verfassungsgesetz »Über die Regierung« Nr. 2-FKZ vom 17.12.1997 ausdrücklich in Art. 11. Allerdings ist, da die Inkompatibilitätsregelung auf verfassungsrechtlicher Ebene nur durch Interpretation zu ermitteln ist und nicht schwarz auf weiß im Text der Verfassung selbst steht, davon auszugehen, dass sie im politischen Prozess leicht übergangen wird.

Des Weiteren wird in der russischen Öffentlichkeit das Problem diskutiert, ob der Präsident Wahlkampf für ein Mandat in der Duma führen darf, ohne sein Amt als Präsident niederzulegen. Auch zu diesem Problem findet sich keine explizite Regelung in der Verfassung. Nach Art. 46 Abs. 2 WahlG müssen sich diejenigen, die im Staatsdienst sind, beurlauben lassen, wenn sie als Kandidaten für die Duma registriert sind. Diejenigen, die ein »staatliches Amt« innehaben, werden in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich genannt. Ob

sich aufgrund der Regelung zur Wahlkampfführung für Beamte und Amtsträger (Art. 40 Abs. 6 WahlrechtsgarantieG), wie die Zentrale Wahlkommission meint, ableiten lässt, dass der Präsident auch während des Wahlkampfes für den Einzug in die Duma Präsident bleiben dürfe, ist fraglich, da sich diese Vorschrift auf Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gleichermaßen bezieht und damit für die Duma-Wahlen nicht aussagekräftig ist. Im Übrigen ist es aber auch möglich, das Dumamandat abzulehnen und den Status eines Kandidaten im landesweiten Teil der Parteiliste beizubehalten. In diesem Fall kann das vakante Mandat, wie eine 2007 eingefügte Änderung des WahlG besagt, einem anderen auf der Liste registrierten Kandidaten übertragen werden.

Internationale Wahlbeobachter

Auch zu den internationalen Wahlbeobachtern findet sich eine neue Regelung. Früher konnten sie nach der Registrierung von jedem Kandidaten, jeder Partei, jedem Wahlblock und auch jeder gesellschaftlichen Vereinigung benannt werden. Nunmehr haben dieses Recht nur noch die registrierten politischen Parteien und die in der landesweiten Liste nominierten Kandidaten. Die Einladung der internationalen Wahlbeobachter erfolgt über die Zentrale Wahlkommission, nicht mehr über die Parteien und Fraktionen in der Duma.

Zielrichtung der Reformen

Für einige der Gesetzesänderungen lassen sich gute Gründe anführen. So ist ein rein destruktives Votum »gegen alle« keine Option in einer demokratischen Gesellschaft. Würde, was theoretisch möglich wäre, eine Mehrheit der Bevölkerung dafür votieren, so wäre dies eine Rückkehr zu dem Hobbes'schen Urzustand, bevor der »Leviathan« geschaffen wurde. Für ein transparentes Parteiensystem ist es nicht förderlich, wenn eine Partei Mitglieder einer anderen Partei als Kandidaten aufstellen kann. Auch das Mischwahlsystem führte zu Verwerfungen, die mit Blick auf den Gleichheitssatz problematisch waren, da keine Anrechnung der für die Einzelkandidaten abgegebenen Stimmen auf die Parteienlisten erfolgte.

Dennoch ist die Stoßrichtung der Reformen nicht, einzelne Unzulänglichkeiten des Wahlgesetzes von 2002 zu korrigieren, sondern vielmehr, das unter Jelzin einstmals aufmüpfige Parlament in die »Vertikale der Macht« einzubauen und Überraschungen durch Außenseiter vorzubeugen. Allerdings ist die politische Notwendigkeit für diese Maßnahme nicht wirklich einsichtig, ist das Parlament, wie die Abstimmungsergebnisse auch bei kontroversen Gesetzen zeigen, doch schon längst still und gefügig geworden. Kritik ist allenfalls von der Straße zu gewärtigen, wie die von dem ehemaligen Schachweltmeister Garri Kasparov als »Märsche der Nichteinverstandenen« organisierten Demonstrationen vor Augen geführt haben. Die neuen Regelungen des Wahlgesetzes schieben auch hier einen Riegel vor, so dass diese Auseinandersetzungen nicht ins Parlament übergreifen können.

Aus der Sicht der Bürger dürften die Änderungen des Wahlrechts kaum von großer Bedeutung sein. Umfragen zeigen ein tiefes Misstrauen gegenüber den Abgeordneten. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Juli 2007 äußerten sich 44 % der Befragten dahingehend, dass Abgeordnete lediglich eigene Interessen verfolgten, und nur für den eigenen Wohlstand sorgten. Weitere 19 % gingen davon aus, dass die Kandidaten nur eine Machtstellung erreichen und sichern wollten. 14 % der Befragten nannten die Parlamentsangeordneten »Nichtstuer« (»bezdelniki«) und assoziierten sie mit »leeren Versprechen«. 8 % der Befragten bezeichneten die Abgeordneten sogar als »Diebe«, »Korruptierte« oder »Gauner«. 45 % der Befragten erklärten, dass die Duma-Abgeordneten ihre Aufgaben »schlecht oder sehr schlecht« erfüllten. Nur 36 % schätzten ihre Arbeit als »befriedigend« ein.

Die eigentlich relevante Frage ist und bleibt daher, wer tatsächlich die Macht in den Händen hält. Gegenwärtig ist dies der Präsident, in der Zukunft könnte es der Ministerpräsident sein.

Über die Autoren:

Angelika Nußberger ist Professorin für Öffentliches Recht und Ostrecht an der Universität zu Köln sowie Direktorin des Instituts für Ostrecht.

Dmitry Marenkov ist im Referat Ausländisches Wirtschafts- und Steuerrecht der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) in Köln für die Staaten Mittel- und Osteuropas zuständig.

Lesetipps:

Angelika Nußberger, Die Grundlagen des russischen Wahlrechts, Russlandanalysen Nr. 5, November 2003, S. 2–5 <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen5.pdf>

Grigorii V. Golosov, Die Novellierung von Partei- und Wahlgesetz in ihren Folgen für das russische Parteiensystem, Russlandanalysen Nr. 53, Januar 2005, S. 2–4
<http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen53.pdf>

Internet-Links:

<http://www.duma.gov.ru> (Staatsduma)

<http://www.constitution.garant.ru> (Verfassung der RF, auf Russisch und Englisch)

<http://www.cikrf.ru/cikrf/> (Zentrale Wahlkommission der RF)

<http://www.rosregistr.ru/> (Föderaler Registrierungsdienst Rosregistracija)

http://www.cikrf.ru/cikrf/law/2/zakon_51.jsp

(Föderales Gesetz 51-FZ »Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalversammlung der Russischen Föderation« vom 18.5.2005)

http://www.cikrf.ru/cikrf/law/2/2001_95fz.jsp

(Föderales Gesetz 95-FZ »Über politische Parteien« vom 11.7.2001)

http://www.cikrf.ru/cikrf/law/2/zakon_02_67fz_n.jsp (idF v 24.07.2007)

(Föderales Gesetz »Über grundlegende Garantien der Wahlrechte und des Rechts der Teilnahme an einem Referendum der Bürger der Russischen Föderation« vom 12.6.2002)

http://www.cikrf.ru/cikrf/law/doc_3_1.jsp (Kommentierung der neuen Wahlgesetzgebung)

Russische Politik im Vorfeld der Wahlen

Auftakt zum Präsidentenwechsel?

Überlegungen zur Regierungsumbildung in Russland

Henning Schröder, Bremen / Berlin

Zusammenfassung

Knapp drei Monate vor den Parlamentswahlen am 2. Dezember und sechs Monate vor den Präsidentenwahlen Anfang März 2008, stellt der russische Präsident Wladimir Putin die Führung des Landes neu auf. Der überraschende Schritt verrät zum einen etwas über das politische System und lässt zum anderen Rückschlüsse auf die Strategie zu, mit der die Präsidialverwaltung Putins Nachfolge inszenieren will.

Der Regierungswechsel zeigt, dass in Russland Wahlen für den Zugang zu politischer Macht nicht von Bedeutung sind. Politische Entscheidungen werden vielmehr in einem engen Kreis um den Präsidenten gefällt. Dies betrifft derzeit vor allem die Nachfolgefrage. Hier bietet sich mit Subkow eine neue Variante an: Der 66-jährige Agrar- und Finanzfachmann ohne politische Ambitionen wäre ein idealer Platzhalter für den zehn Jahr jüngeren Wladimir Putin. Unter der Ägide seines Vorgängers könnte Subkow vier Jahre als Präsident agieren, um dann wieder Putin Platz zu machen.

Regierungswechsel im Vorfeld der Wahlen

Am 12. September 2007 nahm Präsident Putin das Rücktrittsgesuch von Ministerpräsident Michail Fradkow an und nominierte Viktor Subkow, den pensionsreifen Chef der Finanzaufsicht, als dessen Nachfolger. Am 14. September bestätigte die Duma den Kandidaten des Präsidenten mit 381 gegen 47 Stimmen. Unmittelbar nach seiner Wahl machte sich der neue Ministerpräsident an die Neubildung der Regierung. (Siehe dazu die Biographien der neuen Minister und die Pressestimmen in den folgenden beiden Abschnitten.)

Knapp drei Monate vor den Parlamentswahlen am 2. Dezember und sechs Monate vor den Präsidentenwahlen Anfang März 2008, stellt der russische Präsident die Führung des Landes neu auf. Das ist erklärungsbedürftig – in der Bundesrepublik würde ein Kanzler seine Regierung 12 Wochen vor der Wahl sicher nicht auflösen. Der amerikanische Präsident George W. Bush, dessen Amtszeit ein halbes Jahr später endet als die Putins, wird von vielen Beobachtern schon jetzt als *lame duck* angesehen. Der russische Präsident hingegen ist durch die Spekulationen um seine Nachfolge keineswegs geschwächt – seine Autorität im Innern wie in der auswärtigen Politik ist unbestritten.

Eine postsowjetische Tradition?

In der neueren Geschichte Russlands ist ein solcher Schritt – ein Regierungswechsel kurz vor der Wahl – allerdings nicht ungewöhnlich. Im Mai 1999 hatte »die Familie«, wie die Machtgruppe um den damaligen Präsidenten Boris Jelzin genannt wurde, den ungeliebten Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow entlassen und an seine Stelle Innenminister Sergej Stepaschin gesetzt. Als dieser nur bedingt erfolgreich war, wechselte man ihn Anfang August – vier Monate vor den Dumawahlen – gegen Putin aus, damals Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB. Durch einen populistischen Kurs, der sich u.a. im militärischen Vorgehen gegen Tschetschenien ausdrückte, und durch eine massive Medienkampagne verschaffte »die Familie« Putin die große Popularität, die nötig war, um ihn Anfang 2000 als Nachfolger Jelzins zu installieren. Der 1999 vorgenommene Regierungswechsel war erkennbar Teil einer Strategie, die eine Person zum Präsidenten machen sollte, der »die Familie« vertrauen konnte.

Vier Jahre später löste Putin Ministerpräsident Michail Kasjanow im Februar 2004 – drei Wochen vor den Präsidentenwahlen – ab und ersetzte ihn durch den weithin unbekannten Michail Fradkow, der als »technischer Premier« agierte, ohne erkennbare politische Ambitionen. Putin argumentierte, die Wähler sollten wissen, wie sich Politik in Zukunft gestalten würde und nicht durch einen Regierungswechsel nach der Wahl überrascht werden. Beobachter interpretierten den Schritt seinerzeit als Versuch, die Wähler für den Urnengang zu mobilisieren. Man befürchtete offenbar, dass viele Bürger zu Hause bleiben würden, da die Wiederwahl Putins ohnehin allgemein als ausgemachte Sache galt.

Wenn Präsident Putin nun, im Vorfeld von Parlaments- und Präsidentenwahlen, wiederum den Ministerpräsidenten auswechselt, so muss dies als wohlüberlegter politischer Kunstgriff verstanden werden. Ein Kunst-

griff, der etwas über das politische System und den Charakter von Wahlen aussagt, und der etwas über die Strategie verrät, mit der die Putin-Administration Putins Nachfolge inszenieren will.

Wahlen – ohne Einfluss auf die Machtverhältnisse

Wahlen sind ein zentrales Element von Demokratie. Durch Wahlen wird im politischen Wettbewerb geregelt, welche Gruppe für eine begrenzte Zeit die Entscheidungsgewalt innehaben soll. Zugleich verschaffen Wahlen der jeweiligen politischen Führung auch die notwendige Legitimation, Macht auszuüben. Insofern ist es die Regel, dass die Regierungsbildung den Wahlen folgt. Erst nach der Entscheidung des Souveräns – der Wählerschaft – ist klar, wer in der nächsten Legislaturperiode Macht ausüben wird.

In der Russischen Föderation verhalten sich die Dinge etwas anders – sowohl rechtlich als auch praktisch. Die Regierung ist nicht dem Parlament, der Duma, verantwortlich, sondern dem Präsidenten, der auch die Minister ernennt. Nur im Falle des Ministerpräsidenten muss die Entscheidung des Präsidenten durch die Duma bestätigt werden. Die Auflösung der Regierung ist Sache des Präsidenten, das Parlament hat damit nichts zu tun. Bei Neuwahl des Präsidenten legt die Regierung ihre Vollmachten nieder – durch Dumawahlen wird ihre Tätigkeit nicht berührt. Bereits in der Verfassung ist also die Konzentration der politischen Macht in den Händen des Präsidenten angelegt – und damit auch die Schwäche des Parlaments.

Daher entscheiden die Dumawahlen auch nicht unmittelbar über die Machtverteilung. Die wirkliche Entscheidung fällt bei der Wahl des Präsidenten, der von der Bevölkerung direkt gewählt wird und so eine starke Legitimation erhält. Die Jelzin-Administration hat durchweg gegen eine Parlamentsmehrheit regiert und sich nur von Fall zu Fall Mehrheiten verschafft. Auch die Putin-Administration konnte sich zu Beginn der ersten Amtszeit 2000/01 nur bedingt auf die Duma verlassen, in der die kommunistische Opposition nach den Wahlen mit 20% der Abgeordneten die stärkste Fraktion stellte. Der Präsident ist auf das Parlament nicht angewiesen, um so mehr als er allein über die bewaffnete Macht verfügt. Die so genannten »Machtminister« – der Verteidigungsminister, der Innenminister, der Katastrophenschutzminister und die Chefs der Dienste – ressortieren ebenso wie der Außenminister direkt beim Präsidenten. *De facto* hatten die Dumawahlen 1993 und 1995 keine wirkliche Bedeutung. Selbst wenn das Wahlvolk seine Opposition gegen Jelzin zum Ausdruck brachte, hatte dies kaum Einfluss auf politische Entscheidungen.

Dumawahlen als Testlauf

Im Jahre 1999 veränderte sich die Situation geringfügig. Bei den Präsidentenwahlen im Jahre 2000 musste ein Nachfolger für Jelzin gefunden werden, da dieser selbst laut Verfassung nicht für eine dritte Amtszeit kandidieren durfte. Die Dumawahlen im Dezember 1999 wurden zum Probelauf. Als sich zeigte, dass die im September 1999 von »der Familie« neu gegründete Partei »Einheit« im ersten Anlauf über 23% der Wählerstimmen holte, und hinter der KPRF an zweiter Stelle lag, zog die Jelzin-Administration die Präsidentenwahlen in den März vor und lancierte ihren Kandidaten, Ministerpräsidenten Putin, indem sie ihn an Stelle von Jelzin zum amtierenden Präsidenten machte. Mögliche politische Konkurrenten wie der frühere Ministerpräsident Jewgenij Primakow oder der Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow verzichteten daraufhin auf eine eigene Kandidatur. Putins Wahl war gesichert.

Auch vier Jahre später waren die Dumawahlen im Dezember 2003 *de facto* eine Vorentscheidung. Nachdem die von der Präsidialverwaltung geförderte Partei »Einiges Russland« nach einer ebenso fulminanten wie skrupellosen Wahlkampagne in der Duma eine Zweidrittelmehrheit erreicht hatte, trat bei den Präsidentenwahlen kein ernstzunehmender Politiker mehr gegen Putin an. Einer der Konkurrenten, Sergej Mironow, heute Vorsitzender der Partei »Gerechtes Russland«, trieb seine Loyalität so weit, dass er erklärte, er kandidiere zwar, setze sich aber tatsächlich für den Sieg Putins ein.

Die Präsidentenwahlen waren zur Farce geworden, die Parlamentswahlen zum Testlauf. Nach wie vor entschied die Zusammensetzung der Duma nicht über politische Macht, doch die Dumawahlen wurden zum Stimmungsbarometer, an dem die Machtelite ablas, wieweit das Regime in der Gesellschaft akzeptiert wurde. Wahlen sind in Russland kein Instrument des politischen Wettbewerbs, der Wahlakt verschafft dem Regime dennoch Legitimation. Daher ist die politische Führung an einer ordnungsgemäßen Durchführung und einer hohen Wahlbeteiligung interessiert.

Politik als Elitenkonkurrenz

Es sagt etwas über ein politisches System aus, wenn Wahlen nicht über den Zugang zur Macht entscheiden, wenn politischer Wettbewerb nicht öffentlich stattfindet. Selbst wenn der Wahlvorgang formal korrekt durchgeführt wird, dokumentiert er nicht den Willen des Souveräns – des Wahlvolkes –, und das System kann kaum als demokratisch bezeichnet werden.

Dennoch findet ein politischer Wettbewerb statt – aber in einem engen Zirkel, jenseits der Öffentlichkeit. In der Tat hat sich die gesellschaftliche Kräftekonstellation seit der Endphase des Sowjetsystems nur unwesentlich geändert. In den zwanzig Jahren seit Beginn der *Perestrojka* im Januar 1987 hat sich die russische Gesellschaft nicht selbst organisiert, keine Interessen aggregiert und keine Gegenelite hervorgebracht. Gesellschaft war in der Ära Gorbatschow, wie in den Amtsjahren Jelzins und Putins durchweg nicht Träger, sondern Objekt von Politik. Entscheidungen wurden innerhalb einer zahlenmäßig kleinen Machtgruppe gefällt. Versuchte Gorbatschow noch gestützt auf Teile des ZK und des Parteiapparats die Sowjetunion zu modernisieren und das Regime zu liberalisieren, setzte die Jelzin-Administration gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Liberalisierung der Märkte und die Privatisierung des Produktivkapitals durch. Die Konfrontation mit dem Parlament – damals hieß es noch Oberster Sowjet – und seine gewaltsame Auflösung im Oktober 1993 war ein Resultat dieser Politik. Eine Allianz zwischen politischen Eliten und neuem Geld war der Kern des Jelzin-Regimes.

Putin, von der Jelzin-Familie mit Bedacht ausgewählt, rührte nicht an die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Nach wie vor verfügt ein Elitenkartell über Macht und Produktivkapital – ohne wirksame öffentliche Kontrolle. Die Spielräume der Gesellschaft indes wurden in den beiden Amtszeiten Putins immer weiter eingeeengt. Als Kompensation organisierte die Präsidialadministration eine Reihe von Parteien, die relevante Wählergruppen auffangen sollten, und schuf mit der Gesellschaftskammer eine Institution, die mit mehr oder weniger großem Erfolg Zivilgesellschaft simuliert. Gesellschaft wurde – im Sinne der klassischen Formel, die Dietrich Geyer für die Zeit Katharinas II. geprägt hatte – wieder eine »staatliche Veranstaltung«.

Die Putin-Kohorte

Verschoben hat sich in der Amtszeit Putins jedoch die Zusammensetzung der Machtelite. Die Jelzinsche Allianz aus Präsident, Gouverneuren und »Oligarchen« hatte schon 1997 im so genannten »Bankenkrieg«, bei dem die Finanzmagnaten über die Modalitäten der Privatisierung lukrativer Staatsbetriebe in Streit gerieten, erste Risse gezeigt. Bei der Frage, wer der Nachfolge Jelzins werden sollte, zeichnete sich eine Konfrontation zwischen »der Familie« und einem Bündnis um Lushkow und Primakow ab. Die erfolgreiche Einführung des Kandidaten Putin im Vorfeld der Dumawahlen 1999 veranlasste Lushkow und Primakow dann zum Rückzug. Der neu gewählte Präsident ging alsbald gegen die »Oligarchen« vor, drängte solche mit politischen Ambitionen wie Gusinskij und Beresowskij aus dem Land und ließ Chodorkowskij ins Gefängnis werfen. Angehörige »der Familie« wie Ministerpräsident Kasjanow und Woloschin, den Leiter der Präsidialverwaltung entfernte er nach und nach aus seiner Umgebung. Dafür platzierte er eine große Zahl von Vertrauten aus dem Geheimdienst und aus seiner Zeit in der Petersburger Stadtverwaltung in Schlüsselpositionen.

Die russische Öffentlichkeit nahm das zunächst als Kampf der »Moskauer« gegen die »Petersburger« wahr. Bald begann man zwischen »Petersburger Juristen/Liberalen« und »Petersburger Tschekisten (Geheimdienstlern)« zu differenzieren. Und nach Verdrängung der »Moskauer« unterschied man nur noch zwischen »Liberalen« und »Silowiki« (Angehörigen von Militär und Geheimdiensten). Ob diese Gruppeneinteilung so zutrifft, mag dahingestellt bleiben – der Sozialwissenschaftler Alexander Ausan etwa plädiert dafür, die schematische Zuordnung nach Herkunft aufzugeben und die Machtelite stattdessen nach der Verbindung mit den großen Staatskonzernen (Gazprom, Rosneft, EES Rossii, Russische Eisenbahnen, Sberbank und Rüstungssektor) zu gruppieren. In der Tat ist die Putin-Kohorte eng mit der Wirtschaft verflochten, sie hat es verstanden, sich und ihren Verwandten im Lauf der beiden Amtszeiten lukrative Posten in den wichtigsten Großunternehmen zu sichern. In den Putin-Jahren fand eine »zweite Umverteilung« statt, in der die Privatisierungsgewinner der Jelzin-Zeit Teile ihrer Beute an Angehörige der Putin-Administration verloren.

Diese Erfahrung macht die Frage der Nachfolge Putins so brisant. Eine der wichtigen Aufgaben des russischen Präsidenten ist die Moderation zwischen den Elitefraktionen. Nur wenn es gelingt, die Interessen der verschiedenen Gruppierungen auszubalancieren, kann die Geschlossenheit des Elitenkartells und damit die Stabilität des Regimes erhalten werden. Putin hat diese Aufgabe offenbar zu allgemeiner Zufriedenheit gelöst. Tritt im März 2008 an seine Stelle ein anderer Politiker, dann besteht die Gefahr, dass dieser seine eigene Klientel befriedigen muss und eine »dritte Umverteilung« in Gang setzt. Damit sind nicht nur die Erwerbun-

gen der Putin-Kohorte in Gefahr, ein Elitenkonflikt könnte im Extremfall auch in die Gesellschaft überschlagen und ein »ukrainisches Szenario«, eine Welle gesellschaftlicher Aktivität, auslösen. Keine der Elitengruppen hat daran ein Interesse und daher optieren viele ihrer Vertreter für eine (verfassungswidrige) dritte Amtszeit Putins. Diesen Vorschlag aber weist der Amtsinhaber selbst konsequent zurück.

Subkow – Signal für eine Nachfolgeregelung?

Die Frage nach Putins Nachfolger ist seit langem Gegenstand heftiger Spekulationen. Hoch gehandelte Kandidaten waren lange Zeit die beiden Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Ivanow und Dimitri Medwedjew, von denen der erste als Kandidat der »silowiki« galt, der zweite als Sprecher der »Liberalen«. Aber auch Wladimir Jakunin, der Chef des Russischen Bahnkonzerns, Sergej Naryschkin, ein weiterer Stellvertretender Ministerpräsident oder Valentina Matwijenko, Gouverneurin von St. Petersburg, sind im Gespräch. Jetzt wird auch der neue Ministerpräsident Viktor Subkow zu den möglichen Kandidaten gezählt.

Der politische Wettbewerb zwischen den Kandidaten und den zugehörigen Elitefraktionen wird nicht bei den Wahlen ausgetragen. Diese Entscheidung wird vielmehr im Vorfeld »bei Hofe« ausgehandelt, im engeren Umkreis Wladimir Putins. Putin selbst hat sich bei der Frage seiner Nachfolge bedeckt gehalten, auch wenn diese Frage die gesamte zweite Amtszeit überschattet und die Eliten politisch gelähmt hat – in der Tat ist nach 2004 keine der vielen drängenden Reformen energisch vorangetrieben worden. Für Putin stellt sich aber die Frage nach seiner Rolle als Ex-Präsident. Die russische Verfassung ist so angelegt, dass die gesamte Macht beim Präsidenten konzentriert ist – für einen populären Ex-Präsident mit politischen Ambitionen ist da kein Platz. Jedem, der im März 2008 zum Präsidenten gewählt wird, muss daran gelegen sein, Putin möglichst rasch zu neutralisieren. Putin seinerseits wird nach seinen erfolgreichen Amtszeiten und dem hohen Vertrauensbonus, den er in der Gesellschaft genießt, nicht bereit sein, ohne weiteres in den Hintergrund zu treten.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen erscheint Viktor Subkow beinahe als der ideale Nachfolger. Der 66-jährige Agrar- und Finanzfachmann ohne politische Ambitionen wäre der ideale Platzhalter für den zehn Jahr jüngeren Wladimir Putin. Unter der Ägide seines Vorgängers könnte Subkow vier Jahre als Präsident agieren, um dann wieder Putin Platz zu machen. Eine solches Szenario mit Subkow als Übergangslösung könnte sowohl die Elitenvertreter zufrieden stellen, die eigentlich eine dritte Amtszeit für Putin wünschen, als auch Putin selbst, der im Schlagschatten seines Nachfolgers weiter eine einflussreiche politische Rolle spielen könnte, während er sich als Nachfolger des Nachfolgers bereit hält.

Ob dieser Weg eingeschlagen wird, hängt sehr davon ab, ob der neue Ministerpräsident von der Bevölkerung angenommen wird. Denn neben der Moderation von Elitenkonflikten hat der Präsidenten noch eine zweite Aufgabe, die für die Stabilität des Regimes von erheblicher Relevanz ist: er muss in der Gesellschaft für das Regime Akzeptanz schaffen. Das ist Putin in seinen beiden Amtszeiten hervorragend gelungen. Sein Image als bescheidener, anständiger, kluger, gesunder und um die kleinen Leute besorgter Staatsdiener hat ihm in der Bevölkerung ein hohes Vertrauensrating beschert. Die *spin doctors* der Präsidialadministration müssten nun Subkow in ähnlicher Weise als »Mann des Volkes« aufbauen. Allerdings ist die Situation 2007/08 unvergleichlich schwieriger als 1999. Das Image Putins wurde als Gegenbild zu dem stammelnden, herzkranken Alkoholiker Jelzin entwickelt, dessen *amigos* Russland als Selbstbedienungsladen betrachteten. Subkow müsste jetzt gewissermaßen als ältere Putin-Version beworben werden. Wenn eine solche Kampagne bis zu den Dumawahlen keinen Erfolg zeitigt, dann muss allerdings wieder auf frühere Nachfolgevarianten zurückgegriffen werden: Ivanow, Medwedjew, Jakunin & Co wären dann wieder im Spiel.

Lesetipps

Zur Lage des politischen Systems in Russland

- M. Buhbe; G. Gorzka (Hrsg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften 2007.
- L. Gudkov: Rußlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, 57.2007, Nr. 1, S. 3–13.
- M. Mommsen; A. Nußberger: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland, München: Verlag C.H.Beck 2007 (= Beck'sche Reihe 1763).
- D. Furman: Ursprünge und Elemente imitierter Demokratien, in: Osteuropa, 56.2006, Nr. 9, S. 3–24.
- L.F. Ševcova: Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin, in: Osteuropa, 56.2006, Nr. 3, S. 3–18.

Die Nachfolge – 1. Akt, 2. Szene

Hans-Henning Schröder, Bremen / Berlin

Am Montag, dem 1. Oktober, präsentierte sich Präsident Wladimir Putin auf dem Parteitag von »Einiges Russland«. Er sprach zu den Deputierten einer Organisation, die von seiner Administration erfunden wurde und die bis heute vom Präsidentenberater Wladislaw Surkow aus dem Hintergrund gelenkt wird. In seiner Rede selbst umriss der Präsident die Aufgaben der Partei und forderte ebenso nichts sagend wie staatstragend, die friedliche und stabile Entwicklung für das Land und seine Bürger zu sichern.

Die eigentliche Überraschung hob er sich für das Schlusswort auf. »An die Spitze der Regierung zu treten, das ist [für mich] ein durch und durch realistischer Vorschlag«, erklärte Putin. »Doch es ist noch zu früh, um darüber nachzudenken, weil dafür wenigstens zwei Bedingungen erfüllt werden müssen: erstens, »Einiges Russland« muss die Wahlen zur Staatsduma am 2. Dezember dieses Jahres gewinnen, und zweitens, als Präsident muss ein ordentlicher, arbeitsfähiger, effizienter, moderner Mensch gewählt werden, mit dem man im Team arbeiten kann.« Und dann schloss er seine Rede mit dem Satz ab: »Deshalb nehme ich dankbar Ihren Vorschlag an, die Liste von »Einiges Russland« anzuführen.« Diese Ankündigung begrüßten die Delegierten mit einer minutenlangen Ovation.

Für die Partei »Einiges Russland« war das in der Tat eine gute Nachricht. Versprochen die Umfragen ihr bisher bei den Dumawahlen eine komfortable absolute Mehrheit, so kann sie jetzt mit einem Erdrutschsieg rechnen. Mit Putin als Zugpferd könnte sie bei den Listenstimmen in die Nähe einer Zweidrittelmehrheit kommen. Diese Aussicht wird auch noch durch eine gewisse Schadenfreude versüßt. Viele Beobachter – und gewiss auch viele Delegierte – verstehen »Einiges Russland« als ein Projekt des Putin-Beraters Wladislaw Surkow, während man die Autorenschaft für das Konkurrenzprojekt »Gerechtes Russland« den *silowiki* zuschreibt – den Geheimdienstlern Igor Setschin und Viktor Ivanow. Die Tatsache, dass der Präsident nun dem Surkow-Projekt durch seine Unterstützung die Weihe erteilt und das wenig erfolgreiche Gegenprojekt ignoriert, erfüllt gewiss viele Anhänger von »Einiges Russland« mit Genugtuung.

Putins Ankündigung weist aber noch über den Wahltag hinaus. Zwei Dinge hat er in seiner Schlussansprache signalisiert: zum einen macht er deutlich, dass er sich nach dem Ende seiner Amtszeit nicht aus der Politik zurückziehen und eine Position im Wirtschaftsleben oder im Olympischen Komitee wahrnehmen wird, sondern dass er weiter aktiv Politik machen wird – mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem Regierungsamt. Zum zweiten deutet er an, wie eine Nachfolgeregelung praktisch aussehen könnte – ein schwacher Präsident im Tandem mit einem starken Ministerpräsidenten Putin, der in absehbarer Zeit wieder Präsident werden könnte.

Putins Auftritt auf dem Parteitag ist nach der Ernennung Viktor Subkows der zweite Schritt, der deutlich macht, wie sich der Kreis um den Präsidenten die *translatio imperii* – die Übergabe der Herrschaft – vorstellt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass im August in Sotschi ein Drehbuch ausgearbeitet worden ist, das nun Schritt für Schritt realisiert wird. Wir sehen die ersten Szenen – der Regierungswechsel und Putin als Spitzenkandidat der Mehrheitspartei – und wir erahnen das Ende – Putins Auftritt als Wiedergänger, wenn er 2012 oder vielleicht schon 2010 für die Präsidentschaft kandidiert. Dazwischen sind verschiedene Szenarien denkbar. Z.B. könnte Putin bereits nach der Dumawahl im Dezember zurücktreten, um seinen Platz in der Duma einzunehmen – etwa als Dumavorsitzender. Verfassungsgemäß übernimmt dann der Ministerpräsident – Viktor Subkow – kommissarisch das Präsidentenamt. Dieser könnte im Januar Putin seinerseits zum Ministerpräsidenten ernennen, und dann zur Präsidentenwahl antreten. Mit dem Amtsbonus und im Tandem mit dem einzigen russischen Politiker, der landesweit Vertrauen genießt, kann Subkow die Wahl nicht verlieren. Wenn der 66jährige dann nach der ganzen oder der halben Amtszeit zurücktritt, wäre der Weg für Putin wieder frei.

Dieses Modell birgt für Wladimir Putin natürlich gewisse Risiken. Der Ministerpräsident ist in der russischen Verfassung eine schwache Figur: er ist nicht mehr als der Sozial- und Wirtschaftsmanager des Präsidenten und diesem verantwortlich. Der Präsident ernennt und entlässt Minister, er ernennt den Ministerpräsidenten (nur in diesem Fall braucht er die Zustimmung des Parlaments). Der Präsident verfügt auch über alle Machtmittel – alle einschlägigen Ressorts (Verteidigung, Inneres, Geheimdienste usw.) unterstehen ihm, nicht dem Ministerpräsidenten. Wenn sich Putin also in eine solche Abhängigkeit begibt, dann muss er dem Präsidenten

trauen können – er muss sich darauf verlassen, dass dieser keine eigenen Ambitionen entwickelt. Was sich da abzeichnet, ist schon in hohem Maße eigenartig: ein starker Mann in einem schwachen Amt im Gespann mit einem schwachen Mann in einem starken Amt. Ob dies wirklich funktioniert, und ob das politische System dabei nicht weiter Schaden leidet, bleibt abzuwarten.

Eins jedoch ist bereits jetzt klar. Ebenso wenig wie 1999–2000 werden wir es 2007–2008 mit einem demokratischen Machtwechsel durch Wahlen zu tun haben. Der Übergang von Jelzin zu Putin war wohl geplant, und der Plan wurde ebenso intelligent wie skrupellos realisiert. Heute haben wir es abermals mit einer wohl organisierten Übergabe von Herrschaft zu tun – nur geht man diesmal noch einen Schritt weiter: am Ende des Prozesses wird die Macht wieder bei dem Politiker sein, der sie jetzt abgibt. Natürlich unter Wahrung demokratischer Formen.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen.

Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl

Vladimir Gelman, St. Petersburg

Zusammenfassung

In den russischen Wahlen spielen die Regionen eine wichtige Rolle. Und um am Wahltag Überraschungen zu vermeiden, werden zunehmend die Gouverneure an die kremlnahe Partei »Einiges Russland« herangezogen. Die Gouverneure wurden angewiesen, das angestrebte Ergebnis – einen Stimmenanteil, der über den Ergebnissen der Präsidentenwahl von 2004 (damals 71%) liegt – zu garantieren und zudem am 2. Dezember eine Wahlbeteiligung von mindestens 70% zu sichern.

Aber obwohl die Umfragen in den Regionen unterschiedliche Werte ergeben, sind die meisten Experten der Meinung, dass die »Partei der Macht« ohne breite Manipulationen kaum das erforderliche Ergebnis erzielen kann.

Regionale »machine politics«

Schon während früherer Dumawahlen waren die russischen Regionen Schauplatz von Parteienkämpfen – besonders im Jahre 1999, als die Wahl im Zeichen der Konfrontation zwischen dem von regionalen Bossen gegründeten Block »Vaterland – Ganz Russland« und dem Kremlblock »Einheit« stand. Am Vorabend der Wahlen von 2007 bemüht sich der Kreml, der die bedingungslose Dominanz der »Partei der Macht« »Einiges Russland« will, jede Überraschung auszuschließen, die deren volle Durchsetzung stören könnten. Im Ergebnis wird die politische Landschaft in den Regionen immer einheitlicher und immer loyaler gegenüber dem Kreml.

Wichtigstes Mittel, um die Loyalität der Regionen vor der Wahl zu sichern, war die Einbeziehung der Gouverneure in die Partei »Einiges Russland«. Dies führte dazu, dass der gesamte Staatsapparat in den Dienst der »Partei der Macht« gestellt wurde und sich in eine große Wahlkampfmaschine verwandelte. Zu dem Arsenal dieser regionalen »Maschinen« gehört etwa die einseitige Darstellung von Wahlen in den Massenmedien, der administrative Druck auf Wähler und Opposition und manchmal auch die direkte Fälschung von Wahlergebnissen. Aber wenn diese »politischen Maschinen« der Gouverneure zuerst nur auf der Regionalebene tätig waren, so wurden sie in der Partei »Einiges Russland« zu einer allrussischen »Machtvertikale« vereinigt.

Gouverneure als politische Zugpferde

Bei der Dumawahl von 2003 führten nur in 29 Regionen – das ist weniger als ein Drittel – die Gouverneure Wahllisten der Partei »Einiges Russland« an. Im russischen Politslang bekam diese Form der Wahlteilnahme die Bezeichnung »Lokomotive«: Gouverneure brachten Stimmen für die »Partei der Macht« ein, traten jedoch das Abgeordnetenmandat nicht an, sondern verblieben in ihrem bisherigen Amt.

Als dann Ende 2004 auf Putins Initiative die Direktwahl der Gouverneure abgeschafft worden war, wurden sie in noch größerem Ausmaße in die Partei »Einiges Russland« einbezogen. Bis zum Frühjahr 2007 traten 70 von 85 regionalen Exekutivchefs der »Partei der Macht« bei. 65 von ihnen wurden für die Dumawahl auf Regionallisten von »Einiges Russland« gesetzt, dazu 14 hochrangige Verwaltungsbeamte, 12 Vorsitzende regionaler Parlamente und 26 Bürgermeister. Weitere drei Gouverneure platzierte man an der Spitze der Listen für die Wahlen zum Regionalparlament, die im Dezember 2007 zur gleichen Zeit wie die Dumawahl stattfanden. Die Handvoll Gouverneure, die nicht in die Partei »Einiges Russland« eintraten, waren vor 2004 mit Unterstützung der Kommunisten in ihre Ämter gewählt worden, und haben nach den geltenden Regelungen kaum Chancen wieder ernannt zu werden.

Die Aufnahme der Gouverneure in die »Partei der Macht« verfolgte zwei unterschiedliche Ziele. Einerseits waren die Gouverneure bestrebt, »Einiges Russland« als eigenes Kontrollinstrument in den Regionen zu benutzen. Andererseits versuchte der Kreml die Gouverneure über »Einiges Russland« zu kontrollieren. Vor dem Beginn der Wahlkampagne von 2007 wurden in zwei Regionen – den Gebieten Nowgorod und Samara – die Gouverneure gezwungen, ihr Entlassungsgesuch einzureichen, unter anderem weil man befürchtete, dass sie

zu wenig Stimmen für »Einiges Russland« einbringen würden. Die an ihrer Stelle ernannten Funktionäre wurden an die Spitze der Wahllisten der »Partei der Macht« gestellt. Als dann Präsident Putin die Spitzenposition auf der föderalen Wahlliste von »Einiges Russland« annahm, verschmolz die »Partei der Macht« endgültig mit dem Staatsapparat im Zentrum und in den Regionen.

Große Erwartungen ...

Bei den Parlamentswahlen, die im März 2007 in 14 Regionen stattfanden, erreichte »Einiges Russland« im Durchschnitt 46 Prozent der Stimmen, wodurch es sich in fast allen Regionen die Mehrheit der Mandate sicherte. Gestützt auf diese Zahlen strebten die Vertreter von »Einiges Russland« an, bei der Dumawahl mindestens die Hälfte der Wählerstimmen zu gewinnen. Nachdem sich Putin an die Spitze der Wahlliste von »Einiges Russland« gesetzt hatte, stiegen die Wahlerwartungen der »Partei der Macht« jedoch wesentlich, und das Ziel sind nun zwei Drittel der Dumasitze. Die Parteiführer von »Einiges Russland« erklärten die Wahl zum »Referendum zur Unterstützung Putins«. Die Gouverneure wurden angewiesen, das vom Kreml benötigte Ergebnis um jeden Preis zu erreichen – also den Stimmenanteil, den Putin bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 erreicht hatte, als er von 71 Prozent der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 61 Prozent unterstützt worden war, zu überbieten. Die Präsidialverwaltung wies vor kurzem die Regionen an, am 2. Dezember eine Wahlbeteiligung von mindestens 70 Prozent zu sichern.

... und administrative Ressourcen

Da eine solch hohe Wahlbeteiligung laut Meinungsumfragen in den meisten Regionen wohl kaum zu erwarten ist, wird sie durch verschiedene administrative Maßnahmen gesichert. Außer der Organisation der Stimmabgabe von Militärangehörigen und Obdachlosen sowie Personen, die den Pass der ehemaligen UdSSR besitzen (und juristisch keine Bürger Russlands sind), wurde in einer Reihe von Regionen Druck auf Angestellte im öffentlichen Dienst ausgeübt, von denen man verlangte, dass sie ihre Stimme am Arbeitsplatz und nicht am Wohnsitz abgeben, um die Kontrolle über den Abstimmungsprozess sicherzustellen. In den Regionen verstärkte man den Druck auf solche Journalisten ganz erheblich, die sich Kritik an »Einiges Russland« erlaubt hatten. So wurden vor den Wahlen in Mordowien zwei Oppositionszeitungen geschlossen, und in Saratow 11 Prozesse gegen Journalisten angestrengt, die Enthüllungen über die Aktivitäten des Generalsekretärs von »Einiges Russland« Wjatscheslaw Wolodin (gebürtig aus dieser Region) publiziert hatten. Die Inflation und der Preisanstieg im Einzelhandel im Herbst 2007 wurde zu einer zusätzlichen Herausforderung für die Wahlkampagne von »Einiges Russland«, da sie bei den Wählern Unzufriedenheit hervorriefen. Um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen, ließen die Gouverneure Preise für Grundnahrungsmittel einfrieren, wodurch die Nachfrage jedoch stark anstieg und sich die Spannung vor der Wahl noch verstärkte.

Gleichzeitig beteiligten sich die Gouverneure aktiv an der im Oktober 2007 mit Hilfe des Kreml entfalten Kampagne zur Nominierung der Kandidatur von Wladimir Putin für eine dritte Amtszeit. Durch die Städte und Regionen Russlands – von Twer bis Kamtschatka – ging eine Demonstrationswelle zur Unterstützung Putins und für die Verlängerung seiner Präsidentschaft. Obwohl die Gouverneure formal angeblich nichts mit diesen Massenaktionen, die als »Willensäußerung des Volkes« dargestellt wurden, zu tun hatten, wurde die Teilnahme daran in Wirklichkeit durch Anweisung regionaler Verwaltungsorgane sichergestellt. In Nowosibirsk z. B. fand eine Massendemonstration unter der Ägide einer Organisation statt, die von der Frau des Gouverneurs Wiktor Tolokonskij geleitet wird. Beachtenswert ist jedoch, dass nur 27 von 65 Gouverneuren eine offizielle Erlaubnis bekamen, den Namen und das Bild des Präsidenten für die regionale Wahlpropaganda von »Einiges Russland« zu benutzen – und zwar jene, die sehr großen Einfluss in ihrer Region haben und das Vertrauen der Präsidialverwaltung genießen.

Die Demontage des Mehrparteiensystems

Unter diesen Umständen wurde die Stellung aller übrigen Parteien – außer »Einiges Russland« – in den Regionen untergraben. Im Vergleich zu den Regionalwahlen von 2006–2007 reduzierte Schirinowskij LDPR ihre Aktivitäten in den Regionen enorm. In einer Reihe von Föderationssubjekten wurde eine scharfe Negativkampagne gegen die liberale Partei »Union der rechten Kräfte« entfaltet, die bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2007 fast 8 Prozent der Stimmen bekommen hatte und somit auf die Unterstützung eines Teils der Wählerschaft von »Einiges Russland« zählen konnte. Eine andere liberale Partei »Jabloko«, die nur in einer geringen

Anzahl von Regionen (wie Sankt Petersburg oder Karelien) über eine stärkere Unterstützung verfügt, fiel ernsthaft ab, und ihre Wahlkampagne in den Regionen zeichnet sich nicht gerade durch Aktivität aus.

Der größte Schlag wurde jedoch der Partei »Gerechtes Russland« versetzt, die mit dem Vorsitzenden des Föderationsrates Sergej Mironow an der Spitze den Status der zweiten »Partei der Macht« für sich beanspruchte. Diese Partei hatte versucht, eine Reihe von Politikern, die in den Regionen bekannt sind, auf ihre Liste zu locken. Im Vorfeld der Wahlen übte der Kreml auf diese jedoch starken Druck aus. Danach wurden starke Kandidaten von den Regionallisten gestrichen wie z.B. der Bankier Alexander Lebedew in Moskau und der Staatsdumaabgeordneter aus Ekaterinburg Ewgenij Rojsman (die von ihm geleitete Parteiabteilung im Gebiet Swerdlowsk trat sogar aus der Partei »Gerechtes Russland« aus).

Putins Kandidatur an der Spitze der Wahlliste von »Einiges Russland« war ein harter Schlag für die Wahlambitionen von »Gerechtes Russland«. Einige regionale Politiker, die der Partei einst beigetreten waren (z. B. der Bürgermeister von Woronesch), setzten sich von ihr ab. Einer ihrer Abgeordneten in der Gesetzgebenden Versammlung Sankt Petersburgs schlug sogar vor, die Partei aufzulösen und vollzählig in die Partei »Einiges Russland« einzutreten. Wohl nur die KPRF verfügt über eine stabile Organisationsstruktur und Unterstützungsbasis in den Regionen, dennoch ist ihr Potenzial begrenzt. Deswegen sind die Kommunisten für »Einiges Russland« keine ernsthafte Gefahr.

Aber obwohl die Umfragen in den Regionen unterschiedliche Werte ergeben, sind die meisten Experten der Meinung, dass die »Partei der Macht« ohne breite Manipulationen kaum das erforderliche Ergebnis erzielen kann. Den Ruf der für Manipulationen anfälligsten Regionen genießen seit den 1990er Jahren die Regionen der ethnischen Peripherie – der Nordkaukasus sowie die Republiken Tatarstan und Baschkortostan. Doch bei der nächsten Wahl kann sich die Zahl der Regionen, in den die Wahlen manipuliert werden, wesentlich ausweiten.

Über den Autor

Vladimir Gelman ist Professor an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Europäischen Universität St. Petersburg.

Lesetipps

- M. Buhbe; G. Gorzka (Hrsg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften 2007, 314 S.
- G. Sharafutdinova: When Do Elites Compete? The Determinants of Political Competition in Russian Regions, in: Comparative Politics, 38.2006, Nr. 3, S. 273–293.
- S. White: Political Disengagement in Post-Communist Russia. A Qualitative Study, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 8, S. 1121–1142.
- V. Gel'man: Wahlen à la russe. Formale Normsetzung und informelle Methoden, in: Osteuropa, 55.2005, Nr. 10, S. 85–98.
- V.J. Gel'man: Political Opposition in Russia: A Dying Species?, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 3, S. 226–246.

Ergebnisse der letzten Regionalwahlen

Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 8. Oktober 2006 mit vorhergehenden Wahlen

	Bei den Wahlen am 8.10.2006	Datum der vorhergehenden Wahlen	Bei den letzten Wahlen	Bei den Dumawahlen am 7.12.2003	Bei den Präsidentschaftswahlen am 14.03.2004
Republik Karelien	33,0%	28.04.2002	50,0%	52,8%	56,4%
Republik Tywa	53,1%	02.06.2002	60,0%	55,7%	72,8%
Republik Tschuwaschien	43,7%	21.07.2002	38,2%	58,4%	66,7%
Region Primorsk	39,5%	09.12.2001	31,4%	46,0%	66,0%
Gebiet Astrachan	43,7%	28.10.2001	36,4%	53,5%	59,3%
Gebiet Lipezk	44,9%	14.04.2002	43,3%	52,4%	67,6%
Gebiet Nowgorod	31,0%	21.10.2001	29,1%	51,0%	54,5%
Gebiet Swerdlowsk	27,9%	14.04.2002	33,3%	49,1%	56,8%
Judisches Autonomes Gebiet	43,5%	28.10.2001	40,3%	58,9%	69,7%

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für demokratische Vorgänge, Ausgabe Nr.1, Dezember 2006, S. 69.

Ergebnisse der Wahlen vom 8. Oktober 2006 nach Parteilisten

	Republik Karelien	Republik Tywa	Republik Tschuwaschien	Region Primorsk	Gebiet Astrachan	Gebiet Lipezk	Gebiet Nowgorod	Gebiet Swerdlowsk	Judisches Autonomes Gebiet
»Einiges Russland«	38,92%	46,38%	51,89%	48,27%	38,73%	50,65%	43,75%	40,54%	55,32%
Kommunistische Partei der Russischen Föderation	12,77%	5,45%	19,49%	12,14%	13,58%	10,66%	14,68%	7,27%	18,54%
Liberaldemokratische Partei Russlands	8,86%	3,55%	8,93%	5,85%	6,71%	4,29%	7,03%	5,51%	4,52%
»Heimat«		2,25%	6,25%	2,26%	16,09%		3,33%	2,39%	4,49%
Russische Partei des Lebens	16,19%	32,25%		4,40%		11,71%	5,53%	11,51%	4,64%
Russische Rentnerpartei	12,06%			9,13%	9,62%	11,19%		18,75%	9,92%
»Patrioten Russlands«	4,39%	3,96%	5,40%	1,82%	2,52%	2,14%	5,74%	1,09%	
»Volkswille«	1,58%			1,04%	0,88%	0,87%	1,21%	0,31%	
»Freies Russland«							11,03%	3,20%	
»Freiheit und Volksherrschaft«				8,67%					
»Jabloko«				2,02%				2,47%	

	Republik Karelien	Republik Tjwa	Republik Tschuwaschien	Region Primorsk	Gebiet Astrachan	Gebiet Lipezk	Gebiet Nowgorod	Gebiet Swerdlowsk	Judisches Autonomes Gebiet
Demokratische Partei Russlands					1,00%	1,46%	0,94%		
Volkspartei der Russischen Föderation					1,07%				
Republikanische Partei Russlands					1,07%				

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für demokratische Vorgänge, Ausgabe Nr.1, Dezember 2006, S. 75.

Verteilung von Abgeordnetenmandaten nach dem Wahlergebnis vom 8. Oktober 2006 nach Proportionalverfahren

	Republik Karelien	Republik Tjwa	Republik Tschuwaschien	Region Primorsk	Gebiet Astrachan	Gebiet Lipezk	Gebiet Nowgorod	Gebiet Swerdlowsk	Judisches Autonomes Gebiet
»Einiges Russland«	11	9	14	13	14	17	7	7	5
Kommunistische Partei der Russischen Föderation	4	–	5	3	5	3	3	1	2
Liberaldemokratische Partei Russlands	2	–	3	–	–	–	1	–	–
»Heimat«		–	–	–	6		–	–	–
Russische Partei des Lebens	5	7		–		4	–	2	–
Russische Rentnerpartei	3			2	4	4		4	1
»Freies Russland«							2	–	
»Freiheit und Volksherrschaft«				2					

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für demokratische Vorgänge, Ausgabe Nr.1, Dezember 2006, S. 76.

Ergebnisse der Wahlen vom 11. März 2007 nach Parteilisten

	Republik Dagestan	Republik Komi	Region Stawropol	Gebiet Wologda	Gebiet Leningrad	Gebiet Moskau	Gebiet Murmansk	Gebiet Omsk	Gebiet Orel	Gebiet Pskow	Gebiet Samara	Gebiet Tomsk	Gebiet Tjumen	Sankt Petersburg
»Einiges Russland«	63,67%	36,18%	23,87%	41,90%	35,24%	49,57%	42,19%	55,65%	39,02%	45,42%	33,54%	46,79%	65,89%	37,37%
Kommunistische Partei der Russischen Föderation	7,22%	14,26%	14,13%	13,44%	17,07%	18,61%	17,47%	22,41%	23,78%	19,46%	18,98%	13,37%	8,37%	16,02%
Liberaldemokratische Partei Russlands	0,81%	13,61%	11,80%	10,83%	12,13%	6,81%	12,59%	4,29%	7,34%	8,41%	11,59%	12,87%	10,80%	10,89%
»Gerechtes Russland«	10,68%	15,49%	37,64%	20,91%	20,94%	8,86%	16,18%	4,83%	12,60%	15,68%	15,14%	7,90%	8,74%	21,90%
Union der Rechten Kräfte		8,80%	7,73%		7,00%	6,90%		5,87%	6,98%		8,11%	7,78%		5,17%
Agrarpartei Russlands	9,12%			9,39%										
Russische ökologische Partei »Die Grünen«											7,62%			
»Patrioten Russlands«	7,07%				3,67%	2,05%	5,04%	2,03%	3,06%	4,18%	1,38%	3,75%		5,60%
Russische Vereinigte Demokratische Partei »Jabloko«		3,65%				4,09%	2,94%					3,65%		
»Volkswille«		1,92%						1,42%	2,09%					
Demokratische Partei Russlands									1,31%	0,85%			1,03%	
Sozialistische Einheitspartei Russlands									0,91%					
Konzeptuelle Partei »Vereinigung«												1,06%		
Russische Kommunistische Arbeiterpartei - Russische Partei der Kommunisten													2,53%	

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für Monitoring demokratischer Vorgänge, Ausgabe Nr.3, Mai 2007, S. 84.

Mandatsverteilung nach dem Wahlergebnis vom 11. März 2007 nach Proportionalverfahren

	»Einiges Russland«	KPRF*	Liberalde- mokratische Partei Russ- lands	»Gerechtes Russland«	»Union der Rechten Kräfte«	Agrarpartei Russlands	Russische Ökologische Partei »Die Grünen«	»Patrioten Russlands«
Republik Dagestan	47	5	–	8	–	7	–	5
Republik Komi	6	2	2	3	2	–	–	–
Region Stawropol	6	4	3	10	2	–	–	–
Gebiet Wologda	7	2	2	4	–	2	–	–
Gebiet Leningrad	10	5	4	6	–	–	–	–
Gebiet Moskau	33	12	–	5	–	–	–	–
Gebiet Murmansk	8	3	2	3	–	–	–	–
Gebiet Omsk	16	6	–	–	–	–	–	–
Gebiet Orel	12	7	2	4	–	–	–	–
Gebiet Pskow	11	5	2	4	–	–	–	–
Gebiet Samara	11	5	3	4	1	–	1	–
Gebiet Tomsk	11	3	3	2	2	–	–	–
Gebiet Tjumen	13	1	2	1	–	–	–	–
Sankt Petersburg	23	9	5	13	–	–	–	–

*KPRF = Kommunistische Partei der Russischen Föderation.

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für Monitoring demokratischer Vorgänge, Ausgabe Nr.3, Mai 2007, S. 86.

Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 11. März 2007 mit vorhergehenden Wahlen

	Bei den Wahlen am 11.03.2007	Datum der vor- hergehenden Wahlen	Bei den letzten Wahlen	Bei den Dumawahlen am 7.12.2003	Bei den Prä- sidentenwahlen am 14.03.2004
Republik Dagestan	80,8%	16.03.2003	65,0%	84,7%	94,1%
Republik Komi	40,2%	02.03.2003	44,1%	53,3%	57,6%
Region Stawropol	42,8%	16.12.2001	39,3%	49,5%	60,5%
Gebiet Wologda	36,1%	24.03.2002	39,7%	56,4%	62,4%
Gebiet Leningrad	31,4%	16.12.2001	32,1%	46,5%	58,0%
Gebiet Moskau	29,8%	16.12.2001	29,6%	53,7%	58,5%
Gebiet Murmansk	30,9%	09.12.2001	28,3%	52,8%	57,7%
Gebiet Omsk	50,4%	24.03.2002	40,6%	55,4%	66,8%
Gebiet Orel	56,5%	24.03.2002	54,7%	73,9%	83,0%
Gebiet Pskow	41,1%	31.03.2002	43,8%	56,7%	61,1%
Gebiet Samara	36,8%	09.12.2001	31,4%	51,4%	58,7%
Gebiet Tomsk	44,0%	16.12.2001	42,9%	55,5%	65,9%
Gebiet Tjumen	47,2%	16.12.2001	34,6%	55,1%	72,2%
Sankt Petersburg	33,3%	08.12.2002	29,6%	43,9%	57,5%

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für Monitoring demokratischer Vorgänge, Ausgabe Nr. 3, Mai 2007, S. 78.

Liste »gekränkter Gouverneure«

Auf der endgültigen Wahlliste von »Einiges Russland« stehen 65 von 85 Gouverneuren.

Auf die Wahlliste wurden 6 Gouverneure gesetzt, die nicht an den parteiinternen Vorwahlen teilgenommen hatten: Mamsurow (Nordossetien), Mitin (Nowgorod), Artjakow (Samara), Choroschawin (Sachalin), Geniatulin (Tschita), Matwijenko (Sankt Petersburg).

Dafür kamen 5 Gouverneure, die an den parteiinternen Vorwahlen teilgenommen hatten, nicht darauf: Sjasikow (Inguschetien), Kiselew (Archangelsk), Schamsujew (Autonomer Bezirk der Burjaten Aginskoe), Koschemjako (Autonomer Bezirk der Korjaken), Potapenko (Autonomer Bezirk der Nenzen).

2 Gouverneure befinden sich in ihren Regionen nicht auf den ersten, sondern auf den zweiten Plätzen: Lebed (Chakasien) nach Wiktor Simin, Matwijenko (Sankt Petersburg) nach Boris Gyslow.

Auf der Liste fehlen also 20 Gouverneure (genauer gesagt – 19 und einer i. V.)

Sjasikow (Inguschetien)*

Batdyjew (Karatschai-Tscherkessien)

Torlopow (Komi)**

Tschirkunow (Perm)**

Tschernogorow (Stawropol)**

Kiselew (Archangelsk)*

Winogradow (Wladimir)****

Maksjuta (Wolgograd)****

Kulakow (Woronesch)**

Schaklein (Kirow)**

Zikunow (Kostroma, i. V.)

Botschkarew (Pensa)***

Schpak (Rjazan)

Ipatow (Saratow)***

Maslow (Smolensk)***

Wolkow (Judisches Autonomes Gebiet)

Schamsujew (Autonomer Bezirk der Burjaten Aginskoe)*

Koschemjako (Autonomer Bezirk der Korjaken)*

Potapenko (Autonomer Bezirk der Nenzen)*

Abromowitsch (Tschukotka)

* - nahm an den parteiinternen Vorwahlen von 2007 teil

** - führte die Wahlliste von »Einiges Russland« bei den Regionalwahlen an

*** - führt die Wahlliste von »Einiges Russland« bei den Regionalwahlen am 2. Dezember 2007 an

**** - Kommunist

Zu keiner dieser 4 Gruppen gehören Batdyjew, Schpak, Wolkow (Judisches Gebiet), Abramowitsch, Zikunow.

Quelle: <http://di09en.livejournal.com/17329.html>,
6. November 2007

Der Wahlkampf

Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen im russischen Wahlkampf

Cornelia Rabitz, Deutsche Welle-radio, Bonn

Einleitung

»Media Sapiens. Erzählung über die dritte Frist« (Media Sapiens. Powest o tretjem sroke) lautet der Titel eines Bestsellers, der derzeit in Russland für Gesprächsstoff sorgt. Sein Autor, Sergej Minajew, hat ein zynisches, ja geradezu nihilistisches Buch geschrieben über schmutzige PR-Tricks, gekaufte Journalisten und monströse Lügen im Dienste der Politik. Der Untertitel die »dritte Frist« ist bewusst gewählt und legt den Analogieschluss zu einer dritten Amtszeit von Wladimir Putin nahe – in welcher Position und welcher Konstellation auch immer. Das Buch ist so ziemlich die einzige Publikation, die, zumindest in interessierten Kreisen, im russischen Wahlkampf öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Es ist auch in anderer Hinsicht bemerkenswert: Es ist streitlustig, es polarisiert, es erzeugt Meinung. All dies kann man von den russischen Medien fünf Wochen vor der Duma-Wahl nun wahrlich nicht behaupten.

Einförmigkeit regiert

Auf Russlands Fernsehkanälen regiert auch in Wahlkampfzeiten die Einförmigkeit. Es finden so gut wie keine öffentlichen Debatten statt, keine Live-Diskussionen, keine kritische, offene, authentische Wahlberichterstattung nach westlichem Muster. Es ist nicht üblich, dass Journalisten Kandidaten auf ihrer Werbetour begleiten und darüber ungehindert berichten können. Politische Talkshows, zu denen handverlesene krenltreue Teilnehmer eingeladen werden, sind auf ungünstige Sendeplätze verbannt, Artikel über die programmatischen Grundlagen der Parteien gibt es nicht mangels Substanz und überhaupt ist nirgendwo ein Streitthema auszumachen, ein alles dominierendes Wahlkampfthema, in dem sich politische Alternativen bündeln und widerspiegeln würden – wenn man von der derzeitigen Diskussion um die Lebensmittelpreise absieht. Berichte über die Stimmung im Wahlvolk, seine Erwartungen an die Politik, seine Hoffnungen sind Mangelware. Sieben Jahre Putin haben zu einer tiefen Entpolitisierung beigetragen. Das Volk wartet ab. Die auf Linie getrimmten Medien sind weitgehend zu einem Instrument der staatlichen Informationspolitik geworden und so entsteht der Eindruck, als habe man die Parlamentswahl schon abgehakt, denn wer gewinnen wird ist absehbar. Im März 2008 ist zudem die Präsidentschaftswahl auf der Agenda – schon jetzt richten sich alle Blicke auf diesen Termin.

Mithin konzentriert sich die Aufmerksamkeit in den staatlich gelenkten elektronischen Medien verstärkt auf die Person Wladimir Putin. Schon im normalen Programm hat – zwischen den auch anderswo üblichen Talk-, Ratgeber-, und Gerichtsschows – der Präsident im Fernsehen die politische Hauptrolle übernommen. Häufig zeigt das staatliche Fernsehen (und ein anderes gibt es nicht) Ausschnitte aus Kabinettsitzungen und kurze Besprechungen des Krenlchefs mit Ministern oder dem frisch gekürten Ministerpräsidenten Zubkow, meist agiert Putin dabei im schulmeisterlichen Stil eines Lehrers, der seine Schüler abfragt. Und gelegentlich wird die Szenerie flankiert von fleißig mitschreibenden Journalisten. Margareta Mommsen und Angelika Nußberger sprechen in ihrem Buch »Das System Putin« (Verlag C.H.Beck 2007) sehr anschaulich von einem »Paralleluniversum«, einer künstlichen Welt, die den Bürgern im Fernsehen vorgegaukelt werde.

Inszenierung Putins

Mit großem Pomp hat man jetzt Putins Spitzenkandidatur bei Einiges Russland (Jedinaja Rossija) inszeniert, auf allen Kanälen, von der Rentnerin bis zum Milizionär äußerte man Begeisterung und Zustimmung – nur die eine Frage: Wird Putin an der Macht bleiben und auf welchem Wege, in welchem Amt? diese Frage war nicht vernehmbar, geschweige denn dass sie beantwortet worden wäre. Der russische Politologe Andranik Migranjan hält sie – stellvertretend für viele in der politischen Klasse des Landes – ohnehin für eine überflüssige, ja »idiotische« Frage, wie er kürzlich auf einer Veranstaltung in Berlin wissen ließ. Seither aber, seit Putin nominiert ist und sich eine Fortsetzung seiner Herrschaft abzeichnet, hat die Medienkampagne an Dynamik gewonnen, und das nicht nur innerhalb der Russischen Föderation.

Offizielle Vertreter der politischen Elite Russlands wehren sich gegen die Unterstellung, es würden fragwürdige innenpolitische Manöver zur Machtabsicherung einer einzelnen Person unternommen – sie tun dies verstärkt auf öffentlichen Veranstaltungen, zum Beispiel in Deutschland, dessen Medien sie ohnedies eine voreingenommene, wahrheitswidrige Berichterstattung unterstellen.

So sagte Konstantin Kossatschew, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Duma, kürzlich in Berlin: »Die heutige Popularität des Präsidenten ist keine Bedrohung für die Demokratie. Er will Verantwortung auch für die Partei tragen. Zum ersten Mal hat Jedinaja Rossija eine starke politische Kraft an der Spitze. Das ist ein Schritt nach vorn bei der Gestaltung der russischen Demokratie«.

In Russland selbst ist die Jubelmaschine für den Präsidenten längst angeworfen. Jüngstes Beispiel: Ein offener Brief des bekannten Regisseurs Nikita Michalkow, der sich demonstrativ auf Putins Seite stellt und ihn auffordert, Präsident zu bleiben – eine Meinung, die keineswegs von allen russischen Künstlern geteilt wird, der Protest formiert sich bereits.

Auch der Kreml weiß unterdessen, dass sich eine Mehrheit der Bürger ausschließlich über das – staatliche – Fernsehen informiert und dass jüngere Leute immer stärker das Internet nutzen. Nicht allein offizielle Websites (zum Beispiel www.kremlin-line.ru) sind daher entstanden. Gezielt werden moderne Technologien dazu eingesetzt, den Präsidenten propagandistisch aufzuwerten. Dies zeigen auch die sorgfältig geplanten und bis ins Detail ausgefeilten Auftritte Putins, in denen das Volk zu Wort kommen soll – solche Anlässe werden kurz vor den Wahlen immer wichtiger. Drei Stunden lang hat Präsident Putin am 18. Oktober Fragen der Menschen beantwortet – in einer Kette von Live-Schaltungen von Wladiwostok im Fernen Osten bis Aktau in Kasachstan wurde Volksnähe mit Hilfe modernster Technologien künstlich hergestellt. 2,5 Millionen Fragen waren nach offiziellen Angaben über eine telefonische Hotline, SMS und Internet vorab schon gesammelt worden, 60 durften Bürgerinnen und Bürger via Fernsehen stellen.

Der Präsident hat die Menschen nicht enttäuscht. Putin wusste auf alles eine Antwort: Iran, Renten, Rüstungspolitik, Milchpreise, Hilfe für kinderreiche Familien, russische Geschichte, Fußball – allein im Kreml, assistiert von zwei ehrfürchtigen Moderatoren, ein kluger und einsamer Staatslenker. Keine Minister, keine Fachleute neben ihm, keine Regierung, keine Berater, so wird er in Szene gesetzt, so dem Wahlvolk präsentiert. Stets umweht solche Auftritte die Aura einer Audienz.

Die Botschaft dahinter ist die Suggestion eines grandiosen, geradezu allmächtigen Präsidenten, der die Geschichte des großen Landes ganz alleine lenkt. Wer ihn wählt, entscheidet sich für stabile Verhältnisse. Dies trifft präzise die Stimmungslage der Nation, auch wenn sich kritische Beobachter fragen, welches Politikverständnis hinter solchen Auftritten steckt.

Politische Alternativlosigkeit

Während also der Präsident in ein möglichst günstiges Licht gerückt und die Partei, die er als Spitzenkandidat vertritt, inzwischen folgerichtig landauf landab »Partei der Macht« genannt wird, sorgt man zugleich dafür, dass über Alternativen gar nicht nachgedacht wird. Wie kritische Geister aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt und vom Zugang zu den Medien abgeschnitten werden, hat der in Deutschland gerade mit dem Thomas-Dehler-Preis ausgezeichnete liberale Duma-Abgeordnete Wladimir Ryschkow selbst erfahren. »Es ist nur die Imitation einer Wahl«, sagte er vor wenigen Tagen der Süddeutschen Zeitung (SZ vom 24.10.07).

Viele Menschen haben Angst, was nach Putin kommen könnte, sie fürchten Chaos, Anarchie, das Verschwinden ihres kleinen, mühsam errungenen Wohlstandes. »Es kann ja nur schlechter werden, wenn Putin nicht mehr da ist«, hört man immer wieder im Lande. Man will Geld verdienen, einigermaßen über die Runden kommen – Politik ist für die meisten ohnehin uninteressant, wie eine neue Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »WZIAM« ergeben hat. Danach interessieren sich 60 Prozent der Befragten nicht für politische Vorgänge.

Auch Igor Jakowenko, Vorsitzender des russischen Journalistenverbandes, sagt: »Wenn man die letzten 17 Jahre betrachtet, dann lässt sich allgemein die Tendenz feststellen, dass das Interesse an unabhängigen Informationen zurückgeht. Man kann es so ausdrücken: Meinungsfreiheit und objektive Information gehören

heute nicht zum Warenkorb der Russen. Die meisten Menschen haben mit Genugtuung verfolgt, wie in den vergangenen sieben Jahren die Saat der Medienfreiheit vernichtet wurde. Und es gibt keine Proteste dagegen, zumindest keine massenhaften Proteste. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung sind damit einverstanden«. (DW-Fokus Ost-Südost 1.10.07)

Aus einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »FOM« ergibt sich, dass es gelungen ist, den Präsidenten positiv im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Man erwartet von ihm keinen scharfen politischen Kurswechsel, sondern Kontinuität, die Fortsetzung seiner erfolgreichen Politik, Frieden, Stabilität, Recht und Ordnung. »Die Medien sind ein genaues Spiegelbild der politischen Situation« formuliert Oleg Panfilow vom »Zentrum für Journalisten in Extremsituationen«.

Staatliche Medienpolitik

Der Kreml lässt sich dies etwas kosten, er investiert viel Geld in das Projekt einer gelenkten Presselandschaft. Wie es heißt, fließen allein 2007 fast 2 Milliarden Euro in die Unterstützung der staatlichen Medien, im Jahr 2008 ist ein noch höherer Betrag vorgesehen. Auch in den Regionen streben die von Putin persönlich ernannten Gouverneure danach, ihrerseits ein Meinungsmonopol zu errichten und tragen so aktiv zur Unterdrückung der freien Berichterstattung bei.

Vertreter regionaler Radios berichten in diesen Zeiten übereinstimmend: »Alles wird aus Moskau diktiert«. Die Regierung Sorge für rechtzeitige Kontrolle, und das überall nach dem gleichen Muster: das Hauptprogramm werde von den staatlichen Sendern aus der Hauptstadt geliefert, für lokale Nachrichten bleibe wenig Platz, in jedem Falle aber müssten diese dann der politischen Hauptlinie inhaltlich entsprechen. Eine freie, unabhängige Berichterstattung gebe es praktisch nicht. Ob Nowgorod, Chabarowsk oder Rjasan – überall werde breit, mit vorteilhaften, positiven Bildern und Filmsequenzen von den Erfolgen der Partei »Jedinaja Rossija« und ihrem Spitzenkandidaten Putin berichtet. Oppositionsparteien könnten gezeigt werden – im Prinzip. Meist kämen sie nur kurz und nachrichtlich zu Wort ohne Originalaussagen und Interviews.

Für ausländische Anbieter sind dies schwierige Zeiten. Sie haben es immer schwerer, Programme bei russischen Partnersendern unterzubringen, gemeinsame Projekte aufzusetzen und die dafür notwendigen Genehmigungen zu bekommen. Im August hat die BBC eine UKW-Frequenz verloren, auf der sie gemeinsam mit dem russischen Auslandsrundfunk »Voice of Russia« zu hören war. Auch wenn ein politischer Zusammenhang nicht ausdrücklich hergestellt wurde – solche Kooperationen gelten inzwischen eher als unerwünscht. Nicht immer werden sie direkt unterbunden, gelegentlich genügt ein Anruf »von oben«, eine Verwarnung, eine leise ausgesprochene Drohung.

Inseln der Pressefreiheit

Als ein letzter Hort von Unabhängigkeit gilt immer noch der Radiosender »Echo Moskwy«. Er steht weiter in dem Ruf, einen professionellen, streitbaren, lebendigen Journalismus zu pflegen – zahlreiche Talkshows, Live-Sendungen, Diskussionen, die ausführliche Dokumentation der Sendeinhalte auf der Website (www.echo.msk.ru) vermitteln diesen Eindruck. Freilich, auch »Echo Moskwy« gehört zu fünfzig Prozent dem staatlichen Monopolisten Gasprom, weshalb man inzwischen auch die Ansicht hört, der Sender sei so etwas wie die »geduldete Opposition im Medienbereich«, mithin eine Art Feigenblatt. Die Nähe zum Kreml zeige sich unter anderem darin, dass Chefredakteur Wenediktow zum Geburtstag einen Orden von Präsident Putin verliehen bekam. Wer freilich die Website von Echo Moskwy anklickt findet dort unter dem Stichwort »Wahlen« (wybory) einige originell anmutende Rubriken. Umfragen »Wer sollte Russland regieren« zum Beispiel und die Auswahl reicht vom Dalai Lama über Hugo Chavez, Nicolas Sarkozy bis zum Papst. Nur ein Bild von Wladimir Putin ist nicht dabei. Sendezeit für Wahlwerbung wird ganz konsequent gegen Geld angeboten: Ein zwanzigminütiger Live-Auftritt von Kandidaten kostet 116.820 Rubel. Eine fertige Reportage von zwei Minuten 36.580 Rubel. Es gibt die Möglichkeit, Spots zu platzieren – auch dies gegen bares Geld, und Rabatte werden je nach Anzahl der bestellten Spots eingeräumt.

Wer in die russischen Regionen reist kann dort andere Beobachtungen machen: In dem mehr oder minder großen journalistischen Einerlei gibt es dennoch die »Inseln der Pressefreiheit« von denen die FAZ (am 8.10.07) berichtete. Nicht nur Zeitungen wie die »Nowaja Gaseta« in Moskau – die derzeit das in Russland bislang ta-

buisierte Anna Politkowskaja-Buch »Putins Russland« abdruckt – sondern auch Publikationen fernab der großen Zentren. Igor Jakowenko, der Vorsitzende des Journalistenverbandes in Russland, nennt Beispiele: »Es gibt regionale ›Sternchen‹, zum Beispiel in Nishni Nowgorod die großartige, qualitativ gut gemacht *Birscha*. In Barnaul die Zeitung *Svobodnij kurs*. Sie werden unabhängig von der Staatsmacht herausgegeben.« (DW-Fokus Ost-Südost, 1.10.07) Was aber können in Wahlkampfzeiten regionale Blätter ausrichten gegen Medien wie die staatliche »Rossijskaja Gaset«, die millionenfach auf Staatskosten gedruckt und gratis verteilt wird?

Ausblick

Der Meinungsforscher Lew Gudkow, Chef des Levada-Zentrums Moskau, ist überzeugt, dass die Wahlen eine Inszenierung des Kremls sind, in der den Medien eine wichtige Rolle zugeordnet ist. Der Kreml, so sagte er vor kurzem in Berlin, habe die Kontrolle über praktisch alle Stadien des politischen Prozesses an sich gerissen: von der Parteienregistrierung bis zum Wahlgang selbst. Im Ergebnis würden weite Teile der Bevölkerung von der aktiven Wahlteilnahme ausgeschlossen. Gudkow prognostizierte 60 % für »Jedinaja Rossija« mit ihrem Spitzenkandidaten Wladimir Putin und 15 % für die Kommunistische Partei – faktisch zeichne sich ein Ein-Parteien-Parlament in Russland ab.

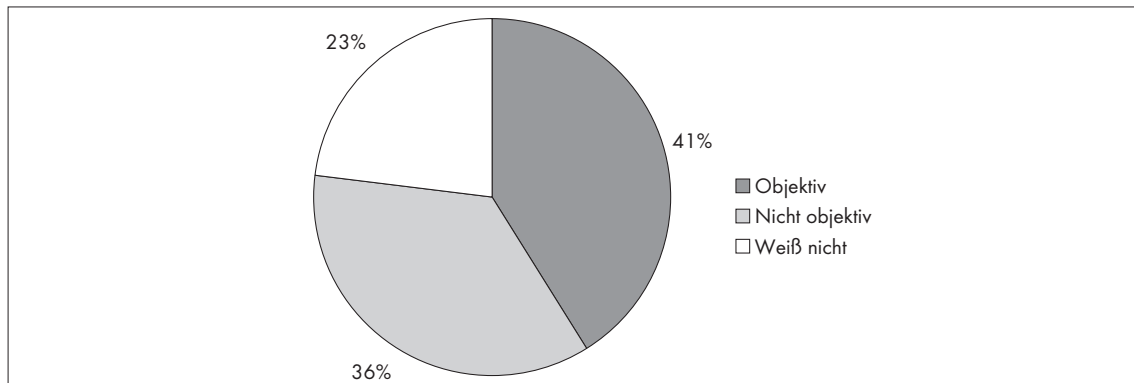
Wenn die Medien also ein Spiegelbild der russischen Gesellschaft, der herrschenden Verhältnisse sind, müssten sie sich ehrlicherweise fragen, wie weit sie selbst zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Solche Fragen aber sind, wie manche andere, derzeit in Russland nicht erwünscht.

Über die Autorin:

Cornelia Rabitz ist Leiterin der Russischen Redaktion bei Deutsche Welle-radio, Osteuropaprogramme.

Die Qualität der Fernsehberichterstattung in den Augen der russischen Bevölkerung

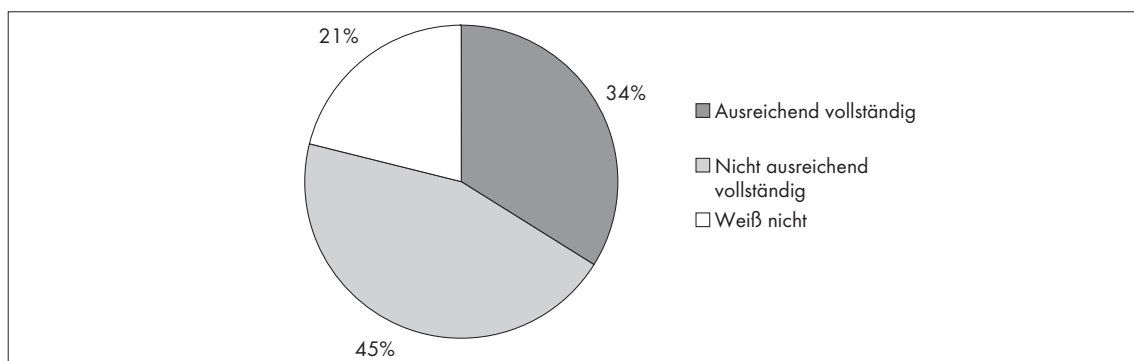
Berichtet das russische Fernsehen über die russische Politik heutzutage objektiv?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM vom August 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_2/d073121

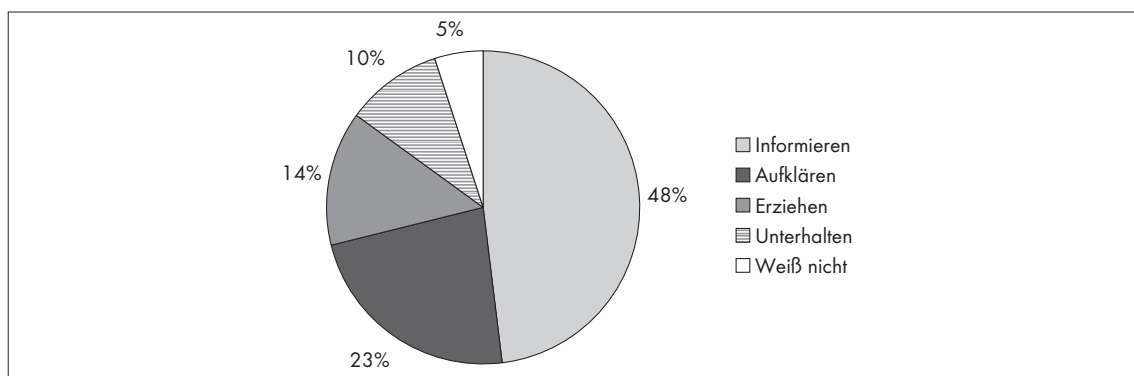
Berichtet das russische Fernsehen ausreichend vollständig über die russische Politik?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM vom August 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_2/d073121

Was sollte Ihrer Meinung nach das Fernsehen vor allem leisten?

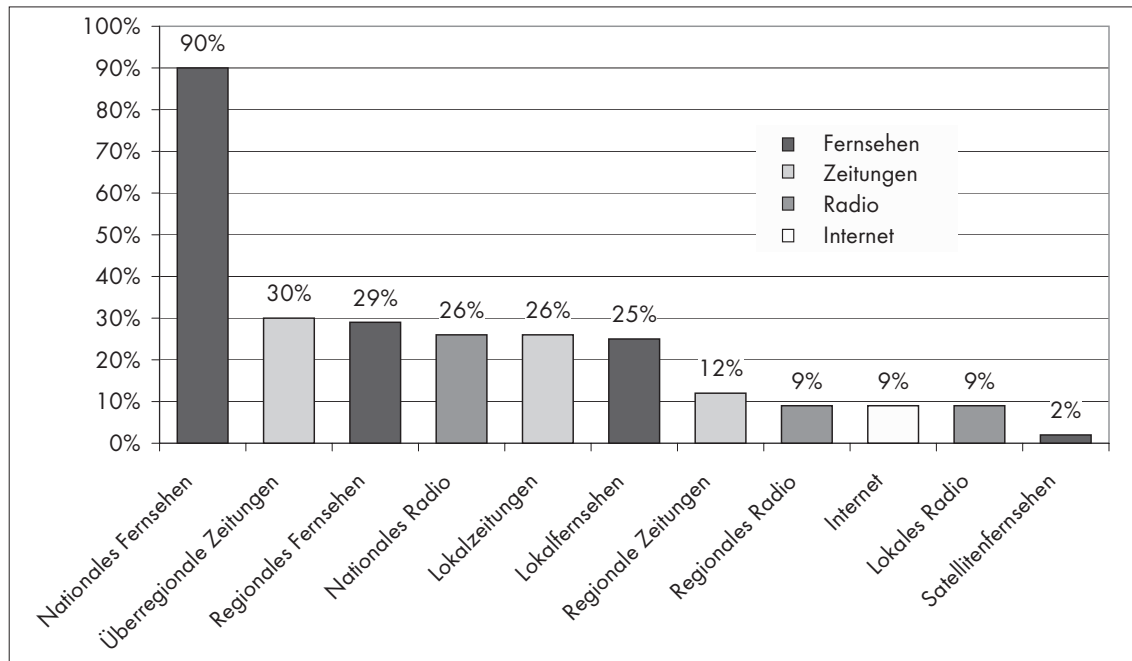


Quelle: repräsentative Umfrage des Levada-Zentrums vom Oktober 2007,

<http://www.levada.ru./press/2007101100.html>

Informationsquellen der russischen Bevölkerung

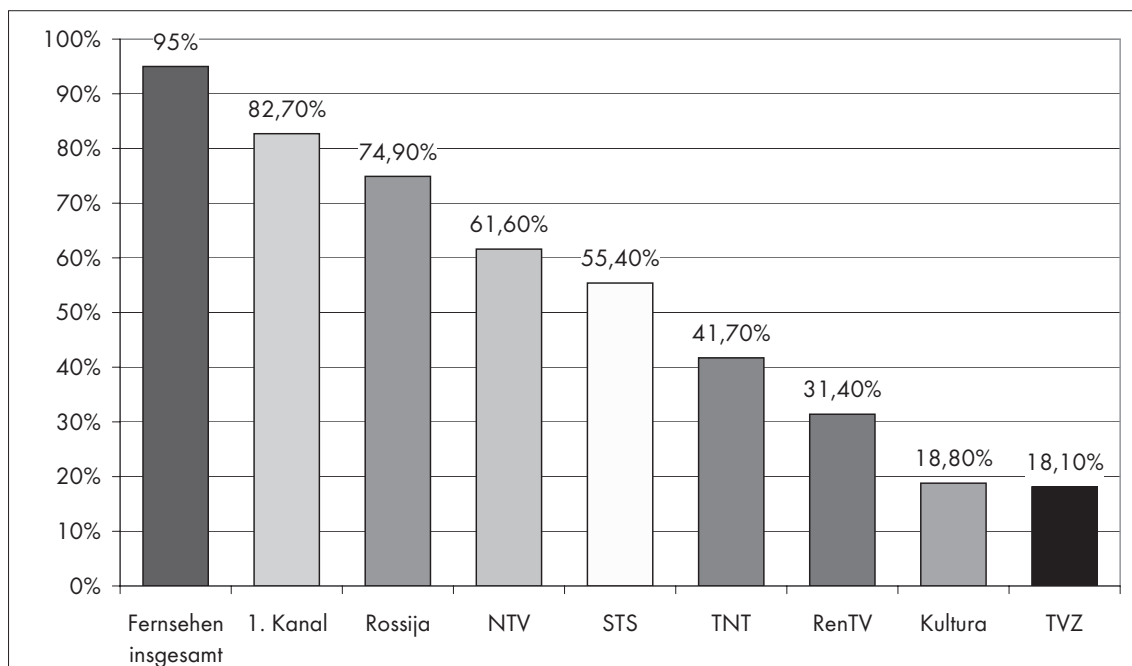
Aus welchen Massenmedien erhalten Sie Informationen über aktuelle Entwicklungen in unserem Land?



Quelle: repräsentative Umfrage des FOM vom August 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_2/d073121

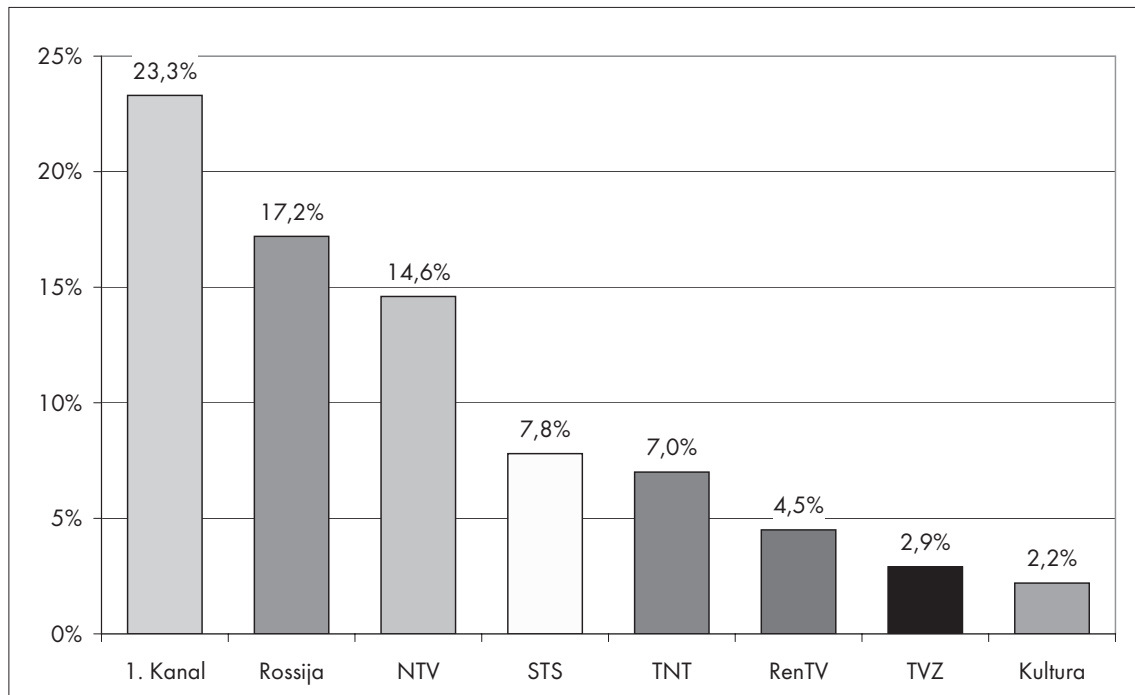
Wöchentliche Reichweite der nationalen Fernsehsender (2. Quartal 2007)



Russland, Städte über 100.000 Einwohner, Zuschauer über 10 Jahren

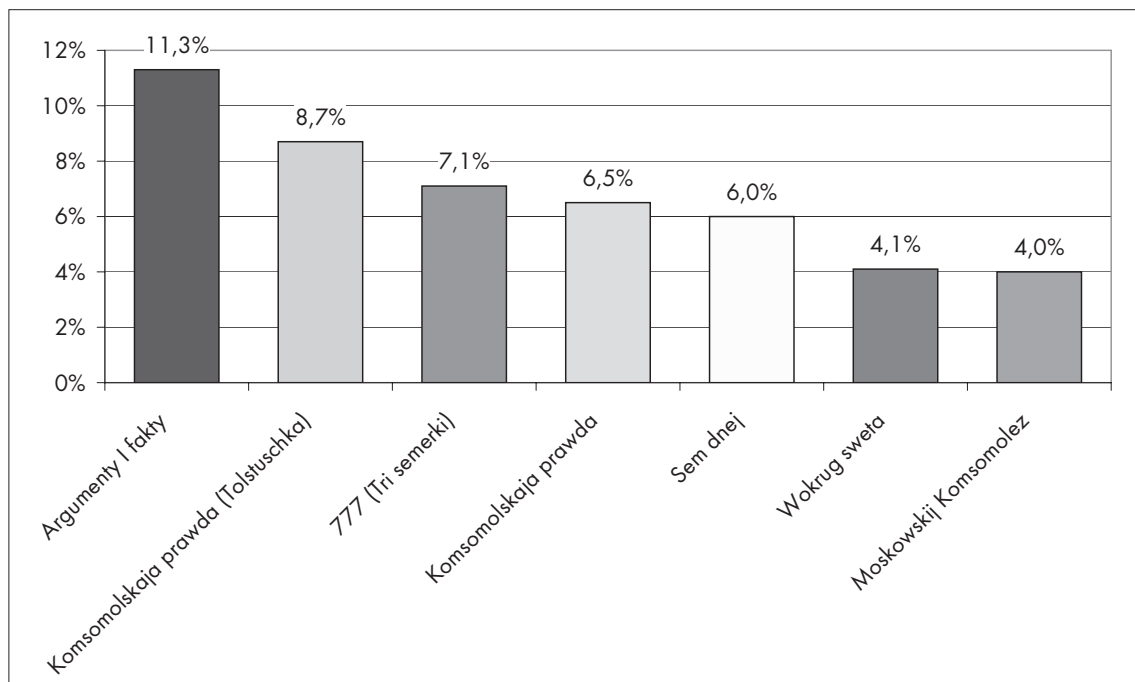
Quelle: COMCON, <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1701>

Einschaltquoten im Tagesdurchschnitt (8. bis 14. Oktober 2007)



Quelle: TNS, http://www.tns-global.ru/rus/data/ratings/tv/russia/daily/_20071008_20071014/index.wbp

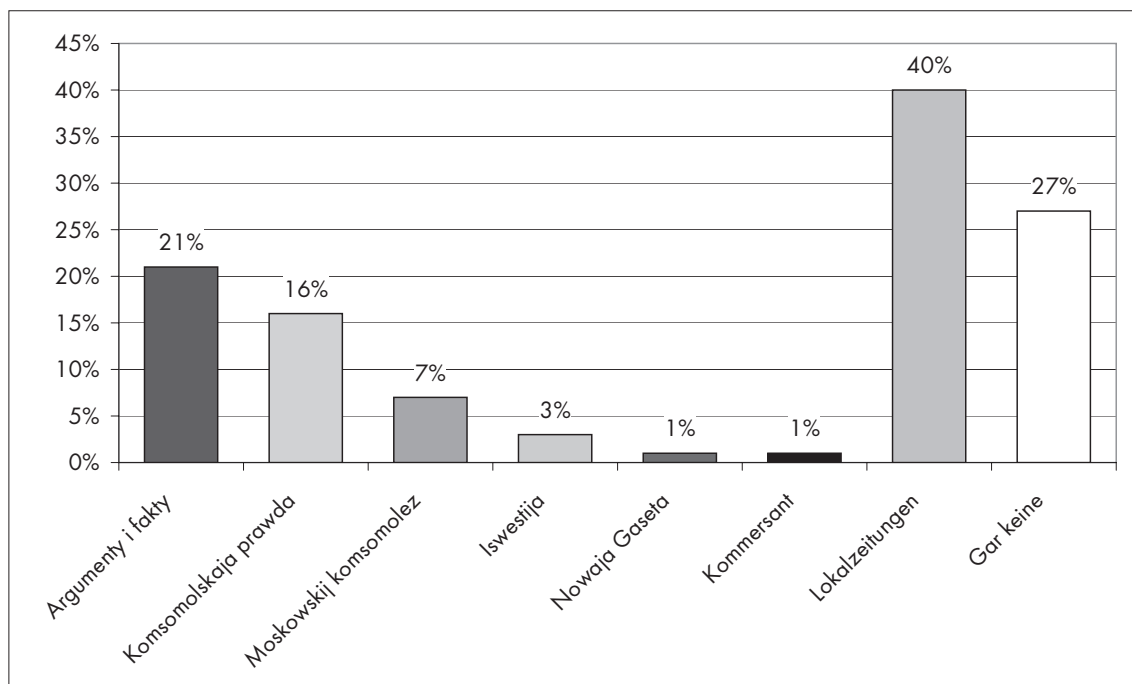
Reichweite russischer Printmedien (2. Quartal 2007)



Anmerkung: Auswahl. Rating nach AIR (Average Issue Readership) in % der russischen Bevölkerung über 10 Jahren. Das AIR unterscheidet sich von der verkauften Auflage durch die Zahl der Leser pro verkaufter Ausgabe.

Quelle: COMCON, <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1705>

Welche Zeitung lesen Sie am häufigsten? (Mehrfachnennungen möglich)

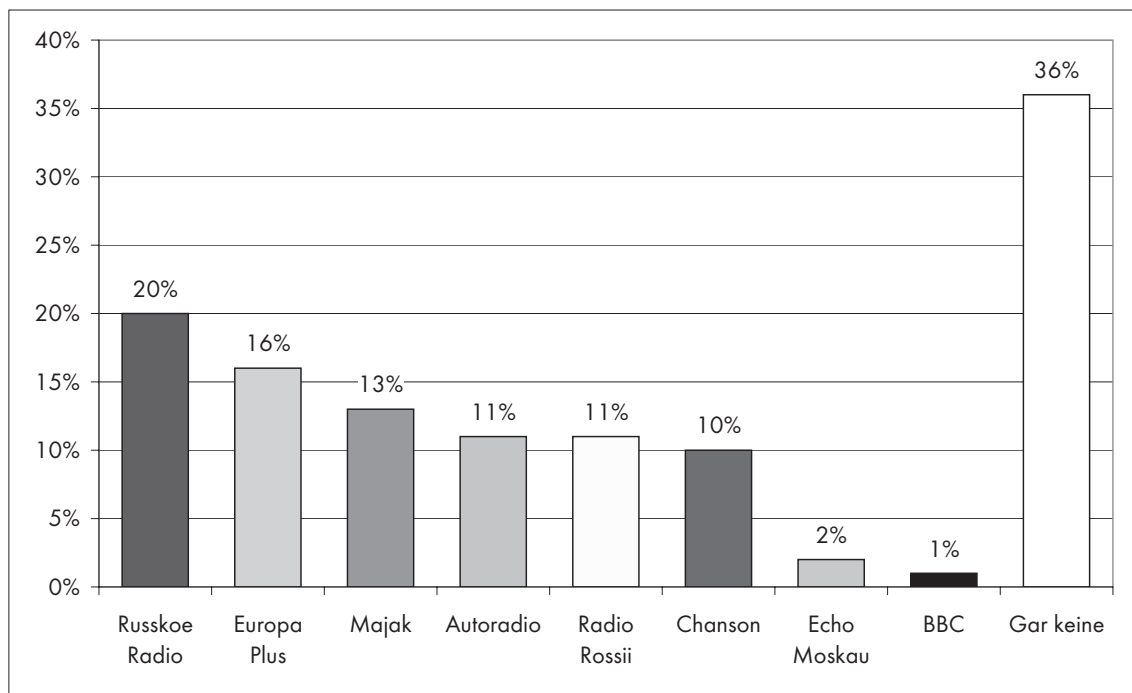


Anmerkung: Aufgeführt sind nur Tageszeitungen mit politischem Inhalt. Bei Nennung unter 7% nur in Auswahl.

Quelle: repräsentative Umfrage des FOM vom August 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_2/d073121

Welche Radiosender hören Sie am häufigsten? (Mehrfachnennungen möglich)



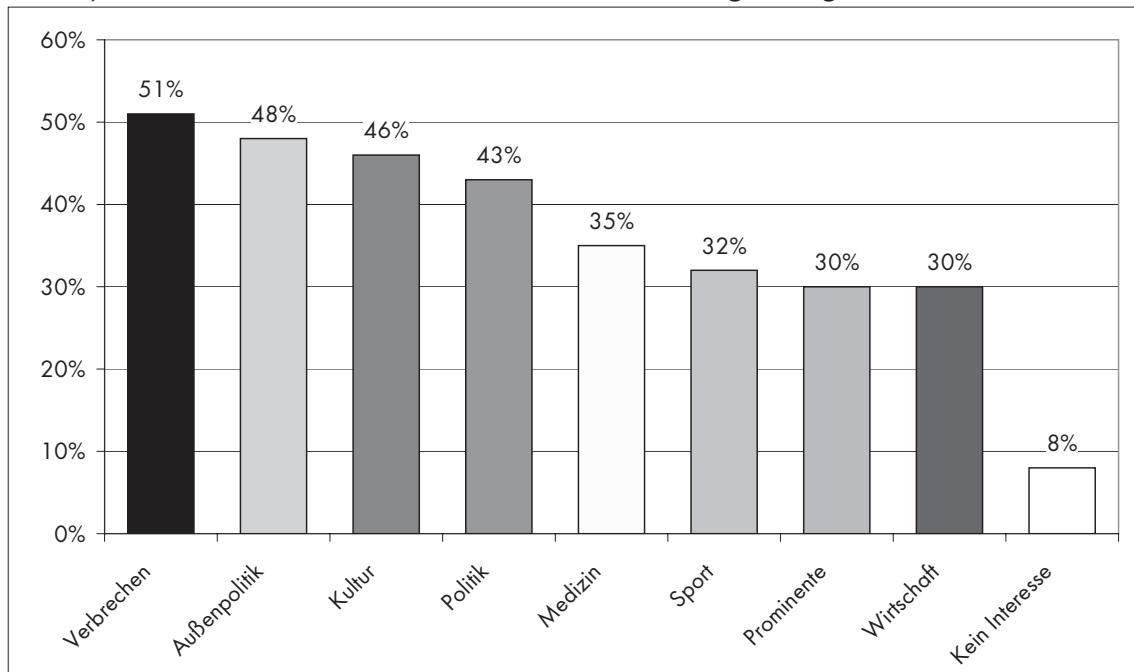
Anmerkung: Bei Nennung unter 10% Sender nur in Auswahl.

Quelle: repräsentative Umfrage des FOM vom August 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_2/d073121

Politische Interessen und Meinungsbildung der russischen Bevölkerung

Allgemein gesprochen, interessieren Sie sich für Nachrichten aus Russland und der Welt?
Wenn ja, für welche Themenbereiche? (Mehrfachnennungen möglich)

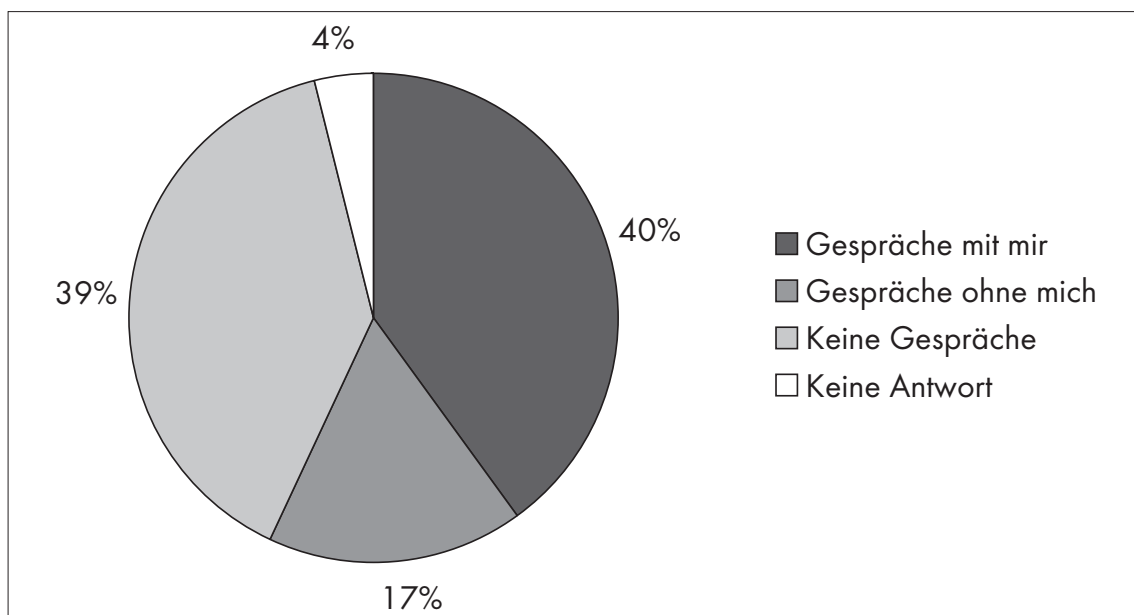


Anmerkung: Nur Themen mit Anteil von mindestens 30%.

Quelle: repräsentative Umfrage des FOM vom August 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0731/domt0731_2/d073121

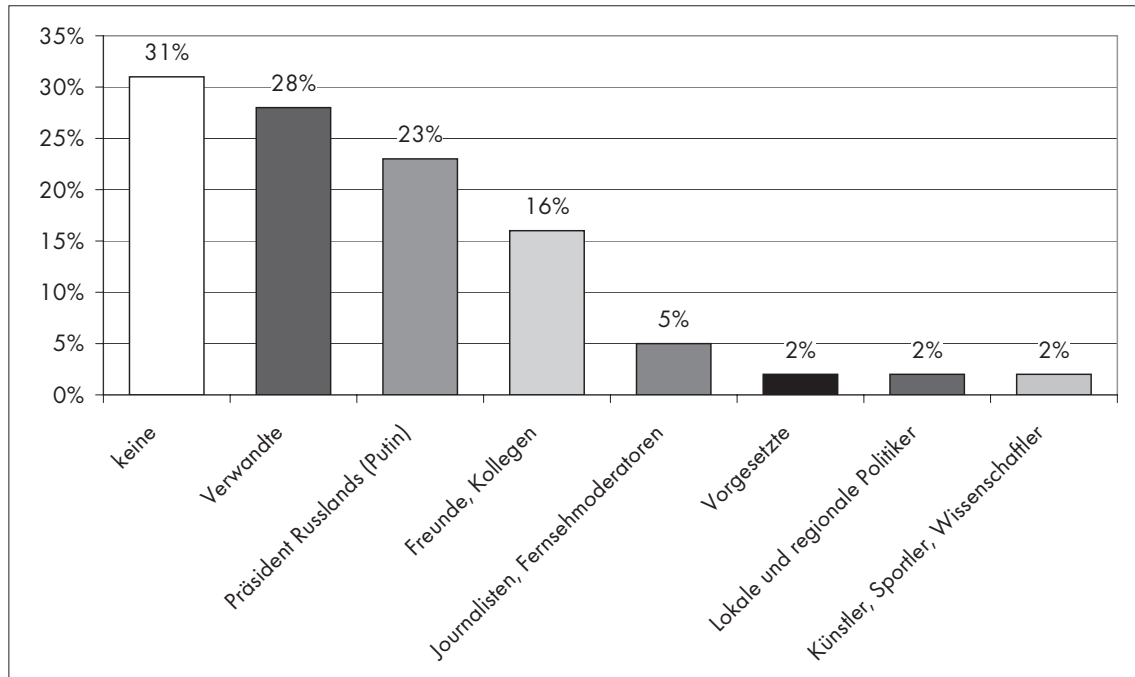
Unterhalten sich Ihre Verwandten, Freunde und Kollegen über Politik und beteiligten Sie sich an diesen Gesprächen?



Quelle: repräsentative Umfrage des WZIAM vom Oktober 2007,

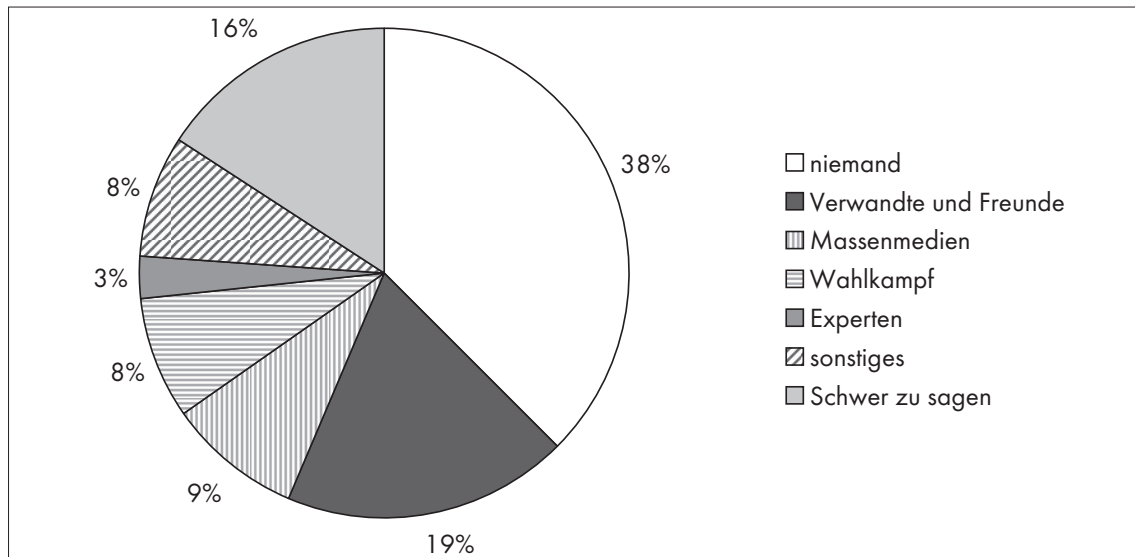
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8971.html>

**Welche Meinung über Politik ist für Sie die wichtigste und kompetenteste?
(Bis zu 2 Nennungen)**



Quelle: repräsentative Umfrage des VZIAM vom Oktober 2007,
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8971.html>

**Wenn Sie sich an die letzten Parlamentswahlen erinnern, wer oder was hat Ihre
Wahlentscheidung entscheidend beeinflusst?**

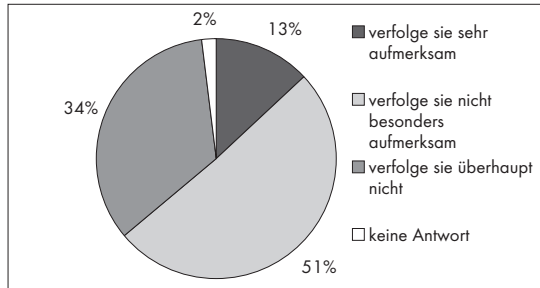


Quelle: repräsentative Umfrage des VZIAM vom Oktober 2007,
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8971.html>

Umfragen zu den kommenden Wahlen

Umfragen des Lewada-Instituts, Oktober 2007

Sagen Sie bitten, wie aufmerksam verfolgen Sie die derzeitige Wahlkampagne?



Nach: <http://www.levada.ru./press/2007111202.html>, 12. November 2007

Was beeinflusst die Wahl?

Würde es Ihre Wahl bei der Stimmabgabe beeinflussen, wenn die Partei für folgendes eintritt?

	werde eher die Partei wählen, die diese Position vertritt	werde eher nicht die Partei wählen, die diese Position vertritt	Diese Position wird meine Wahl nicht beeinflussen	keine Antwort
Schnelle Wirtschaftsreformen und gegen die staatliche Einmischung in die Wirtschaft	26%	38%	21%	16%
Verstärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft und eine staatliche Regelung von Marktreformen	64%	9%	16%	11%
Wiederherstellung des sozialen Versicherungssystems von Arbeitern und Rentnern, das vor der Perestrojka existiert hat	68%	9%	13%	10%
Fortsetzung des derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Kurses ohne ernsthafte Änderungen	46%	20%	20%	14%
Verstärkung der Verteidigungskraft Russlands und Aufhalten der Westexpansion	69%	6%	14%	11%
Wiederherstellung der Ordnung und Gesetzlichkeit bei der Beschränkung einiger demokratischer Freiheiten	53%	15%	17%	15%
Interessen der Regionen	71%	4%	14%	10%

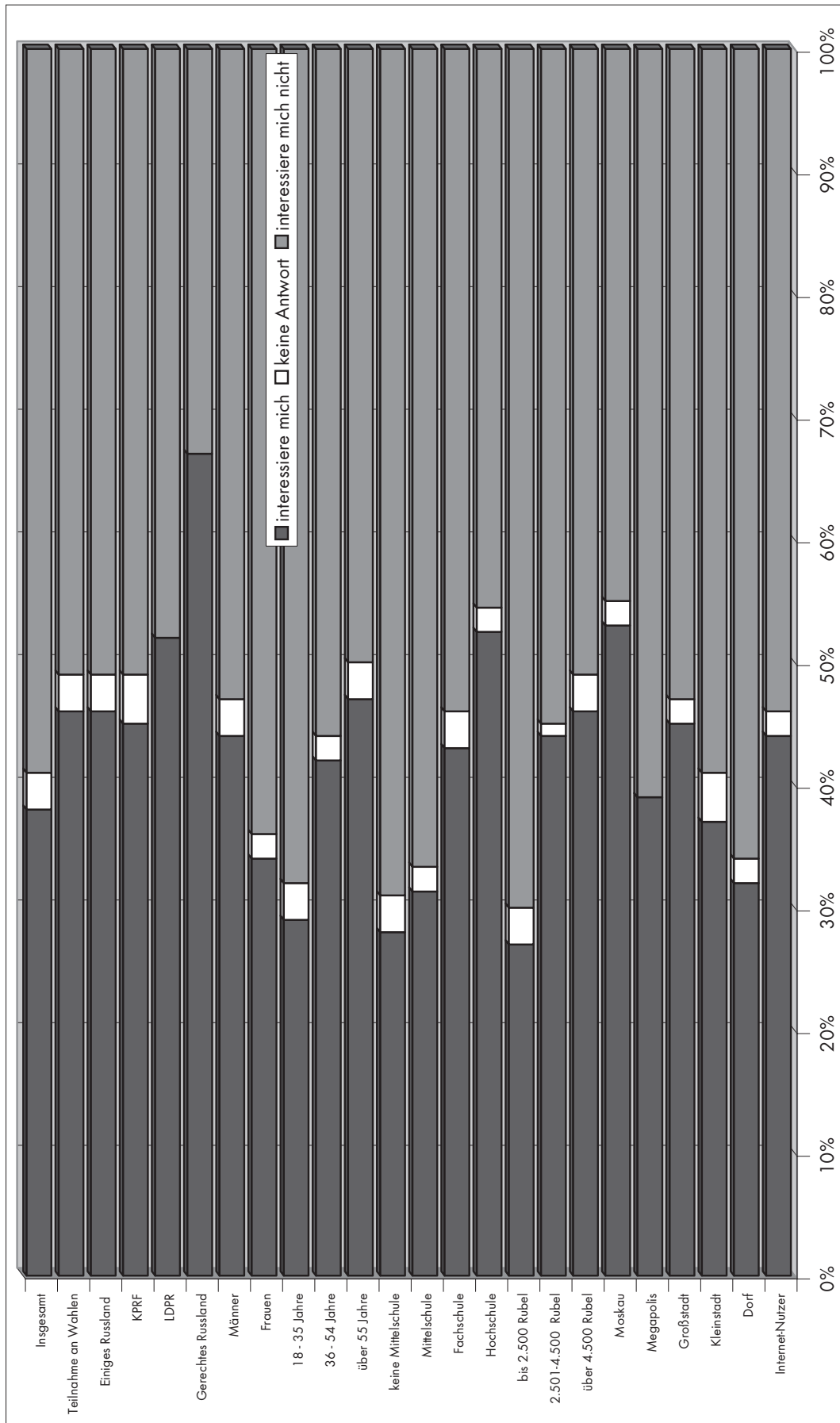
Nach: <http://www.levada.ru./press/2007110802.html>, 12. November 2007

Inwiefern sind Sie mit der Ansicht einverstanden oder nicht einverstanden ...

	Absolut/eher einverstanden	eher/überhaupt nicht einverstanden	keine Antwort
Nur wenn man wählt und sich am politischen Prozess beteiligt, kann man in Russland einen Staat aufbauen, der dem Wohl der Menschen dient	68%	24%	8%
Jeder, der wählen darf, muss dieses Recht nutzen und seine Meinung zum Ausdruck bringen	86%	8%	6%
Ich gehe zur Wahl, um zu verhindern, dass diejenigen an die Macht gelangen, die dem Land schaden können	62%	26%	12%
Zur Wahl zu gehen, ist sinnlos, weil alles praktisch beim Alten bleibt, egal, wen wir wählen würden	38%	53%	9%

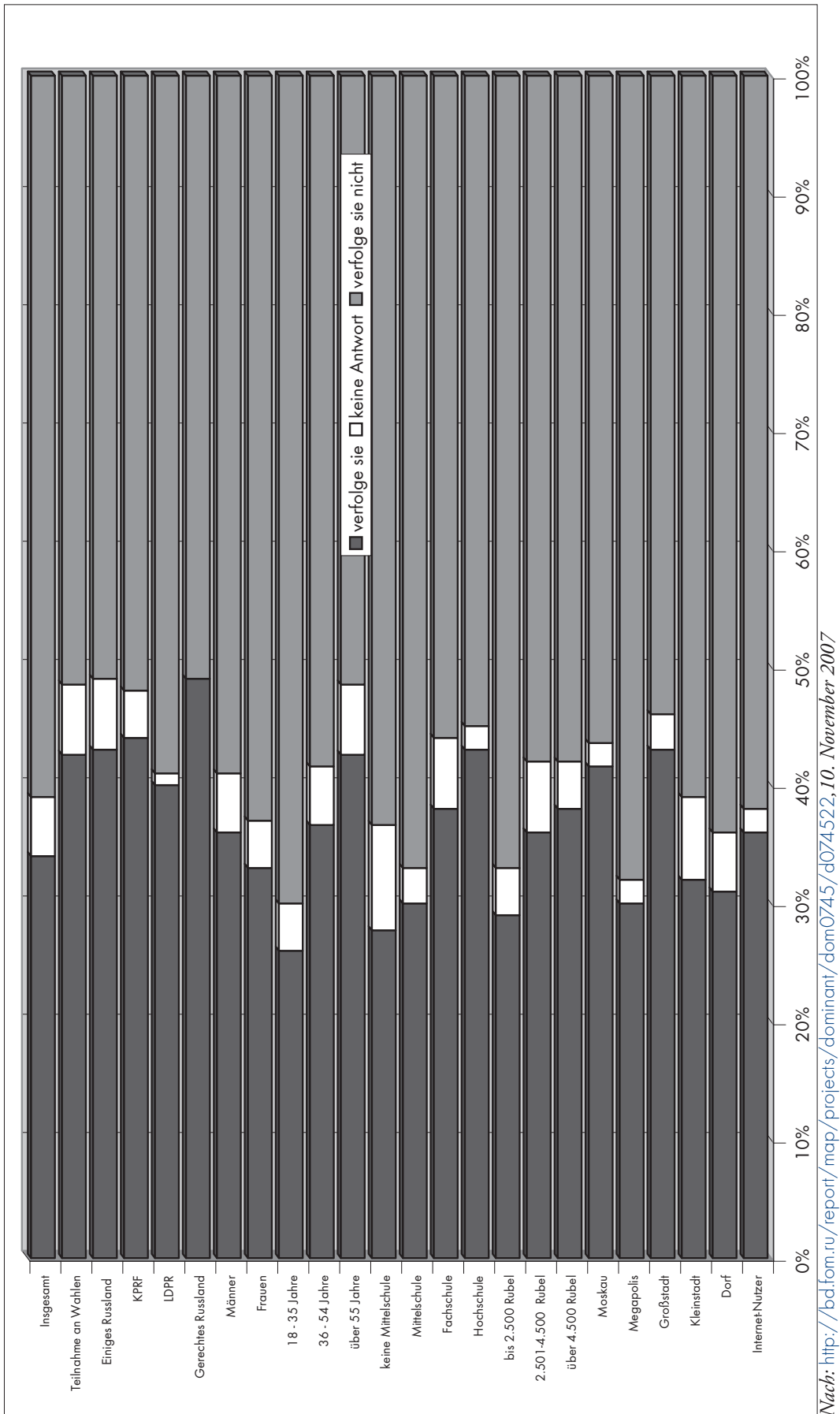
Nach: <http://www.levada.ru./press/2007111202.html>, 12. November 2007

Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung«, November 2007 Interesse an der Wahlkampagne

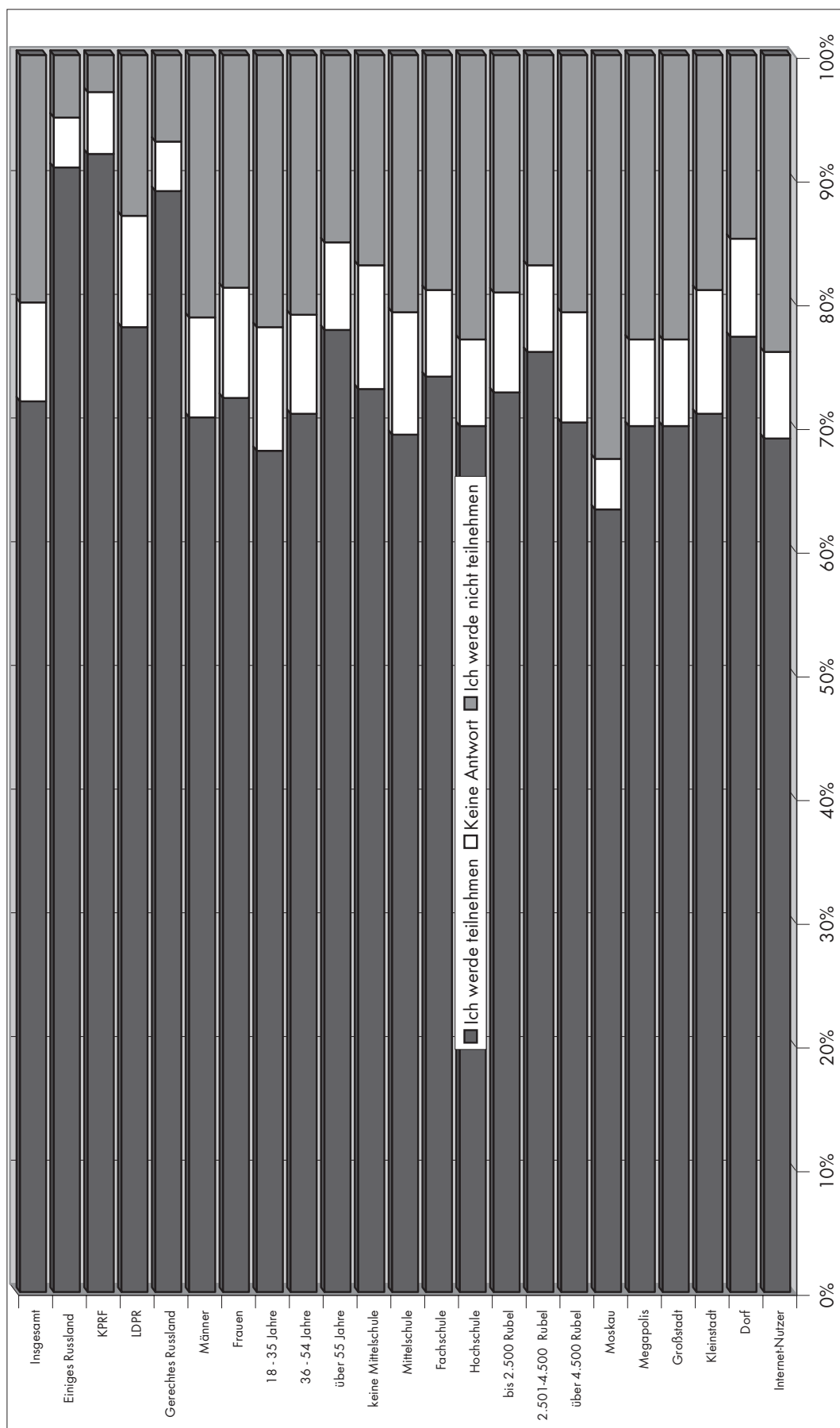


Nach: <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0745/d074522,10.November.2007>

In unserem Land finden regelmäßig Wahlen zu verschiedenen Exekutivorganen auf unterschiedlichen Ebenen statt. Sagen Sie bitte, verfolgen Sie gewöhnlich die Wahlkampagnen oder nicht?

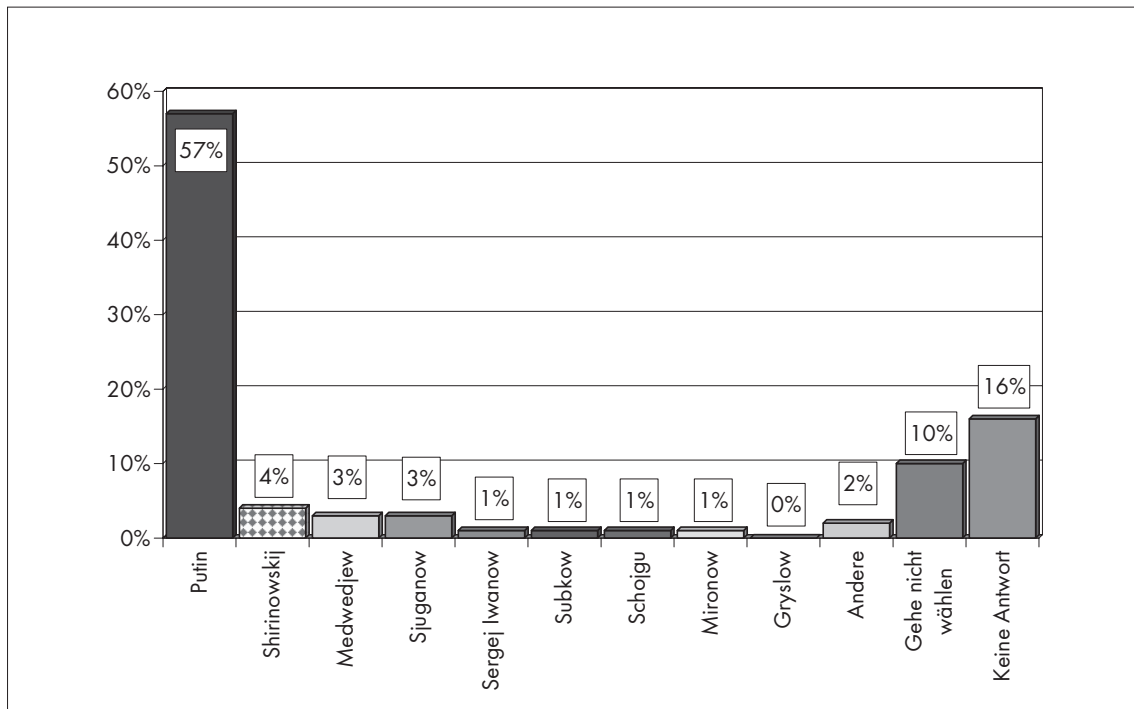


Im Dezember 2007 finden Dumawahlen statt. Werden Sie an diesen Wahlen teilnehmen?



Nach: <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0745/d074501.10.November.2007>

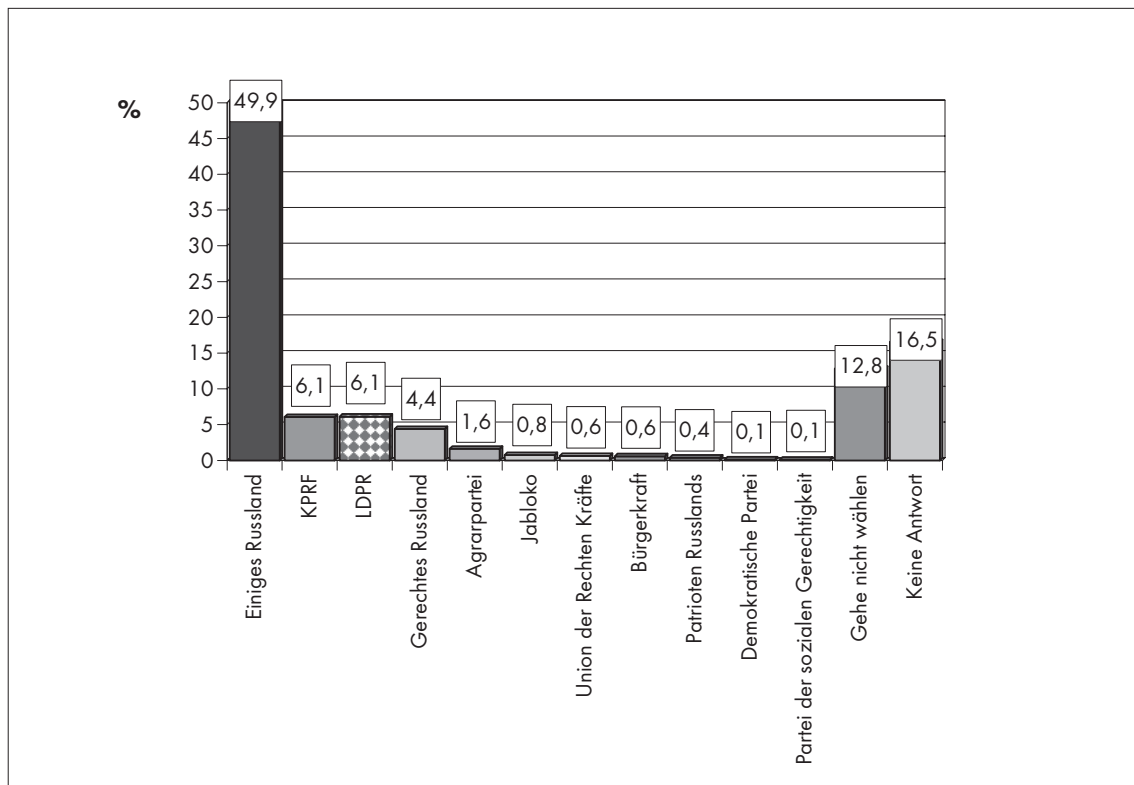
Wenn am Sonntag Präsidentenwahlen wären, für welchen Politiker würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 24.-25.11.2007

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0748/d074802>

Wenn am Sonntag Dumawahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 17.-18.11.2007

http://bd.fom.ru/zip/oslon_prognoz_261107.zip

Dumawahlkampf 2007

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Der Ausgang der Dumawahlen ist schon heute – zwei Wochen vor der Abstimmung – weitgehend klar. Einiges Russland, massiv von der Präsidentialadministration unterstützt, wird eine absolute Mehrheit erreichen. Nur die Kommunistische Partei, die in ihrer Fundamentalopposition zum System nach wie vor über Rückhalt in der Gesellschaft verfügt, wird wohl sicher in die neue Duma gelangen. Die Chancen von zwei weiteren Parteien, der ebenfalls aus dem Kreml unterstützten Partei Gerechtes Russland, die das Spektrum links der Mitte abdecken soll, und der Schirinowskij-Partei LDPR, die nationalistisch gesinnte Protestwähler anspricht, sind unklar. Den Liberalen ist es nicht gelungen, ihre Kräfte zusammenzufassen. Sie werden auch dieses Mal nicht ins Parlament einziehen. Bemerkenswert ist, dass es erstmals keine internationale Wahlbeobachtung durch die OSZE geben wird. Diese Lücke werden aber die Beobachter aus der GUS füllen, die sicher noch in der Wahlnacht eine freie, gleiche und demokratische Wahl attestieren werden.

Die Dumawahl ist entschieden

Arithmetisch ist der Ausgang der Dumawahlen am 2. Dezember 2007 längst entschieden. Die Kremlpartei Einiges Russland (ER) wird die absolute Mehrheit gewinnen. Wahrscheinlich wird dieses Ergebnis wegen der neuen Sieben-Prozent-Hürde und damit vielen Stimmen für Parteien, die daran scheitern und bei der Sitzverteilung nicht mitgezählt werden, zu einer Zweidrittelmehrheit im neuen Parlament reichen. Außer für ER lässt sich gegenwärtig nur der erneute Einzug der Kommunisten (KPRF) in das neue Parlament mit ausreichender Sicherheit voraussagen. In Meinungsumfragen erhalten sie zwischen 10 und 15 Prozent. Chancen haben noch zwei weitere bereits in der Duma vertretene Parteien. Die zweite Kremlgründung Gerechtes Russland und die Schirinowskij-Partei LDPR liegen je nach Umfrage, Umfrageinstitut und Umfragezeitpunkt mal über (eher die LDPR) und mal unter (meist das Gerechte Russland) der Sieben-Prozent-Hürde. Die liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) haben ebenso wie die weiteren fünf zur Wahl zugelassenen Parteien keine Chance in der neuen Staatsduma vertreten zu sein. Mit diesen vorausgesagten Zahlen ist aber nur wenig darüber ausgesagt, was das Ergebnis bedeutet und was daraus folgt.

Parteiengesetz und Wahlgesetz

Die Vorbereitungen des Kremls zu den diesjährigen Dumawahlen begannen schon im Sommer 2003, also noch vor der Wahl zum jetzigen Parlament. Bereits damals wurde die der Mindestanteil der Stimmen, die notwendig waren, um ins Parlament zu gelangen, für 2007 auf sieben Prozent angehoben. Begründet wurde diese im internationalen Vergleich hohe Barriere mit dem Ziel, einen Anreiz für die nach Meinung des Kremls zu vielen kleinen Parteien zu schaffen, sich zu größeren Einheiten zusammen zu schließen. Nur so könne ein stabileres Mehrparteiensystem entstehen. Ähnlich wurden auch weitere Verschärfungen sowohl des Wahl- als auch des Parteienrechts im Laufe der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode begründet. Alle zielen darauf ab, die Gründung von Parteien, ihre Weiterexistenz und ihre Zulassung zu Wahlen zu erschweren und das Verhalten der Abgeordneten im Parlament zu disziplinieren. Die einschneidendste Änderung des Wahlgesetzes war die Abschaffung der Direktwahlkreise zugunsten eines reinen Verhältniswahlrechts. Während bisher analog zum deutschen Wahlrecht die Hälfte der Abgeordneten in Direktwahlkreisen gewählt wurde, wird die neue Duma nur noch über Parteilisten nach einem reinen Verhältniswahlrecht bestimmt. Unabhängige Abgeordnete wird es im neuen Parlament auch später, zum Beispiel als Folge von Partei- oder Fraktionsaustritten, nicht mehr geben. Abgeordnete, die ihre Fraktion oder Partei verlassen, verlieren künftig ihr Mandat.

Die Änderungen des Parteiengesetzes sind kaum weniger bedeutend. Neuzugründende oder bestehende Parteien müssen mindestens 50.000 Mitglieder nachweisen. Außerdem müssen in mindestens der Hälfte der gegenwärtig 86 russischen Regionen regionale Untergliederungen mit jeweils mindestens 500 Mitgliedern aktiv sein. Nur 16 registrierte Parteien konnten nach Ansicht der staatlichen Registrierungsbehörde Rosregistracija diesen Nachweis erbringen. Alle anderen Parteien wurden im Januar dieses Jahres zwangsweise aufgelöst. Darunter befand sich auch die Russische Republikanische Partei (RPR) des Abgeordneten Wladimir Ryschkow, der seit 1993 viermal hintereinander im Gebiet Altay ein Direktmandat erringen konnte. Ryschkow klagte gegen die Entscheidung der Registrierungsbehörde, die knapp 20.000 der von seiner Partei vorgelegten 63.000 Un-

terschriften für ungültig erklärte. Mitte des Jahres bestätigte das Oberste Gericht Russlands die Auflösung der Partei. Ryschkow reichte daraufhin Klage beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg ein.

Die liberalen Parteien

2003 war es keiner liberalen Partei gelungen, die damals geltende Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in die Duma einzuziehen. Die gesamte Legislaturperiode über, aber mit wachsender Intensität seit Anfang 2006, wurde in unterschiedlichen Kombinationen über Zusammenschlüsse und Koalitionen liberaler Parteien und Politiker verhandelt. Grundsätzlich herrschte Einigkeit, dass es dem Kreml schwerer fallen würde, einer einigen liberalen Opposition den Wiedereinzug ins Parlament zu verwehren. Diese mehrfach und in unterschiedlichen Kombinationen geführten Verhandlungen und Auseinandersetzungen im Detail nachzuzeichnen ist hier nicht genug Raum. Die entscheidenden Grundlinien und das Ergebnis sollen aber kurz skizziert werden. Es gab fünf Hauptakteure: Jabloko, SPS, Ryschkow mit der Republikanischen Partei, den ehemaligen Ministerpräsident Michail Kasjanow und den ehemaligen Schachweltmeister Garri Kasparow. Kasparows und Kasjanows Bemühungen waren von Anfang an stärker auf die Präsidentenwahlen im kommenden Frühjahr orientiert als auf die Dumawahlen. Beide haben keine Parteien. Diese possessive Formulierung ist nicht zufällig gewählt. In ihr drückt sich das grundsätzliche Dilemma russischer Parteien aus, meist als Führerorganisationen gegründet zu werden und zu funktionieren.

Entsprechend versuchte Michail Kasjanow 2005 eine lange bestehende Partei, die Demokratische Partei, als Vorsitzender zu übernehmen. Der Versuch wurde durch eine Intrige des Kremls vereitelt und Kasjanow blieb ohne Partei. Er gründete daraufhin eine »Bewegung« unter dem Namen »Volks-Demokratische Union«, die er seit Sommer 2007 in eine Partei umzuwandeln versucht. Eine Teilnahme an der Dumawahl 2007 ist aber nicht mehr das Ziel. Garri Kasparow war 2006 der wichtigste Initiator des außerparlamentarischen Oppositionsbündnisses »Das andere Russland«. Weitere Gründer waren die National-Bolschewistische Partei (NBP) des Schriftstellers Eduard Limonow, Michail Kasjanow, der radikale Jugendverband AKM (Avantgarde der Kommunistischen Jugend) und eine Reihe weiterer Einzelpersonen. Auch Wladimir Ryschkow gehörte dem »Anderen Russland« zeitweise an. Insbesondere die NBP hat, was nicht nur Kasparow, sondern den meisten Oppositionsorganisationen weitgehend fehlt: eine relativ große Zahl (Schätzungen reichen von 4.000 bis 30.000) disziplinierter und aktionsbereiter, meist jugendlicher Mitglieder. Das »Andere Russland« kritisiert die Politik des Kremls grundsätzlich. Kasparow nennt das gegenwärtige politische System eine Diktatur, und schließt eine Teilnahme an Wahlen als gegenwärtig sinnlos aus, weil deren Ergebnis von der Machtelite vorbestimmt sei. »Anderes Russland« rief ab Frühjahr 2007 in verschiedenen russischen Städten zu »Märschen der Nichteinverstandenen« auf, die von massiven Polizeiaufgeboten mehrfach gewaltsam aufgelöst wurden. Jabloko und SPS schlossen sich dem »Anderen Russland« vor allem wegen der Beteiligung von nationalistischen (NBP) und stalinistischen Organisationen (u.a. AKM) nicht an. Kasparow schmähte sie daraufhin als vom Kreml gesteuert.

Verhandlungen zwischen Jabloko, SPS und Ryschkow über ein Zusammengehen oder einen Zusammenschluss scheiterten mehrfach. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es gibt persönliche Unvereinbarkeiten, die noch aus den 1990er Jahren stammen. Platzhirschgebaren der jeweiligen offiziellen und inoffiziellen Führungspersonen hat ebenso eine Rolle gespielt wie das nicht unerhebliche Beharrungsvermögen der Parteiapparate. Der Jablokovorsitzende Grigorij Jawlinskij weist zudem darauf hin, dass man beim Zusammenschluss von zwei oder mehr Parteien nicht einfach die Umfrageergebnisse addieren könne. Viele Wähler von Jabloko seien nicht bereit für SPS zu stimmen und umgekehrt. Wie sie sich bei einem Zusammenschluss verhalten würden, sei schwer vorauszusagen. Tatsächlich gehören Jawlinskij und seine Wähler zu den langjährigen Kritikern der wilden Privatisierung der 1990er Jahre und vertreten weniger marktliberale und stärker sozial orientierte Positionen als die SPS.

Neben den angesichts der politischen Bedingungen wohl überwindbaren inhaltlichen Differenzen spielen aber auch praktische und rechtliche Probleme eine Rolle. Listenverbindungen mehrerer Parteien, die früher erlaubt waren, sind inzwischen verboten. Die Verschmelzung von zwei Parteien wäre nur durch die Gründung einer neuen dritten Partei möglich, in die die Mitglieder der sich vereinigenden Parteien jeweils individuell eintreten müssten oder dadurch, dass die Mitglieder eine Partei aus ihrer Partei austreten und in die andere Partei eintreten, weil das Gesetz die Mitgliedschaft in zwei Parteien gleichzeitig verbietet. Ersteres Szenarium hätte das große Risiko mit sich gebracht, dass die neue Partei die enormen Registrierungshürden nicht genommen hätte. Außerdem kann wohl keine der beiden Parteiführungen sicher sein, dass ihr ihre gegenwärtigen Parteimitglieder auch in eine neuzugründende vereinigte Partei folgen würden. Bei letzterem Szenarium würde eine Vereinigung von Gleichberechtigten unmöglich. Eine Partei bliebe bestehen, während sich die andere auflösen müsste. Eine psychologisch sehr hohe Hürde. Trotz intensiver Vermittlungsversuche unter anderem von führen-

den NGO-Persönlichkeiten sind letztlich alle Vereinigungsverhandlungen gescheitert. SPS und Jabloko treten getrennt zu den Dumawahlen an. Nach dem Verbot seiner Partei verhandelte Wladimir Ryschkow mit Jabloko und SPS darüber, auf einer ihrer Listen zu kandidieren. Mit Jabloko kam es zu keiner Einigung. SPS machte Ryschkow erst das Angebot, zur sogenannten Troika, den drei Spitzenkandidaten zu gehören, zog die Offerte aber später, wohl auf Druck aus dem Kreml, wieder zurück. Umfragen aller Meinungsforschungsinstitute zeigen Jabloko und SPS weit unter der Sieben-Prozent-Hürde, ohne Chancen auf einen Parlamentseinzug.

Die Kremlparteien Einiges Russland, Gerechtes Russland und Zivile Kraft

Die Partei Einiges Russland (ER) hat bereits in der gegenwärtigen Staatsduma, trotzdem sie nur 37,5 Prozent der Stimmen bekam, eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Zum einen gewannen ihre Kandidaten sehr viele Direktwahlkreise, zum anderen wurden unabhängige Kandidaten angeworben und Mitglieder anderer Fraktionen abgeworben. Zwischen den Wahlen sank die Popularität von ER stark und wuchs erst mit Beginn dieses Jahres und wiederholten Äußerungen Präsident Putins wieder, diese Partei stehe ihm, ob wohl er nicht Mitglied sei, am nächsten. Putin bezeichnete eine Mehrheit von ER zudem als notwendige Bedingung, damit er als Präsident seinen politischen Kurs durchsetzen könne. Inhaltliche Aussagen und das Parteiprogramm spielen dabei, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend tritt ER zu den Wahlen mit dem Slogan auf, man wolle »Putins Plan« unterstützen. Das Wahlprogramm passt auf einige wenige Seiten und ruft Putin zum »nationalen Führer« aus, dessen Rückhalt ER sei. Eine Broschüre der Partei mit dem Titel »Putins Plan« fasst lediglich mehrere Reden Putins zusammen, darunter die Ansprachen »Zur Lage der Nation« der vergangenen drei Jahre und die Rede Putins vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres. Entsprechend groß ist die vielleicht gar nicht unwillkommene Verwirrung bei den Wählern. Nach einer Umfrage des Lewada-Zentrums sind zwar 65 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass Putin einen sorgsam ausgearbeiteten Plan zur Entwicklung des Landes hat. Aber gleichzeitig haben 47 Prozent noch nie etwas von diesem Plan gehört und nur 6 Prozent gaben an, sie könnten erklären, was dieser Plan enthalte.

Die zweite Kremlpartei Gerechtes Russland bezeichnet sich selbst als »linkszentristisch«. Herausragende programmatische Aussage ist wie bei ER die Unterstützung Putins. Im Gegensatz zu ER werden aber deutlich sozialere, ja fast schon sozialistischen Akzente vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesetzt. Gerechtes Russland wurde Anfang des Jahres aus der »Leben-Partei« des Föderationsratsvorsitzenden Sergej Mironow, der Rentnerpartei und den Resten der Partei Heimat gebildet. Über die Ziele dieser Gründung gibt es unterschiedliche Angaben. Wahrscheinlich handelte es sich um den neuesten Versuch, die Kommunisten zu schwächen. Zudem erfordert das vom Kreml angestrebte Zwei- oder Mehrparteiensystem einen lenkbaren »linkszentristischen« Ausgleich zum sich als »rechtszentristisch« positionierenden ER. Gerüchten zufolge soll Gerechtes Russland auf die Initiative einer der den sogenannten Silowiki, also den aus den Sicherheitsapparaten stammenden Hardlinern zugerechneten Kremlgruppen zurückgehen, die keinen Zugang zu ER haben. In Umfragen wuchs der Stimmenanteil von Gerechtes Russland bei Umfragen bis zum Sommer 2007 tatsächlich langsam aber stetig bis in den zweistelligen Bereich. Die Partei schloss fast mit dem der Kommunisten auf, die gleichzeitig leicht verloren.

Im Frühsommer 2007 tauchte noch ein drittes Parteiprojekt des Kremls auf. Die vom bekannten Juristen Michail Barschtschewskij, bevollmächtigter Vertreter der russischen Regierung bei den obersten Gerichten des Landes, gegründete Organisation nannte sich anfangs Liberales Russland, wurde aber bald in Zivile Kraft umbenannt (russisch »Graschdanskaja Sila«, wobei das Attribut auch bei »Zivilgesellschaft«, russisch »Graschdankoje Obschtschestwo«, zum Einsatz kommt). Parteifarbe ist ein sattes grün, Parteisymbol die Sonnenblume. Ein Schelm ist, wer sich dabei etwas denkt. Zivile Kraft gelang es immerhin in extrem kurzer Zeit, sowohl die hohen Hürden des Parteiengesetzes als auch des Wahlgesetzes zu überwinden, sich als Partei zu konstituieren und zu den Wahlen zugelassen zu werden. Beides spricht für Unterstützung von weit oben und die damit zusammenhängende Verfügung über nicht unerhebliche Geldmittel. In Umfragen erklärten trotzdem nie mehr als ein Prozent der Befragten, für Zivile Kraft stimmen zu wollen.

Kommunisten und LDPR

Die Kommunisten bleiben, trotz der erneut im Wahljahr vom Kreml verstärkten Bemühungen über linksorientierte Parteigründungen zumindest einen Teil der kommunistischen Wähler abzuwerben, die größte und stabilste Oppositionspartei. Wie schon 2003 die Partei Heimat, so scheint auch das Gerechte Russland eher potentielle ER-Wähler als KPRF-Wähler anzusprechen. Das ist angesichts der uneingeschränkten Unterstützung für Putin durch Gerechtes Russland auch nicht weiter verwunderlich. KPRF-Wähler verstehen sich meist

als Systemoppositionelle, die den marktwirtschaftlichen Kurs Putins, ob nun mehr oder weniger sozial abgeduldet, grundsätzlich ablehnen. Wahrscheinlich wird dieses Beharrungsvermögen erneut mit mehr als 10 Prozent der Stimmen belohnt werden.

Ähnlich überlebensfähig zeigt sich die Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) mit ihrem Vorsitzenden Schirinowskij. Vielfach war nach der letzten Wahl ihr Niedergang vorausgesagt worden, da sie aus Kremlsicht nicht mehr benötigt werde. Die LDPR wird vorwiegend von nationalistisch gesinnten Protestwählern gewählt. Gleichzeitig stimmten und stimmen ihre Abgeordneten, man sagt gegen gute Bezahlung, stets kremlkonform und sicherten so bis 2003 der Regierung eine Mehrheit jenseits der Kommunisten. Mit der Zweidrittelmehrheit von ER ist das nicht mehr nötig. Für Schirinowskij ist Ressentiment gegen alles und jeden Programm. Es sind immer »die Anderen« (Reichen, Fremden, Beamten), die »uns« (den einfachen Russen, dem großen russischen Volk, den hier Lebenden) etwas weggenommen haben, das »eigentlich« uns gehört. Diese mit gehörigem komödiantischem Talent vorgetragenen Anklagen bringen die LDPR bei Umfragen in die Nähe oder sogar knapp über die Sieben-Prozent-Hürde. Für die LDPR zu stimmen, ist eine Möglichkeit, es denen »oben« zu zeigen, ohne wirklich etwas zu riskieren.

Keine Wahlbeobachtung durch die OSZE

Erstmals seit dem Ende der Sowjetunion wird es bei Dumawahlen keine Wahlbeobachtung der OSZE geben. Lange konnten sich die OSZE und das russische Außenministerium nicht auf die Bedingungen einer Beobachtermission und die Zahl der internationalen Wahlbeobachter einigen. Hauptstreitpunkt war die Forderung der russischen Seite, die Wahlmission zu verpflichten, vor der Verkündung des amtlichen Endergebnisses keine öffentlichen Erklärungen und Bewertungen abzugeben. Vor vier Jahren hatte es zu großer Verstimmung im Kreml geführt, als OSZE-Vertreter schon wenige Tage nach der Wahl ihr Urteil, die Wahlen seien »frei aber nicht fair« gewesen, abgegeben hatten. Letztendlich einigte man sich auf eine Kurzwahlbeobachtung und 70 Wahlbeobachter. Erhebliche Verzögerungen bei der Visaausstellung für die Beobachter nahm die OSZE Mitte November dann zum Anlass, die Wahlbeobachtungsmission ganz abzusagen. Die Mission hätte angesichts der kurzen Zeit und der kleinen Anzahl von Wahlbeobachtern aber ohnehin große Probleme gehabt, Wahlfälschungen nachzuweisen. Die entscheidenden Manipulationen betreffen den Zugang zur Wahl und den Zugang zu den Massenmedien und haben längst stattgefunden. Eine Wahlbeobachtung durch die OSZE hätte kaum mehr als ein Feigenblatt für die russische Staatsführung werden können. Dieses Feigenblatt werden nun Wahlbeobachter aus den GUS-Staaten bilden. Sie werden, das ist angesichts von Erfahrungen in anderen GUS-Staaten unschwer vorauszusagen, noch in der Wahlnacht eine freie, gleiche und demokratische Wahl attestieren.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er als zehn Jahre in Moskau als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radio.

Lesetipps

- Wahlen in Russland. Deutsche Bank Research, 13. November 2007
http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD0000000000217768.pdf
- Yevgeny Volk: Who's Who in Russia's Parliamentary Elections. WebMemo No. 1706, November 20, 2007. Published by The Heritage Foundation
http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/upload/wm_1706.pdf
- Pro et Contra Journal, Volume 11, 2007, No 4–5, July–October (Title: »Successor's Burden« / in Russian)
<http://www.carnegie.ru/en/pubs/procontra/>

Nachfolgeproblem und Dumawahl

Jens Siegert, Moskau

Von Anfang an stand der Dumawahlkampf unter dem Eindruck der weit wichtigeren Entscheidung über Putins Nachfolge im Frühjahr 2008. Putin hat in den vergangenen Jahren immer wieder erklärt, er werde sich an die Verfassung halten, die ihm eine erneute Kandidatur verbietet. Er lehnte es auch wiederholt ab, für eine dritte Amtszeit die Verfassung zu ändern, obwohl er angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Möglichkeit dazu hätte. Damit steht er im Widerspruch zu einem großen Teil der politischen Elite und auch der russischen Bevölkerung. Diese Haltung führte schon früh zu Spekulationen, wen Putin dem Volk als seinen Nachfolger vorschlagen würde und was er selbst nach der Wahl machen werde.

Im Laufe des Jahres neigten politische Beobachter immer stärker zu der Annahme, Putin werde zwar seinen Posten als Präsident tatsächlich verlassen, im Hintergrund aber weiter eine wichtige politische Rolle spielen und eventuell zu einem späteren Zeitpunkt und damit verfassungskonform erneut das Präsidentenamt anstreben. Die zahlreichen und spekulativen Modelle, wie er das zu bewerkstelligen gedenke, lassen sich in drei große Kategorien einteilen: 1. Putin wird Premierminister und die Verfassung wird so geändert, dass aus dem präsidentialen ein parlamentarisches System wird; 2. Putin empfiehlt dem Volk einen zuverlässigen Vertrauten, der für eine Übergangszeit Präsident wird, dann zurücktritt und den Weg für eine verfassungskonforme erneute Kandidatur Putins frei macht; 3. Für Putin wird ein neues Amt geschaffen, in dem er, etwa Deng Hsiao Ping gleich, mehr qua persönlicher Autorität als durch formale Befugnisse weiter das Land lenkt.

Am 1. Oktober 2007 erklärte Putin auf dem Parteitag von »Einiges Russland« für die meisten Beobachter überraschend, er nehme das Angebot der Partei an, die Liste zur Dumawahl anzuführen. Er könne sich durchaus vorstellen, Premierminister zu werden, sagte Putin außerdem. Voraussetzung dafür sei ein Wahlsieg von »Einiges Russland« und die Wahl eines »anständigen, handlungsfähigen, effektiven und modernen Menschen« zum nächsten Präsidenten. Eine Änderung der Verfassung schloss Putin erneut kategorisch aus. Durch diesen Schritt sollte der Wahlsieg für »Einiges Russland« dank Putins überragender Popularität gesichert werden. Gleichzeitig erhielt Putin, wie er selbst später öffentlich mehrfach betonte, im Falle eines hohen Wahlsiegs von »Einiges Russland« das »moralische Recht« auch nach seiner Amtszeit als Präsident eine führende Rolle in der russischen Politik zu spielen. Tatsächlich schien diese Strategie anfangs auch aufzugehen. In ersten Umfragen nach Putins Ankündigung, Spitzenkandidat von »Einiges Russland« zu werden, stieg sowohl die Zustimmung zu ihm als auch zur Partei. Außer »Einiges Russland« und den Kommunisten schaffte es keine Partei mehr die Sieben-Prozent-Hürde zu überwinden. Die LDPR und das Gerechte Russland kamen auf 4-5 Prozent, für keine andere Partei wollten mehr als ein Prozent der Befragten stimmen. Dieser Trend hielt bis Ende Oktober und drehte sich dann um.

Dafür scheint es vor allem zwei Gründe zu geben. Zum einen durchbrach Putins Spitzenkandidatur das von ihm in seiner gesamten Amtszeit durchaus virtuos genutzte und den Menschen in Russland seit den Zeiten des russischen Imperiums und auch in der Sowjetunion wohlbekannte Schema des guten Zaren und der schlechten Bojaren. Putin steht, wie eine Art »Vater der Nation«, über der Alltagspolitik. Er gab, immer und immer wieder im Fernsehen inszeniert, den guten Führer, der sich, im Namen des Volkes und für das Volk, mit einer Schar böser, gerissener, unfähiger und räuberischer Minister, Beamter, Unternehmer und Gouverneure herumschlagen muss. Immer waren die anderen Schuld, weil sie seine Vorgaben nicht erfüllen konnten oder nicht erfüllen wollten. Erfolge wurden von der großen, aus dem Kreml gesteuerten Propagandamaschine dem Präsidenten zugeschrieben, Misserfolge den anderen. Die nun so plötzliche hergestellte Einheit von gutem Zar und bösen Bojaren überfordert aber offenbar die Wähler. Wenn der Zar sich zu den Bojaren gesellt, muss irgend etwas nicht stimmen. Das erzeugt Verwirrung anstelle des erhofften Vertrauens. Eine wachsende Zahl Wähler verweigert inzwischen die Zustimmung.

Dieser Effekt wird, und das ist der zweite Grund, von stark steigenden Preisen vor allem bei Lebensmitteln und anderen Waren, die zur Grundversorgung gehören und täglich von den Menschen gekauft werden, begleitet. Die Inflation beträgt in diesem Jahr voraussichtlich anstatt der angestrebten sieben mehr als zehn Prozent. Im Gegensatz zum oft virtuellen Spiel in der gelenkten Demokratie, in dem Dinge nach Wunsch der Regisseure oft ganz schnell erscheinen und wieder verschwinden oder ihre Gestalt verändern, sind die Preiserhöhungen und die Inflation so real wie der Putins Aufstieg begleitende wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen acht Jahre. Für die Preiserhöhungen sehen Wirtschaftsexperten vor allem zwei Gründe – und die sind beide von der russischen Regierung zumindest kurzfristig kaum zu beeinflussen. Zum einen wick die Regierung nach dem faktischen Scheitern der Reform der nichtmonetären Sozialleistungen am unerwartet star-

ken Protest der Bürger Anfang 2005 von ihrer bis dahin restriktiven Ausgabenpolitik ab. Politische Probleme werden seither, auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen, großzügig mit Geld zugedeckt, an dem es ja angesichts der Hausse der Energiepreise auf dem Weltmarkt nicht mangelt. Zum anderen ist die russische Wirtschaft inzwischen viel enger mit der Weltwirtschaft verflochten als noch vor einigen Jahren. Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt für Milchprodukte, Getreide und Energieträger, die aktuell auch in der EU spürbar sind, gehen am russischen Markt nicht mehr spurlos vorüber.

Der Kreml reagierte schnell auf den Misserfolg von Putins »Einiges Russland«-Spitzenkandidatur. Wladimir Putin kritisierte »Einiges Russland« bei einem von allen Nachrichtensendungen der landesweiten Fernsehkanäle als Aufmacher gesendeten Treffen mit Straßenbauarbeitern in einer Baubude bei Krasnojarsk am 13. November scharf. Die Partei habe viele Fehler und bis heute keine feste politische Ideologie, so Putin. Sie ziehe, wie alle Strukturen nahe der Macht, zudem jede Menge Gauner an. Trotzdem, versuchte Putin die Volte, unterstütze er diese Partei, weil es leider keine bessere gebe in Russland. Eine Stimme für »Einiges Russland« sei deshalb auch eine Stimme des Vertrauens zu ihm. So hört sich normalerweise kein Wahlkämpfer an.

Die Probleme mit Putins Spitzenkandidatur werfen die Frage auf, warum sich Putin zu diesem Schritt entschlossen hat. Eine nicht unbedeutende Rolle dürften die Auseinandersetzungen im Kreml um die Putin-Nachfolge spielen. Wer Präsident wird, hat weitreichende Auswirkungen auf das Machtgleichgewicht innerhalb der herrschenden Elite. Damit eng verbunden sind Fragen der Kontrolle über wirtschaftliche und politische Machtinstrumente, aber auch der persönlichen Sicherheit der Beteiligten. Bisher ist Putin als Person Garant der inneren Stabilität der Machtverhältnisse. Loyalität zum Präsidenten sichert die Beteiligten vor dem ganz tiefen Fall ab. Im Kreml ist im Spätsommer der Machtkampf zumindest zwischen zwei der fünf bis acht zu identifizierenden Machtgruppen offen ausgebrochen. Am 9.10.2007 erschien in der Tageszeitung Kommersant ein Artikel des Leiters der russischen Drogenbehörde Wiktor Tscherkessow. Tscherkessow, KGB-Karriereoffizier und Putin wohl auch persönlich nahestehend, warnte öffentlich vor einem »Krieg von Gruppen innerhalb der Geheimdienste«. Hintergrund war die Verhaftung mehrerer hochgestellter Beamter seiner Behörde, darunter einer im Generalsrang, durch das im vorigen Jahr neu geschaffene Untersuchungskomitee der Generalstaatsanwaltschaft. Bei der Auseinandersetzung geht es um Millionengeschäfte von Angehörigen unterschiedlicher Behörden, darunter aus dem Geheimdienst und dem Zoll. Beispiellos ist, dass diese Auseinandersetzung in die Öffentlichkeit getragen wurde. Das kann zweierlei bedeuten: Zum einen, dass der Hausherr, also Putin, nicht mehr die Macht und die Fähigkeit hat, einen derartigen Streit intern zu lösen. Zum anderen kann es eine Drohung einer internen Machtgruppe sein, die im Kampf um die Putinnachfolge zu unterliegen droht, dass sie diese Niederlage nicht einfach so hinzunehmen bereit ist. So oder so gibt es einen Vorgeschmack darauf sein, was droht, sollte Putin tatsächlich gehen. Die wichtige Botschaft ist, dass die Operation Nachfolge sehr riskant ist.

Diese machtingernen Auseinandersetzungen dürften auch eine Rolle bei der Entscheidung Putin gespielt haben, die Spitzenkandidatur von »Einiges Russland« anzustreben. Den unterschiedlichen Machtgruppen zeigte Putin so, dass er zwar zumindest vorübergehend als Präsident geht, im Hintergrund aber weiter als Schlichter und Garant des Gleichgewichts bleibt, dass sich unter ihm herausgebildet hat.

Die angespannte Situation hat zu großer Nervosität im Kreml, aber auch auf allen anderen Ebenen der sogenannten Machtvertikale geführt. Die Gouverneure wurden aus dem Kreml angewiesen, beim Preis ihrer Posten, eine hohe Wahlbeteiligung, vor allem aber einen hohen Sieg von »Einiges Russland« zu liefern. Das führte zu administrativen Angriffen an allen Fronten. Das russische Internet ist voll von Berichten darüber, wie regionale Behörden Druck auf Beschäftigte von staatlichen Einrichtungen und Betrieben, aber auch von Privatunternehmen ausüben. Vielen Menschen wird offenbar mit beruflichen oder sozialen Nachteilen oder dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht, um sie zum Eintritt bei »Einiges Russland« zu bewegen und dazu, am 2. Dezember für die Kremlpartei zu stimmen. Unter dem Eindruck des öffentlichen Unmuts über diesen den meisten Menschen in Russland noch wohlbekannten massiven administrativen Druck warnte Gleb Pawlowskij, einer der einflussreichsten Politechnologen, zwei Wochen vor der Wahl in seiner allsamstagabendlichen Fernsehsendung »Realpolitik« davor, solche Methoden würden von »Feinden Putins«, von einer »fünften Kolonne« angewandt, die der Reputation des Präsidenten schaden.

Die Auseinandersetzungen um die Nachfolge Putins drängen die Inhalte des Wahlkampfes weiter in den Hintergrund. Die staatliche Fernsehsender sind gesetzlich verpflichtet sind, den zur Wahl zugelassenen Parteien in den letzten vier Wochen vor der Wahl, der offiziellen Wahlkampfperiode, Prime-Time-Sendezeit zur Verfügung zu stellen. Sie tun dies morgens, am frühen Abend und am 22.50 Uhr bis kurz nach Mitternacht.

Protest gegen diese unattraktiven Sendezeiten wiesen die Verantwortlichen mit dem zynischen Hinweis ab, dass das erstens »Prime-Time« sei und zweitens die Zuschauer sich ohnehin nicht sonderlich für die Wahlsendungen interessierten. »Einiges Russland« weigerte sich, wie auch schon vor vier Jahren mit der Begründung, man spiele in einer anderen, höheren Klasse, an den Fernsehdebatten teilzunehmen. Über die Partei wird allerdings auch so oft genug in Nachrichtensendungen und politischen Magazinen berichtet und ihre Vertreter zu Interviews und Diskussionen eingeladen. Außerdem ist der »Einiges Russland«-Spitzenkandidat im russischen Fernsehen allgegenwärtig.

Das ODIHR sieht sich nicht in der Lage, die russischen Dumawahlen zu beobachten

Warschau, 16. November 2007

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) [*OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights*] hat den russischen Behörden mitgeteilt, dass das Büro nicht im Stande sein wird, ihrer Einladung, die Wahlen für die russische Staatsduma am 2. Dezember 2007 zu beobachten, zu folgen.

In einem Brief an die russische Zentrale Wahlkommission bedauerte der ODIHR-Direktor Christian Strohal diesen Ausgang, sagte jedoch, dass das ODIHR aufgrund von Verzögerungen und Restriktionen nicht in der Lage sein werde, sein Mandat wahrzunehmen.

Trotz einer verspäteten Einladung zur Beobachtung der Wahlen durch die russischen Behörden und trotz außerordentlicher Einschränkungen, die in der Einladung formuliert wurden, schickte sich das ODIHR daran, sein Mandat gewissenhaft und in gutem Glauben wahrzunehmen, indem es sich bemühte, trotz der vielen Einschränkungen, die der Institution auferlegt worden waren, eine Beobachtungsmission zu entsenden.

Das ODIHR beantragte, 20 Experten am 7. November und weitere 50 Beobachter am 15. November entsenden zu können. Trotz wiederholter Versuche, für Experten und Beobachter des ODIHR Einreisevisa in die Russische Föderation zu erhalten, sind Einreisevisa kontinuierlich verweigert worden.

Deshalb schließt das ODIHR daraus, dass die Behörden der Russischen Föderation nicht willens sind, ODIHR-Beobachter rechtzeitig und auf kooperative Weise zu empfangen und mit ihnen uneingeschränkt zusammenzuarbeiten. Daher erklärt das ODIHR zu seinem Bedauern, dass es sich nicht in der Lage sieht, sein Mandat unter diesen Umständen wahrzunehmen.

Presseerklärung des OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) vom 16.11.2007

Quelle: http://www.osce.org/odihr/item_1_27967.html

Pressestimmen zur Absage der Wahlbeobachtung durch das ODIHR

Spiegel (Hamburg), 19.11.2007

OSZE weist russische Vorwürfe zurück

»Es ist bedauerlich, dass uns keine andere Wahl gelassen wurde«, sagte der oberste Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Christian Strohal, in einem Reuters-Interview. [...]

Zudem warf das Außenministerium in Moskau Strohal indirekt vor, sich von den USA instrumentalisieren zu lassen. »Dieser Vorwurf entbehrt jeglicher Grundlage«, sagte Strohal dazu. Es sei reiner Zufall gewesen, dass er kurz vor der Absage der Russland-Mission eine Rede in Washington gehalten habe.

Es sei sehr ungewöhnlich, dass Russland die Visa-Erteilung für die Wahlbeobachter so lange hinausgezögert habe, sagte Strohal als Leiter des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR). Die OSZE entsende jedes Jahr zahlreiche Mitarbeiter in verschiedene Länder, ohne dass es jemals Visa-Probleme gebe. »So etwas ist uns noch nie passiert«, erklärte Strohal mit Blick auf das Verhalten der russischen Behörden. Es bleibe zu hoffen, dass sich das Problem bei der Präsidentenwahl im nächsten Jahr nicht wiederhole.

Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,518260,00.html>

Neue Zürcher Zeitung (Zürich), 16.11.2007

Keine Wahlbeobachtung der OSZE in Russland

[...] Das offizielle Russland reagierte gelassen und verlogen zugleich auf die Entscheidung des ODIHR. Es sei dessen gutes Recht, so zu handeln, beschied der Sprecher des Moskauer Außenministeriums süffisant. Doch hieß es in einer scharfen Erklärung der Behörde, der Grund dafür liege einzig im Chaos, das im ODIHR herrsche. Die Probleme seien vorgeschoben. Igor Borisow, ein Mitglied der Wahlkommission, kehrte den Spieß um und warf der Institution vor, nicht einmal ihre grundlegenden Verpflichtungen erfüllen zu vermögen. Das sei der letzte Beweis für die Notwendigkeit der Reform des Büros. [...]

Quelle: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/russland_wahlen_osze_1.585521.html

Kommersant (Moskau), 21.11.2007

Dumawahlen bleiben nicht ohne Aufmerksamkeit internationaler Beobachter (Michail Sygar u. a.)

[...] Die internationalen Beobachter haben gestern bezüglich der Dumawahlen eine endgültige Entscheidung getroffen. Es werden alle kommen, außer den Experten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Die Opposition setzt nur auf ihre Beobachter und glaubt, dass die Anwesenheit ausländischer Experten die Wahlen weder ehrlicher noch freier machen werde. [...]

»Wir sind bis jetzt alle zufrieden«, sagte der Leiter des Departments der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für zwischenparlamentarische Zusammenarbeit und Wahlbeobachtung Wladimir Dronow. [...]

Der offizielle Vertreter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Klas Bergman, versicherte dem Kommersant nur, dass auf jeden Fall Beobachter kommen und unbedingt ein ehrliches und unabhängiges Monitoring der Wahlen durchführen werden. [...]

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=827770&NodesID=2>

Komsomolskaja prawda (Moskau), 21.11.2007

Dmitrij Medwedew: Die Absage der OSZE ihre Beobachter zu entsenden ist entweder ein Fehler oder eine geplante Aktion (Faina Keller)

Der erste stellvertretende Premier der RF glaubt, dass die Entscheidung des ODIHR, ihre Beobachter nicht zu den Wahlen am 2. Dezember zu entsenden, ein Fehler ist. »Es ist eine merkwürdige Fehlposition, die aussieht, als wäre sie im Voraus so geplant gewesen.« [...] »Ich möchte keinen verdächtigen, aber unsere europäischen Kollegen schwiegen, obwohl man ihnen erklärt hatte, wie und wo man Visa bekommt, und verkündeten ihre Position erst nach einer Dienstreise in die USA«, bemerkte Medwedew. »Es ist möglich, dass es nur ein Zufall ist.« Laut Medwedew ist Russland offen für die weitere Zusammenarbeit mit der OSZE.

Quelle: <http://www.kp.ru/online/news/38745/>

Russland wählt. Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember

Petra Stykow, München

Zusammenfassung

Am kommenden Sonntag findet in Russland die Wahl zur Staatsduma, dem Unterhaus des nationalen Parlaments statt. Obwohl ihr Ausgang bereits entschieden scheint und überdies kaum Bedeutung für künftige Politikinhalte hat, beschäftigt sie politische Beobachter sehr: Es geht darum, wie viele und welche Parteien den Einzug ins Parlament erreichen und um die Eindeutigkeit der Mehrheitsverhältnisse in der neuen Duma. Noch mehr geht es darum, ob der Wähler das »System Putin« quasi-plebiszitär legitimiert, und es geht um Weichenstellungen für die Lösung der Frage, wer der nächste Präsident Russlands sein wird.

Ein langweiliger Wahlkampf?

Das vierte Mal seit der Gründung der Russischen Föderation finden am kommenden Sonntag nationale Parlamentswahlen statt. Elf Parteien bewerben sich um 450 Mandate, die nach dem Verhältniswahlrecht mit siebenprozentiger Sperrklausel vergeben werden. Ausländische Beobachter sind irritiert: Einerseits scheint die Wahl schon längst entschieden. Bereits seit Monaten gibt es niemanden mehr, der nicht einen klaren Sieg von »Einiges Russland« vorhersagen würde. Der Wahlkampf, der von der Partei und ihrem Spitzenkandidaten Wladimir Putin dominiert wurde, ist daher als Farce mit begrenztem Unterhaltungswert wahrgenommen worden.

Andererseits hat sich das politische Klima im November deutlich verschärft. Die Wahlen, die nominell dem Wettbewerb zwischen politischen Parteien um Sitze im Unterhaus des Parlaments gelten, sind in ein Plebiszit über Putin und seine Politik umgedeutet worden, und die Kampagne erreichte die Straße: Auf Großkundgebungen forderten Bürger die Änderung der Verfassung, damit Putin – der dies nach wie vor ausschließt – eine dritte Amtszeit Präsident bleibe. Am 15. November gründeten Initiativgruppen aus fast allen Regionen des Landes die Bewegung »Für Putin!«. Am letzten Wochenende vor der Wahl fanden in einer Reihe von Städten »Märsche der Unzufriedenen« statt, an denen erstmals nicht nur die heterogene Allianz des »Anderen Russland«, sondern auch offizielle Vertreter der liberalen Opposition teilnahmen. In Moskau versammelten sich am 24. November zwei- bis dreitausend Menschen. Es kam zu Zusammenstößen mit Spezialeinheiten des Innenministeriums. Garri Kasparow, die Galionsfigur der außerparlamentarischen Bewegung »Anderes Russland«, wurde wegen Störung der öffentlichen Ordnung und der Organisation nicht genehmigter Protestaktionen zu einer fünftägigen Haftstrafe verurteilt. Am 25. November wurden in St. Petersburg bei einem solchen Marsch mehrere Politiker der Opposition für einige Stunden festgehalten, darunter Boris Nemzow, einer der Spitzenkandidaten der liberalen »Union der rechten Kräfte«.

Warum hat die langweilige Kampagne für eine scheinbar bereits entschiedene Wahl für eine Institution, die politisch sekundär ist, sich derart zugespitzt? Was bedeuten diese Wahlen tatsächlich?

Wahlen als Technik der Elitenrekrutierung

In Demokratien erfüllen Wahlen mehrere Funktionen. Als Technik der Elitenrekrutierung sind sie eine Alternative zur Besetzung politischer Schlüsselämter, die in anderen politischen Systemen beispielsweise per Erbfolge, Selbsternennung oder Ämterkauf erfolgt. Sie stellen deshalb auch das mächtigste Kontrollinstrument der Bürger über die politischen Eliten dar. Zwar liefert die Stimmabgabe keine spezifischen Informationen über den »Willen des Volkes«, wohl aber ein generalisierendes Votum über die Regierenden: Während die Wieder- oder Abwahl von Politikern Auskunft über die allgemeine Zufriedenheit mit der Politik der vergangenen Wahlperiode und Erwartungen an die Zukunft gibt, signalisiert eine hohe Wahlbeteiligung, dass die Verbindung zwischen dem Souverän und seinen Repräsentanten intakt ist. Wahlen sind daher auch die wichtigste Institution für die Legitimitätssicherung von Demokratien.

Analysiert man die bevorstehende Dumawahl vor diesem Hintergrund, fällt zunächst auf, dass sie als Technik der Elitenrekrutierung von minderer Bedeutung ist. Zum einen, weil die Auswahl unter Alternativen faktisch beschränkt ist. Die Wahlkampagne hat den Bürgern weder umfassende noch ausgewogene Informationen über die Konkurrenten geliefert. Die favorisierte Partei verfügt über einen uneinholbaren Vorsprung, weil sie vom Zugang zu den »administrativen Ressourcen« (der Staatsorgane auf allen Ebenen) und zur »Personal-

ressource Putin« profitiert. Zum anderen aber sind die Wahlen deshalb von geringer Relevanz für die Elitenrekrutierung, weil die Duma im Institutionengefüge des Regierungssystems ein schwaches Glied ist. Anders als in parlamentarischen Regierungssystemen ging bisher aus keiner Wahl (1993, 1999, 2003) ein neues Kabinett hervor; anders als in einer präsidentiellen Demokratie agiert die Duma aber auch nicht als »korporatives« Gegengewicht zur präsidentiellen Exekutive.

Wahlziel: Legitimation des »Systems Putin«

Für die Legitimität des »Systems Putin« sind die bevorstehenden Wahlen jedoch von größter Bedeutung. Russland ist laut seiner Verfassung eine Demokratie. Zwar mögen in der Realität die Standards westlicher liberaler Demokratien mehr oder weniger gründlich verfehlt werden, die politischen Eliten können ihrem Selbstverständnis nach jedoch keineswegs auf die Zustimmung der Bürger verzichten. Das von Putin seit dem Jahr 2000 verfolgte Projekt der »gelenkten Demokratie« enthält eine prinzipielle Einschränkung der Wahlfreiheit, indem der zentralisierten Exekutive das Recht zugestanden wird, den *idealerweise* freien Wettbewerb um politische Ämter zu steuern und zu limitieren – unter Verweis auf die »Unreife« des politischen Systems und der Gesellschaft. Zur Rechtfertigung dieser paternalistischen Begründung bedarf die »gelenkte Demokratie« jedoch eines generalisierten Mandats durch die Bevölkerungsmehrheit.

Indem Putin am 1. Oktober seine Spitzenkandidatur für die Partei »Einiges Russland« erklärte, forderte er dieses generalisierte Mandat ein. Die Dumawahl wurde durch die Parteiführung zu einem »Referendum zur Unterstützung Putins« erklärt. Dank dieses bemerkenswerten Relaunchs verwandelte sie sich aus einer zweit-rangigen Prozedur der Personalrekrutierung in ein Plebiszit über die bisher achtjährige Regierungszeit Putins und damit in eine Schicksalswahl für Russland. Ein zunehmend aggressiver Angriffswahlkampf gegen die »Feinde Russlands« wurde inszeniert. Er richtete sich weniger gegen konkurrierende Parteien, als gegen vage konturierte Gruppierungen – diejenigen, die Ende der 1980er Jahre die Sowjetunion zerstört und das Land in die Armut getrieben hatten, diejenigen, die in den 1990er Jahren nicht den nationalen Interessen, sondern denen der »Oligarchen« dienten, und diejenigen, die sich gegenwärtig von ausländischen Mächten finanzieren lassen. Aus einem Wettbewerb zwischen politischen Parteien wurde so eine Kampagne gegen die Feinde von Staat und Gesellschaft.

Das Ziel der Propagandakampagne besteht in der maximalen Mobilisierung des Elektorats, um bei hoher Wahlbeteiligung die absolute Mehrheit für »Einiges Russland« im Parlament zu erzielen. Wie wichtig dies ist, zeigt die komplementäre Anweisung der Präsidialverwaltung an die Gouverneure in den Regionen, am Wahltag eine Beteiligung von mindestens 70 % der Wähler sowie ein Abstimmungsergebnis zu sichern, das den Stimmenanteil Putins bei der Präsidentschaftswahl von 2004 (71 %) mindestens erreicht. Jedes andere Ergebnis würde angesichts der überlegenen Wettbewerbsposition des Favoriten Zweifel daran säen, ob das erwünschte allgemeine Wählermandat tatsächlich erteilt worden ist. Die Prognosen der Wahlforscher, die Wahlbeteiligung werde bei etwas über 50 % liegen, erhöhen daher die Spannung durchaus. Träfen sie zu, würde die Wahlbeteiligung das Niveau von 2003 (55,8 %) und 1999 (61,9 %) recht deutlich verfehlen. Bisher hatten Wähler die Chance, in der Wahlkabine ihre Stimme nicht nur für einen bestimmten Kandidaten bzw. eine Partei, sondern auch »gegen alle Kandidaten« abzugeben. Weil das neue Wahlreglement diese Option nicht mehr vorsieht, könnte eine höhere Wahlabstinenz zu großen Teilen tatsächlich als Wählerprotest gegen das gesamte »System Putin« interpretiert werden.

Wahlziel: Verfassungsändernde Parlamentsmehrheit

Die extrem polarisierende Wahlkampagne lässt dem Bürger, so er sich zur Stimmabgabe entschließt, nur die Wahl für oder gegen Putin. Dies bedeutet sowohl für oder gegen die Partei »Einiges Russland« als auch für oder gegen die gesamte politische, ökonomische und soziale Bilanz der letzten acht Jahre. Die Folge dieses Wahlkampfes könnte daher eine nachhaltige Spaltung der Wählerschaft in zwei große Gruppen sein, wie sie bisher nicht bestand. Da nach allgemeiner Ansicht weder Jabloko noch die Union der rechten Kräfte eine realistische Chance haben, die Sperrklausel zu überwinden, ist es nicht ausgeschlossen, dass auch viele liberal eingestellte Wähler für die Kommunistische Partei votieren. Erstmals würden sich dann die kommunistische und die liberale Opposition in einem gemeinsamen politischen Lager wiederfinden.

Hier lässt sich ein weiteres Argument für die Bedeutung der Dumawahl finden: Der Wählerwille soll »Einiges Russland« die verfassungsändernde Mehrheit im Parlament bringen, um dem künftigen Präsidenten die volle Handlungsfreiheit in der Legislative zu sichern. Die »Partei der Macht« hatte eine solche Mehrheit bereits in der gegenwärtigen Duma inne, sie verdankte sich jedoch nicht unmittelbar dem Wahlergebnis (223 von 450 Sitzen im Dezember 2003), sondern erst dem nachfolgenden Beitritt nominell unabhängiger Kan-

didaten zu ihrer Fraktion. Da dieser Weg zu einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit aufgrund des geänderten Wahlgesetzes inzwischen verschlossen ist, muss sie unmittelbar durch das Stimmresultat erreicht werden. Wahlprognosen anhand von Umfragen zeigen, dass dieses Ziel nicht unrealistisch ist. Ob es erreicht wird, hängt vermutlich davon ab, wie viele weitere Parteien schließlich ins Parlament einziehen werden. Relativ sicher erscheint dies für die Kommunistische Partei, unsicher (aber möglich) für die Liberaldemokratische Partei Schirinowskij und die zweite pro-präsidentielle Partei »Gerechtes Russland«. Das Wahlergebnis ist daher auch von Bedeutung für die mittelfristige Struktur des Parteiensystems.

Dumawahl und Nachfolgefrage

Der wichtigste Aspekt, unter dem die Bedeutung der Dumawahlen zu interpretieren ist, besteht in ihren Auswirkungen auf die innenpolitische Stabilität angesichts einer Regimekrise, die durch das sogenannte »Problem 2008« herangereift ist. Es handelt sich um die Frage, wer der nächste Präsident Russlands sein wird. Dieses Nachfolgeproblem belastet die politische Situation zunehmend.

Die Macht des russischen Präsidenten stützt sich einerseits auf einen zentralisierten bürokratischen Apparat, andererseits auf ausgedehnte interpersonelle Netzwerke. Der konkreten Person, welche die Fäden dieser Macht in den Händen hält, kommt daher zentrale Bedeutung für die Stabilität des Regimes zu. Sie kontrolliert den Zugang zu allen wichtigen politischen wie ökonomischen Ressourcen und balanciert die Ansprüche konkurrierender Elitenfraktionen aus. Die Frage des Machttransfers auf eine neue Person, wenn der bisherige Amtsinhaber (aus welchen Gründen auch immer) ausscheidet, bildet daher eine Art »Sollbruchstelle« in Regimes mit einer solchen Herrschaftsstruktur, die nicht nur das postkommunistische Russland auszeichnet, sondern auch die meisten anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion: Die Spitzenposition in diesem System muss aus Gründen der Legitimationsbeschaffung zwar formal aufgrund eines Wählervotums besetzt werden. Faktisch jedoch können sich die Eliten darauf nicht einlassen, da es nicht um die Bestimmung von Repräsentanten des *demos* durch diesen selbst geht, sondern um die Auswahl eines Managers intraelitärer Allianzen und Verteilungskonflikte. Die Nachfolgefrage muss also in der Sache bereits vor dem offiziellen Wahltermin entschieden werden, während sie der Form nach bis dahin offen zu bleiben hat.

Dieser Spagat ruft zwangsläufig politische Unsicherheit hervor, weil es mehrere Elitenfraktionen gibt, die den jeweils eigenen Repräsentanten durchzusetzen versuchen, so dass sich Strategien und Gegenstrategien überkreuzen und die Lage eskalieren kann. Bezeichnend ist, dass die intraelitären Auseinandersetzungen zwar in irgendeiner Form nach außen dringen – etwa in Form von Gerüchten, unerwarteten personellen Rochaden, rhetorischen Attacken usw., sich jedoch nicht unmittelbar und eindeutig in die Konkurrenz politischer Parteien übersetzen. Deshalb verläuft der Wahlkampf auf der strukturellen Ebene der Parteien eher langweilig. Er gewinnt seine Spannung erst dann, wenn er substantiell darüber hinausgeht, wie die Umdeutung »einfacher« Parlamentswahlen in ein Referendum über das Gesamtsystem und die Angriffe gegen die »Feinde Russlands« zeigen.

Ziel der Wählermobilisierung: Revolutionsprävention

Falls die herangereifte Frage des Machttransfers nicht vorab intraelitär entschieden wird oder falls der Wähler den intraelitären Personalkompromiss nicht bestätigen sollte, wird die Lage dramatisch. In solchen Situationen kam es in Georgien 2003, der Ukraine 2004 und Kirgisien 2005 zu »bunten Revolutionen«, weil bisher nicht in das politische Machtzentrum integrierte Elitengruppen Allianzen mit mobilisierbaren Bevölkerungsgruppen eingingen. Damit konnten sie das Fehlen eigener »administrativer Ressourcen« kompensieren. Sie präsentierten mit ihrem Spitzenkandidaten eine echte personelle Alternative, der als »lupenreiner Demokrat« durch die Unterstützung »von unten« getragen wurde und daher den plebiszitären Legitimationsanspruch des Regimes gegen dieses selbst zu wenden vermochte. Die Regimekrisen, die in beiden Ländern dadurch ausgelöst wurden, halten bekanntlich noch immer an.

Sowohl der Angriffswahlkampf Putins als auch die »von oben« gesteuerte Mobilisierung »von unten« können daher als Präventivmaßnahme gegen eine drohende »bunte Revolution« interpretiert werden. Sie ergänzen die seit Jahren verfolgte »negative Strategie« der systematischen Einschränkung von Chancen der oppositionellen Mobilisierung um eine »positive Strategie« – die Gegenmobilisierung der Gesellschaft und die Schaffung von Feindbildern, die bei Bedarf jederzeit namentlich präzisiert werden können. Dies verweist auf eine differenzierte Lernfähigkeit Putins und seiner Umgebung.

Die (Über-)Parteilichkeit des Präsidenten und die Nachfolgefrage

Seit vielen Monaten kursieren immer neue Szenarien für die Lösung des Nachfolgeproblems. Im Dumawahlkampf traten einige neue Schachzüge der beteiligten Akteure, Zugmöglichkeiten und -zwänge hervor, die ihn zu einem wichtigen Schritt in diesem Prozess gemacht haben: Die Nominierung Putins als Spitzenkandidat von »Einiges Russland« brach auch offen mit der – von Jelzin begründeten und von Putin bis dahin stets verteidigten – Tradition der Überparteilichkeit des Präsidenten. Dies entschied zum einen schlagartig den Wettbewerb zwischen den zwei pro-präsidentiellen Parteien »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland«. Er war seit dem Sommer 2006 als Experiment der Präsidentschaftsadministration auf der Suche nach einem der »gelenkten Demokratie« angemessenen Parteiensystem interpretiert worden. Nunmehr hat sich zunächst das sogenannte »mexikanische Modell« mit einer hegemonialen Partei und kleineren, mehr oder weniger oppositionellen Parteien durchgesetzt und die Variante eines Systems aus zwei tendenziell gleichstarken, präsidententreuen Parteien verdrängt, die alternierend das Parlament dominieren und vom Präsidenten bei Bedarf gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Gleichzeitig wechselte damit auch das institutionelle Experimentierfeld: Als Spitzenkandidat der stärksten Partei, so wurde vermutet, könnte Putin Premierminister und damit sein eigener Nachfolger werden, ohne dass es einer verfassungswidrigen dritten Amtszeit als Präsident bedürfte. Die Bedingung dafür bestünde lediglich in einer (leicht zu begründenden) Verfassungsänderung, mit der das Regierungssystem vom bisher formal semi-, faktisch aber »super«-präsidentiellen in ein parlamentarisches System umgewandelt werden müsste.

Ende Oktober verwarf Putin diese Option offiziell, jedoch ist die Überparteilichkeit des Präsidenten aufgrund seiner klaren politischen Positionierung für »Einiges Russland« bedeutungsvoll. Für Putin bietet das offene Bekenntnis zur »Partei der Macht« sowohl Vor- als auch Nachteile: Sie dürfte viele Wähler dazu motivieren, ihre Stimme für sie abzugeben, um den Erfolg des Quasi-Plebiszits zu sichern. Andererseits macht sie Putin eher zum Partei- als zum »nationalen Führer« und schränkt seine Handlungsoptionen damit ein, wenn er nicht wieder auf Distanz geht. Gleichzeitig hat sein Bekenntnis zu »Einiges Russland« eine politische Polarisierung provoziert, die als mutwilliges Spiel mit dem Feuer erscheinen kann – wenn sie nicht überhaupt ihren Zweck verfehlt: Die eigentliche Gefahr für die innenpolitische Stabilität Russlands geht weitaus weniger von einer latent unzufriedenen Bevölkerung und der »systemischen Opposition« aus als von den internen Spaltungen innerhalb der herrschenden Elite. Zwar dürfte Russland keine »bunte Revolution« bevorstehen, jedoch ist noch immer nicht klar, ob sich seine Elitenfraktionen konfliktarm auf einen starken Nachfolger im Präsidentenamt einigen können.

Wie weiter?

Putin, der am 2. Dezember mit Sicherheit ein Parlamentsmandat erringen wird, muss sich danach entscheiden: Die Annahme des Mandats würde seinen Rücktritt als Präsident erfordern und ihm die Chance eröffnen, Vorsitzender der Duma oder Regierungschef zu werden; vielleicht würde es sogar als verfassungskonform interpretiert werden, träte er im März 2008 aus einer solchen Position heraus als Kandidat für eine neuerliche Präsidentschaft an. Nähme er das Mandat hingegen nicht an, könnte er bis zum Ende seiner Amtszeit Präsident bleiben, was andere Optionen eröffnen würde, darunter die derzeit viel diskutierte Idee, ihn in den – konstitutionellen oder extrakonstitutionellen – Rang eines »nationalen Führers« zu erheben. Dies würde die institutionelle Redundanz des politischen Systems Russlands freilich auf die Spitze treiben und Potential für heftige institutionelle Konflikte bergen, weil es aufgrund seines »superpräsidentiellen« Designs bereits über einen mächtigen personalisierten Schlüsselakteur verfügt.

Alle derzeit diskutierten Szenarien sind, vom Standpunkt der Regimestabilität aus gesehen, höchst riskant. In den nächsten Wochen sind neue Erkenntnisse zu erwarten, welche Optionen realistisch sind und welche gegebenenfalls aufgrund des Wahlergebnisses neu entstehen. Zur Erinnerung: Das Nachfolgeproblem, das im Jahre 1999 angestanden hatte, wurde durch den Rücktritt des Amtsinhabers zwei Wochen nach der Dumawahl gelöst. Der erst kurze Zeit zuvor ernannte Premierminister übernahm dessen Amt und wurde wenig später per Wahl darin bestätigt. In der Folgezeit löste er sich geschickt aus der Abhängigkeit von seinem Ziehvater – der sich nicht zum »nationalen Führer« erheben ließ, sondern aus der Politik zurückzog. Dennoch ging die Konsolidierung des Regimes nicht ohne die selektive Bekämpfung einiger mächtiger Elitenfraktionen ab.

Die Dumawahl am kommenden Sonntag und die Präsidentenwahl am 2. März kommenden Jahres gehören untrennbar zusammen. Es handelt sich um die beiden einzigen vorab öffentlich bekannten Daten in einem Prozess, in dem ein Nachfolger für den amtierenden Präsidenten gefunden werden muss, welcher die Kontinuität des »Systems Putin« sichern kann. Dass Putin, wie Beobachter gern unterstellen, souveräner Gestalter die-

ses Prozesses ist und die Öffentlichkeit bisher lediglich aus taktischen Gründen im Unklaren über seine Pläne lässt, kann angesichts der politischen Dynamik der letzten Wochen mit gutem Grund bezweifelt werden.

Über die Autorin

Petra Stykow ist Professorin für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Russland vorm Abgrund? Putins Wahlkampfrede vom November 2007 als Gezeitenwechsel der postsowjetischen Politik

Andreas Umland, Nationale Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw

Präsident Putins Rede auf dem »Forum der Anhänger Wladimir Putins« am 21.11.07 in Moskau könnte einen Wendepunkt in der Entwicklung des postkommunistischen Russlands darstellen. In einer Rede im Stadion von Lushniki, gewissermaßen auf dem Höhepunkt seiner Duma-Wahlkampagne, warnte der russische Präsident, indem er sich offensichtlich auf die politisch schwache, doch öffentlich weiterhin präsente liberale Bewegung bezog, vor »jenen, die sich leider noch innerhalb des Landes befinden, die wie Schakale (kto »schakalit« u) an den ausländischen Botschaften, den ausländischen diplomatischen Repräsentanzen herumschleichen, (sowie) mit der Unterstützung ausländischer Stiftungen und Regierungen und nicht der Unterstützung des eigenen Volkes rechnen.« Dass Putin dabei nicht gesellschaftliche Randphänomene wie Eduard Limonows sog. Nationalbolschewiken meinte, wird an seiner Spezifizierung deutlich, dass es sich hier um jene handelt, »die in den Neunzigern hohe Posten bekleideten« und »deren Namen man (heute) unter den Kandidaten und Sponsoren einiger Parteien finden kann.« Das seien, sagte Putin, »diejenigen, die in der schwierigsten Periode der terroristischen Intervention gegen Russland (aus Tschetschenien) verräterisch zu Verhandlungen und im Kern zu einer Übereinkunft mit Terroristen, mit jenen, die unsere Kinder und Frauen töteten, aufgerufen und auf gewissenloseste und zynischste Art und Weise mit den Opfern spekuliert haben. Kurz gesagt, dies sind all jene, die am Ende des vergangenen Jahrhunderts Russland zu Massenarmut und allgegenwärtiger Bestechung geführt haben (...).«

Derlei Interpretationen sind, wie auch das von Putin in München im Februar gezeichnete manichäische Bild der heutigen Weltpolitik, nichts Neues in Russland. Bisher war die Idee, dass die Demokraten Landesverräter und Volksfeinde seien und daher des Landes verwiesen werden müssten, allerdings eine Prerogative der Rechtsextremisten und nationalistisch gewendeten Kommunisten. Dies ist was Shirinowskij, Sjaganow, Baburin, Prochanow, Dugin und Co. seit Jahren predigen: Die Liberalen sind keine bloßen politischen Opponenten, sondern eine »fünfte Kolonne« bzw. »Einflussagenten« des Westens, die als Kriminelle behandelt werden müssen.

Es ist Wahlkampf in Russland, mag man einwenden. Auch in westlichen Demokratien verlauten Politiker zuweilen bizarre Dinge, zumal während ihrer Wahlkampagnen. Russlands heutiges soziopolitisches System ist jedoch keine westliche Demokratie, sondern wird von Putins »Machtvertikale« definiert. Die »Machtvertikale« durchdringt nicht nur die Zentralregierung und Putins Partei »Einiges Russland«, sondern auch regionale und lokale Verwaltungen, andere Parteien, *big business*, die Zivilgesellschaft, Massenmedien und die politische Publizistik. Russlands politisches System ist quasi byzantinisch und orientiert sich an der Figur des semiheiligen »nationalen Leaders«, der die Entwicklungsrichtung des Landes bestimmt und dessen öffentlich geäußerte Worte vorgeben, was politisch erlaubt ist und was nicht.

Putin hat daher – insbesondere mit seiner in den russischen Medien bereits vielfach wiederholten Phrase von jenen, »die sich leider noch innerhalb Russlands befinden«, – eine Pandorabüchse geöffnet. Der russische Präsident hat mit einem Schlag tausende und abertausende Seiten paranoiden und konspirologischen Inhalts legitimiert, die in den letzten 20 Jahren in Russland verbreitet wurden – in Periodika und Büchern und in jüngerer Zeit auch im Internet. Die Kremladministration mag derzeit keine Pläne hegen, politisch Andersdenkende *en masse* zu deportieren. Sie könnte sich jedoch in einigen Jahren mit dahingehenden Forderungen der russischen Öffentlichkeit konfrontiert sehen. Es ist zu befürchten, dass nach Putins Schleusenöffnung Legionen nationalistisch gesinnter Politiker, Beamter, Journalisten, Publizisten und Wissenschaftler Russlands nun laut darüber nachdenken werden, wie genau Putins Worte zu interpretieren sind und sein offener Wille zu erfüllen ist.

Die Bewegung »Für Putin« etwa produzierte nur wenige Tage nach Putins Rede ein Video über die politische Opposition mit dem Titel »Schakale«, mit dem sie sich offensichtlich auf die Verwendung des Verbs »*schakalit'*« in Putins Rede vom 21. November bezog. Damit werden Regierungskritiker »entmenschlicht« – eine gefährliche Entwicklung. Putins jüngste Entgleisungen sind ein Spiel mit dem Feuer, das das Land dem Geist seiner Verfassung und der europäischen Staatenfamilie weiter entfremden wird.

Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (www.ibidem-verlag.de/spps.html) und Moderator der Webseite/Mailingliste »Russian Nationalism« (groups.yahoo.com/group/russian_nationalism/).

Das Wahlergebnis

Genügend Legitimation für einen »Schattenpräsidenten«?

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Das Ergebnis der Dumawahl stellte keine Überraschung dar. Nach einer sehr einseitigen Wahlkampagne errang die von Putin unterstützte Partei »Einiges Russland« 64 % der Stimmen. In der 5. Duma wird sie – wie schon bisher – über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Mit diesem Ergebnis konnte die Präsidentialadministration ein Parteiensystem konsolidieren, das von »administrativen Parteien« dominiert wird. Da diese Parteien jedoch auf Dauer ohne Unterstützung »von oben« nicht lebensfähig sind, bedeutet das nicht, dass das System nun stabilisiert ist.

Die Dumawahl hat auch keine Lösung für das Nachfolgeproblem gebracht. Als Spitzenkandidat von »Einiges Russland« hatte Putin versucht, sich durch ein Quasi-Referendum langfristig als politische Autorität zu legitimieren. In einer ganzen Reihe von Regionen sind die Wahlergebnisse aber aus Putins Sicht unbefriedigend. Erst die Vorstellung des Präsidentschaftskandidaten von »Einiges Russland« am 17. Dezember wird hier etwas mehr Klarheit bringen.

Keine Überraschung ...

Niemand war vom Ergebnis der Dumawahlen am 2. Dezember 2007 sonderlich überrascht. Die Partei »Einiges Russland«, die Präsident Putin als Spitzenkandidat präsentiert hatte und in den Massenmedien offensiv präsentiert wurde, errang die erwartete Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Mit 64 % der Stimmen ließ »Einiges Russland« die konkurrierenden Parteien weit hinter sich: Die Kommunistische Partei (KPRF) erhielt mit unter 12 % ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Ende der Sowjetunion und auch Shirinowskij's Liberaldemokraten (LDPR) blieben mit 8 % deutlich unter dem Resultat von 2003. »Gerechtes Russland«, das links der Mitte angesiedelte Gegenstück zu »Einiges Russland«, überwand nur mit knapper Not die Sieben-Prozent-Hürde.

Diese vier Parteien gelangten in die Duma, in der in Zukunft die Systemopposition der Kommunisten mit 57 Sitzen den 315 Sitzen der Präsidentenpartei gegenüberstehen wird. »Gerechtes Russland« mit 38 und die LDPR mit 40 Mandaten werden die Front der systemkonformen Kräfte verstärken – von beiden ist keine Opposition gegen Präsident und Regierung zu erwarten.

Jabloko und die »Union der Rechten Kräfte«, jene Parteien, die in ihrer Auffassung am ehesten Prinzipien einer parlamentarischen Demokratie vertreten, gelangten nicht ins Parlament. Mit 0,96 % respektive 1,07 % unterboten sie noch ihr schlechtes Ergebnis bei den Dumawahlen 2003. Der politische Liberalismus in Russland ist damit auf einem Tiefpunkt angelangt. Gewiss ist das auch Ergebnis der offiziellen Meinungsmache im Wahlkampf – Putins fremdenfeindlicher Ausfall gegen die »Schakale«, die bei ausländische Botschaften nach Aas Ausschau halten, war nur zu deutlich auf sie gemünzt. Doch das Scheitern des russischen Liberalismus ist auch Ergebnis der Unfähigkeit, sich angesichts der Übermacht der Präsidentialadministration zusammenzuschließen und der städtischen, gebildeten Wählerschaft eine Alternative zu bieten – dem sozialpatriotischen und fremdenfeindlichen Diskurs Themen wie Modernisierung und politische Selbstbestimmung gegenüberzustellen.

Ein bisschen Wahlfälschung?

Russische Wahlbeobachtungsorganisationen wie die NGO »Golos« und Beobachter aus dem Ausland wie die Vertreter des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kritisierten den Wahlgang. Lilia Schibanowa von »Golos« monierte, dass Wahlbeobachter behindert, dass in Wahllokalen regelwidrig für Parteien geworben und das Wahlgeheimnis missachtet wurde. Und Luc van den Brande, der Leiter der Beobachter des Europarats sprach von einer »gelenkten Wahl«.

Gewiss ist das Ergebnis der Abstimmung vor allem der breit angelegten Medienkampagne geschuldet, die »Einiges Russland« eindeutig bevorteilte. An den regionalen Wahlergebnissen ist auch der massive Einsatz »administrativer Ressourcen« ablesbar, mit dem Wähler veranlasst wurden, ihre Stimme für die Partei des Präsidenten abzugeben. In den Republiken Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Mordwinien, Karatschajewo-Tscherkessien, Dagestan, Baschkortostan und Tatarstan machten die örtlichen Verwaltungen offenbar weiter keine Umstände: dort lag nicht nur die Wahlbeteiligung mit 80–90 % der Wahlberechtigten deutlich über dem Durchschnittswert (64 %), auch die Zustimmung für »Einiges Russland« erreichte dort mit 81–99 % Rekordhöhe. Es ist schwer vorstellbar, dass diese Resultate auf regulärem Wege erzielt wurden. Eigentlich stellt sich nur

die Frage, ob sich die Verantwortlichen hier die Mühe des *ballot stuffing* gemacht haben und tatsächlich Wahlzettel ausgefüllt und in die Urne gestopft haben, oder ob sie kühlen Herzens die Wahlprotokolle fälschten.

Andererseits liegen die Abstimmungsergebnisse in Moskau, Petersburg, Wolgograd oder Nishnij Nowgorod und vielen anderen russischen Städten so deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt, dass dies nicht den Vorstellungen der Putin-Administration entsprochen haben kann. Man muss daher davon ausgehen, dass die Wahl dort technisch korrekt durchgeführt worden ist. Das bestätigt auch Luc van den Brande, der die Abstimmung als »technically good« bezeichnete. Das würde auch mit den Erfahrungen früherer Duma- und Präsidentenwahlen übereinstimmen, die in der Mehrzahl der russischen Regionen korrekt durchgeführt wurden. Dennoch werfen die Wahlergebnisse in jenen etwa 20 Territorialwahlkreisen mit einer Wahlbeteiligung von 80 % und mehr, die kaum auf regulären Wege zustande gekommen sein dürfte, ein schlechtes Licht auf den gesamten Prozess – und auf die russischen Wahlbehörden, die keine Anstalten machen, solchen Verdachtsmomenten nachzugehen.

Entwicklungstendenzen des Parteiensystems

Schaut man über die Tagesereignisse hinaus und betrachtet man die Ergebnisse der Dumawahlen seit 1993, so wird deutlich, welche Fortschritte die Präsidentialadministration bei der Lenkung der Wahlen gemacht hat. Waren Jelzins Mitstreiter im Dezember 1993 noch völlig überrascht, dass die favorisierten liberalen Parteien schlecht abschnitten und Shironowskij LDPR stärkste Partei werden konnte, und erreichte Tschernomyrdins »Unser Haus Russland« 1995 gerade 10 %, stellte sich die Situation bei den Dezemberwahlen 1999 schon ganz anders dar. Für diese Abstimmung, der erhebliche politische Bedeutung zukam, da sie die Präsidentenwahlen des Jahres 2000 vorbereitete, bei denen es um die Nachfolge Jelzins ging, wurde einerseits die Partei Einheit (»Bär«) gegründet, die Jelzin nahe stand und bei deren Bildung der Finanzmagnat Boris Beresowskij eine Schlüsselrolle spielte, und andererseits die Bewegung Vaterland-Ganz Russland, in der mit dem Moskauer Bürgermeister Lushkow und dem damaligen Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow Jelzins Rivalen sich eine politische Basis verschaffen wollten. Zwar wurde die KPRF 1999 mit 24 % stärkste Partei, doch erreichten die beiden neu gegründeten »administrativen Parteien« (bzw. »Parteien der Macht«) aus dem Stand 23 % respektive 13 %.

Nach dem Wechsel von Jelzin zu Putin gelang es der Präsidentialverwaltung, in der Wladislaw Surkow seit 1999 als Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration zu einer Schlüsselfigur russischer Innenpolitik wurde, die beiden konkurrierenden Bewegungen unter dem Namen »Einiges Russland« zusammenzufassen. Bei den folgenden Wahlen im Jahre 2003 erreichte sie über 37 % der Wählerstimmen und gewann in der Duma infolge der Aufsplitterung der Opposition und der Einbindung von Einzelkandidaten eine Zweidrittelmehrheit. 2007 konnte sie diesen Erfolg durch eine Parteienreform und die Änderung der Wahlgesetze konsolidieren. Die »Partei der Macht« monopolisierte administrative und Medienressourcen und konnte daher alle anderen politischen Kräfte marginalisieren. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Partei »Einiges Russland« ohne den administrative Beistand lebensfähig ist, ob sie nicht in dem Moment auseinander fällt, in dem die Präsidentialadministration und die regionalen Verwaltungen ihre Unterstützung zurückziehen. Insofern ist offen, ob die Partei selbst ein politischer Einflussfaktor ist, oder bloß das Spielzeug der Administration. Befürchtungen, in Russland könne sich wieder ein Einparteien-System durchsetzen, sind daher bisher nicht gerechtfertigt. Vorläufig gibt es in Russland außer der KPRF keine funktionierenden Parteien.

Das eigentliche Ziel der Dumawahl verfehlt?

Die Wahl eines Parlaments war aber eigentlich nur ein nachrangiges Ziel des Urnengangs am 2. Dezember. In erster Linie ging es bei dieser Wahl darum, dem scheidenden Präsidenten Putin für die Zukunft eine Legitimation als politischer Führer zu verschaffen. Der Vorgang selbst wirkt auf den westlichen Beobachter befremdlich: warum, fragt er sich, benötigt ein Präsident, der zwei erfolgreiche Amtszeiten hinter sich hat, eine zusätzliche Legitimierung durch einen Abstimmungsprozess?

Ursache ist die unklare Nachfolgesituation. Bis heute hat die Präsidentialadministration keinen Kandidaten für die Putin-Nachfolge präsentiert. Eine Verlängerung der Amtszeit Putins, die in der Bevölkerung und bei den Eliten zweifellos positiv aufgenommen wurde, schließt der Präsident selber aus. Am 2. März 2008 soll ein anderer zum neuen Präsidenten gewählt werden. Putin will allerdings auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt eine maßgebliche politische Rolle spielen.

Eine solche Konstellation – die Begleitung und Einhegung des Präsidenten durch eine politische Autoritätsfigur – ist aber in der Verfassung von 1993 nicht vorgesehen. Nach dem Konflikt zwischen Präsident und Oberstem Sowjet, der im Oktober 1993 mit der Beschließung des russischen Parlaments endete, hatten die Verfasser der neuen Konstitution Wert darauf gelegt, jede Möglichkeit für die Entstehung eines Machtzentrums neben dem

Präsidenten auszuschließen. Daher verfügt der Präsident direkt über alle Machtmittel. Verteidigungsminister, Innenminister und die Chefs der Geheimdienste ressortieren direkt bei ihm. Die Regierung ist ihm verantwortlich, nicht dem Parlament, er ernennt und entlässt die Minister und nur im Falle des Ministerpräsidenten muss die Duma ihre Zustimmung geben. Es gibt keine Institution, die den Präsidenten kontrolliert und außer einem – hochkomplizierten – Amtsenthebungsverfahren kein Mittel, die Macht des Präsidenten einzuschränken.

Wo Putin in einer solchen Konstruktion den Platz für einen »nationalen Führer« oder einen starken Ex-Präsidenten sieht, ist rätselhaft. Dennoch scheint er eine solche Rolle anzustreben und seine Spitzenkandidatur auf der Liste von »Einiges Russland« muss als Versuch interpretiert werden, sich seine politische Autorität noch einmal per Referendum bestätigen zu lassen.

Unter diesen Gesichtspunkten kann die Putin-Gruppe aber mit dem Ergebnis nicht wirklich zufrieden sein. Zwar war die Wahlbeteiligung für eine Dumawahl vergleichsweise hoch (nur 1995 gaben mehr Wahlberechtigte ihre Stimme ab) und lag nur knapp unter dem Wert der Präsidentenwahl von 2004. Allerdings war 2004 die Zustimmung für Putin selber fast 8 % höher gewesen als 2007 das Wahlergebnis für »Einiges Russland«. Und übergeht man die »sowjetischen« Ergebnisse in Tatarstan, Baschkortostan, Tschetschenien und anderen Republiken des Nordkaukasus, dann sieht das Bild durchaus nicht überall ermutigend aus.

In Moskau und St. Petersburg gingen mit knapp über 50 % der Wahlberechtigten weit weniger zur Abstimmung als 2004. Die Zustimmung für »Einiges Russland« schwankte dabei zwischen 49 % und 55 %. 2004 hatten 68 % der Moskauer und 75 % der Petersburger Wähler für Putin gestimmt. Ähnlich sah es in Samara, Nishnij Nowgorod und einigen anderen Regionen aus. Offenbar war es dort nicht gelungen, die Bevölkerung für die »Partei der Macht« zu mobilisieren. Insofern war der Wahlgang am 2. Dezember trotz des klaren Ergebnisses für Putin nur in begrenztem Sinne ein Erfolg. Und es stellt sich die Frage, ob das Wahlergebnis gut genug ist, um Putin auch über das Ende seiner Amtszeit hinaus politisch zu legitimieren.

Putins Zukunft und die Zukunft des Regimes

Die eigentliche Frage, die danach, wer im März in Russland die Macht übernehmen wird, ist durch die Dumawahlen also nicht geklärt worden. Soweit den öffentlichen Äußerungen zu entnehmen, stellen sich Putin und seine Entourage offenbar eine Lösung vor, bei der Putin zwar sein Amt abgibt, die Macht aber behält. Dazu sind verschiedene Modelle im Gespräch: die eines »nationalen Führers« ohne Amt, die Übernahme des Ministerpräsidentenamtes, eine Rolle als Vorsitzender der Duma und anderes mehr. In allen Fällen geht man davon aus, dass Putin seine gegenwärtige Autorität auch nach dem Termin der Präsidentenwahlen bewahren kann. Sein politisches Gewicht speist sich gegenwärtig aus drei Quellen:

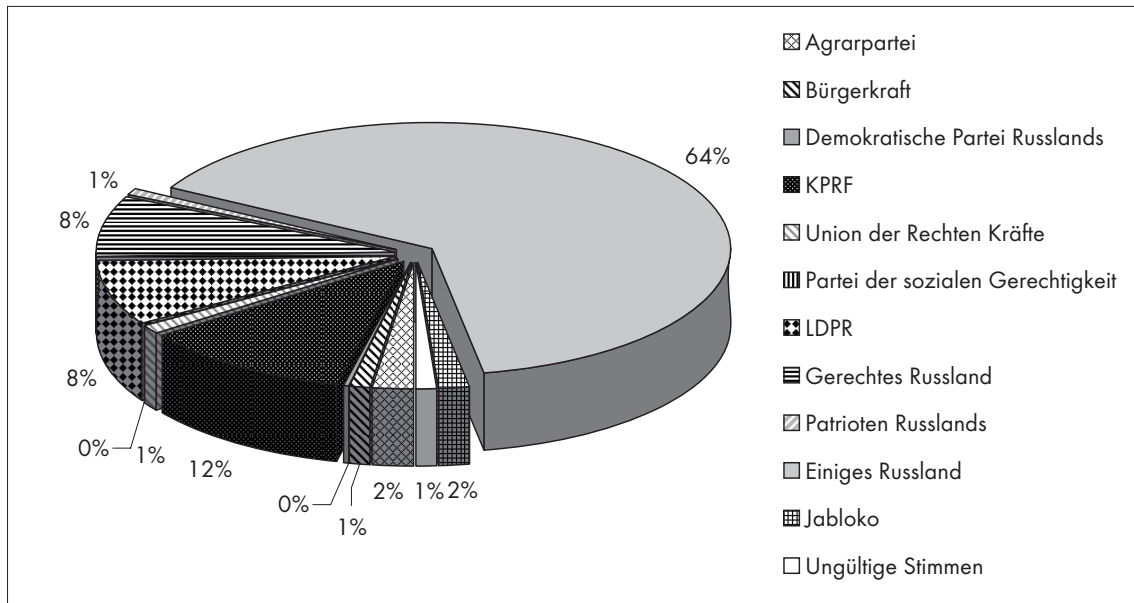
- aus dem Amt des Präsidenten, das ihm kaum kontrollierbare Machtbefugnisse verleiht – über die bewaffnete Macht genauso wie über die »Dienste«, den Staatsapparat, staatliche Konzerne und die von ihnen kontrollierten Medien. Die Verfassung ist für ihn eine Machtressource.
- aus dem breiten Rückhalt der Bevölkerung, die Putin allein vertraut, nicht aber den übrigen Politikern und Gewiss nicht den Institutionen des russischen Staates. Macht erwächst aus der plebiszitären Zustimmung in der Gesellschaft.
- aus der Vernetzung mit den Elitegruppen, die im Präsidenten einen Garanten des *status quo* sehen, und die ihn als Schiedsrichter und Inhaber der politischen Macht akzeptieren.

Gibt Putin aber sein Amt als Präsident auf, so ist keineswegs sicher, dass er den Rückhalt in der Bevölkerung nicht verliert, und dass die Elitengruppen sich noch auf ihn orientieren. Welche Spielräume dem Ex-Präsidenten verbleiben, hängt letztlich von seinem Nachfolger ab, dessen Interesse es eigentlich sein müsste, die genannten Machtressourcen für sich und seine Umgebung zu sichern. Insofern spielt Putin derzeit ein gefährliches Spiel und mitunter hat der Beobachter den Eindruck, dass der Noch-Präsident schon jetzt »eine lahme Ente« ist. Die Konflikte zwischen Inlandsgeheimdienst FSB und der Drogenbekämpfungsbehörde, die u.a. in der Verhaftung eines hohen Beamten der letztgenannten seinen Ausdruck fand, die Verhaftung des Stellvertretenden Finanzministers, Stortschak, – gegen den lautstarken Protest seines Chefs Kudrin, und die Schattenspiele um den Finanzjongleur Schwarzman, der in der Zeitung über finanzielle und politische Pläne Sjetschins plauderte, eines führenden »silowik« (Vertreter der Machtministerien) in der Umgebung Putins, all das erweckt den Eindruck, dass die Elitefraktionen in der Umgebung des Präsidenten nicht mehr mit Putin rechnen.

Wie sich die Nachfolgefrage weiterentwickelt, wird man jedoch erst mit der öffentlichen Vorstellung eines Präsidentschaftskandidaten durch »Einiges Russland« am 17. Dezember erkennen können.

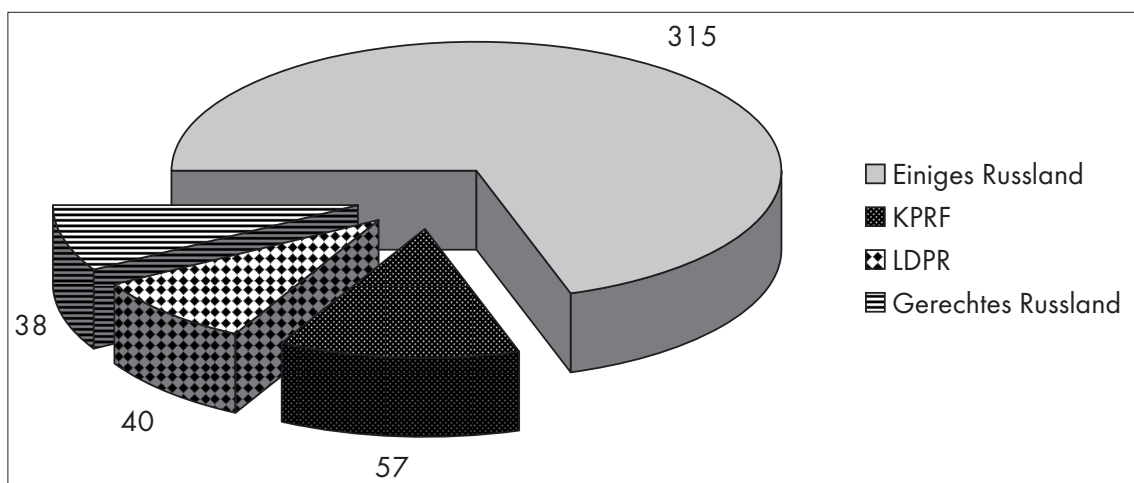
Das amtliche Endergebnis der Dumawahlen

Amtliches Endergebnis der Dumawahl (Stand 8.12.2007)



Quelle: vgl. Tabelle S. 82

Sitzverteilung in der neuen Duma



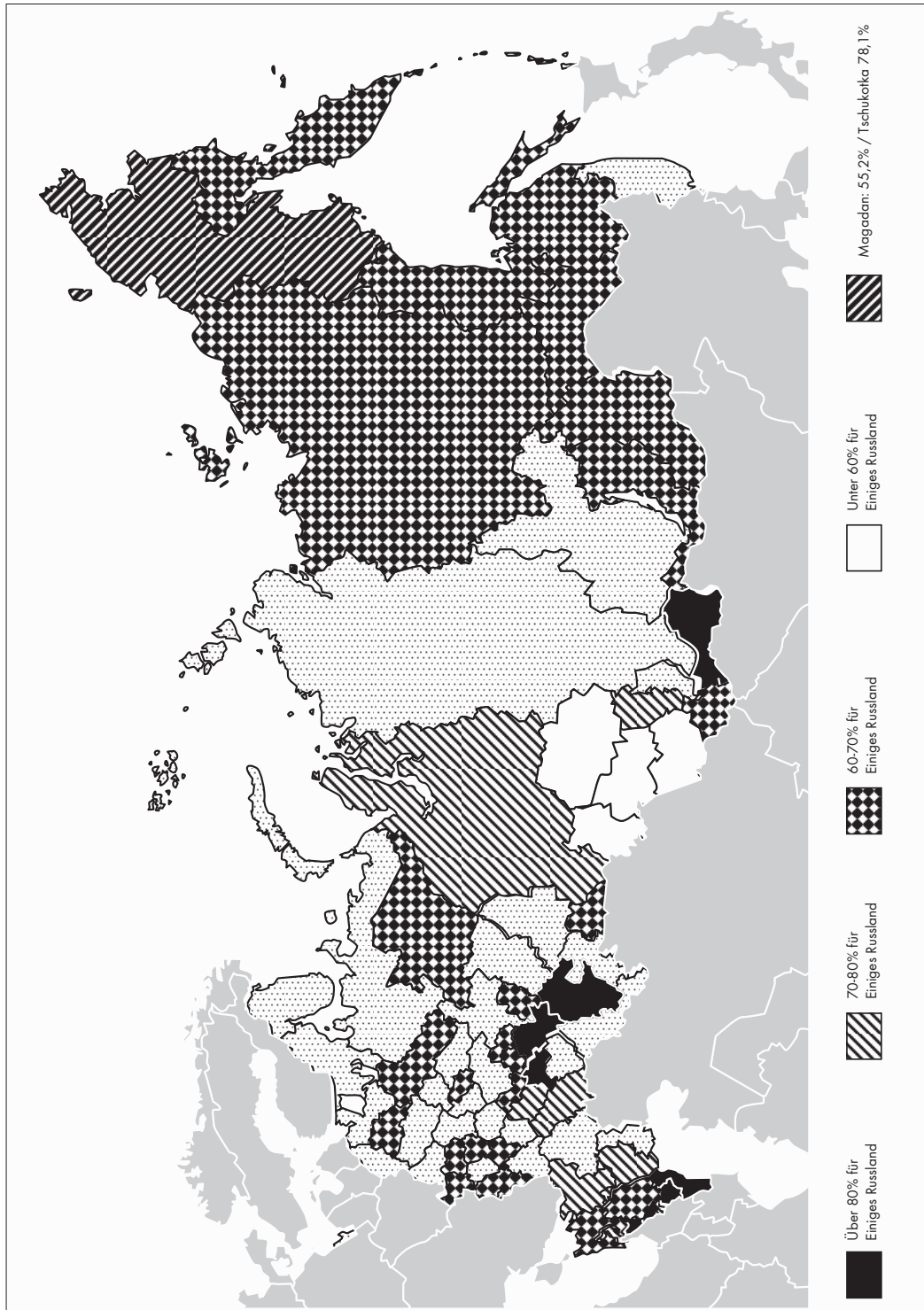
Quelle: <http://www.gazeta.ru/politics/elections2007/>

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007

		absolut	in %
1	Wahlberechtigte	109.145.517	
2	An die Wahlkommissionen ausgegebene Stimmzetteln	101.721.136	
3	Stimmzettel an Wähler, die vorzeitig abstimmen	147.966	
4	Stimmzettel an Wähler zur Abstimmung in Wahlräumen	65.033.458	
5	Stimmzettel an Wähler zur Abstimmung außerhalb von Wahlräumen	4.428.022	
6	Entwertete Stimmzettel	32.107.101	
7	Stimmzettel in mobilen Urnen	4.574.589	
8	Stimmzettel in ortsfesten Urnen	64.962.476	
9	Ungültige Stimmen	759.929	
10	Gültige Stimmen	68.777.136	
11	Wahlscheine (von Wahlkommissionen eingenommen)	2.146.028	
12	Wahlscheine (von Wahlkommissionen ausgegeben)	1.480.696	
13	Wähler, die mit Wahlscheinen abgestimmt haben	1.169.149	
14	Entwertete Wahlscheine	665.300	
15	Wahlscheine der Territorialen Wahlkommission	108.599	
16	Verlorengegangene Stimmzettel	4.751	
17	Stimmzettel, die bei Erhalt nicht gewertet wurden	162	
18	Agrarpartei	1.600.234	2,30%
19	Bürgerkraft	733.604	1,05%
20	Demokratische Partei Russlands	89.780	0,13%
21	KPRF	8.046.886	11,57%
22	Union der Rechten Kräfte	669.444	0,96%
23	Partei der sozialen Gerechtigkeit	154.083	0,22%
24	LDPR	5.660.823	8,14%
25	Gerechtes Russland	5.383.639	7,74%
26	Patrioten Russlands	615.417	0,89%
27	Einiges Russland	44.714.241	64,30%
28	Jabloko	1.108.985	1,59%
	Ungültige Stimmen	759.929	1,09%

Nach: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vid=100100021960186&type=242, 10. Dezember 2007

Ergebnisse für »Einiges Russland« in den Dumawahlen am 2. Dezember 2007



Karte: © Hans-Henning Schröder

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Russische Föderation		2,30%	1,05%	0,13%	11,57%	0,96%	0,22%	8,14%	7,74%	0,89%	64,30%	1,59%	63,71%
Republik Adygeja		1,53%	0,57%	0,11%	12,22%	0,27%	0,15%	5,86%	5,23%	1,00%	70,97%	0,79%	60,94%
Republik Altai		2,90%	0,37%	0,16%	7,99%	0,71%	0,15%	6,45%	9,45%	0,98%	69,46%	0,52%	68,33%
Republik Baschkortostan	Birskaja	0,74%	0,17%	0,06%	4,55%	0,14%	0,08%	1,66%	1,78%	0,31%	89,44%	0,23%	94,36%
	Salavatskaja	0,74%	0,18%	0,06%	8,81%	0,16%	0,08%	1,85%	2,70%	0,25%	84,26%	0,22%	89,64%
	Sterlitamakskaja	0,51%	0,14%	0,05%	5,61%	0,20%	0,07%	1,52%	5,67%	0,26%	85,19%	0,20%	91,62%
	Ufinskaja	0,90%	0,67%	0,15%	10,93%	0,71%	0,24%	3,82%	6,60%	0,61%	73,56%	1,09%	83,83%
Republik Burjatien		1,31%	0,39%	0,13%	10,67%	0,54%	0,16%	6,90%	10,29%	0,56%	65,59%	0,91%	58,65%
Republik Dagestan	Derbentskaja	0,13%	0,02%	0,01%	8,37%	0,03%	0,01%	0,87%	1,09%	0,24%	88,90%	0,05%	91,64%
	Machačkalkinskaja	0,20%	0,03%	0,01%	9,00%	0,03%	0,03%	0,40%	0,34%	0,09%	89,47%	0,04%	91,83%
Republik Inguschetien		0,08%	0,06%	0,04%	0,14%	0,04%	0,04%	0,28%	0,35%	0,04%	98,72%	0,14%	98,35%
Republik Kabardino-Balkarien		0,12%	0,03%	0,01%	1,72%	0,02%	0,02%	0,41%	1,28%	0,11%	96,12%	0,06%	96,68%
Republik Kalmykien		2,90%	0,46%	0,61%	11,72%	0,63%	0,11%	3,37%	5,70%	0,73%	72,43%	0,53%	66,79%
Republik Karatschajewo-Tscherkessien		0,16%	0,05%	0,03%	3,66%	0,04%	0,08%	1,90%	0,29%	0,60%	92,90%	0,09%	92,44%
Republik Kareljen		1,73%	1,42%	0,13%	10,75%	0,72%	0,29%	10,38%	11,24%	1,06%	57,28%	3,98%	54,90%
Republik Komi		2,99%	1,04%	0,13%	9,53%	0,89%	0,21%	11,42%	8,41%	0,76%	62,06%	1,32%	65,11%
Republik Mari El		3,49%	0,81%	0,13%	10,59%	0,63%	0,23%	7,52%	6,40%	0,81%	67,54%	0,87%	78,53%
Republik Mordwinien		0,18%	0,10%	0,03%	3,73%	0,09%	0,03%	0,95%	0,71%	0,14%	93,41%	0,12%	94,49%
Republik Sacha (Jakutien)		1,80%	0,51%	0,11%	9,48%	2,13%	0,25%	6,26%	13,19%	0,53%	63,99%	0,73%	70,33%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Republik Nordossetien	Alanija	2,36%	0,47%	0,19%	10,88%	0,91%	0,34%	2,81%	6,51%	0,84%	71,60%	0,46%	60,12%
Republik Tatarstan	Moskovskaja	0,64%	0,36%	0,09%	4,68%	0,58%	0,12%	3,48%	3,15%	0,27%	85,08%	0,73%	88,00%
	Naberežnočelninskaja	0,83%	0,40%	0,12%	8,14%	0,40%	0,18%	3,23%	5,59%	0,25%	79,66%	0,55%	84,82%
	Nefljanaja	0,79%	0,33%	0,11%	8,04%	0,35%	0,18%	2,57%	4,25%	0,26%	81,69%	0,44%	89,71%
Republik Tuwa	Central'naja	0,72%	0,72%	0,19%	5,76%	1,12%	0,25%	6,60%	4,16%	0,52%	77,55%	1,57%	78,94%
Republik Udmurtien		0,59%	0,18%	0,06%	2,99%	0,12%	0,20%	2,09%	2,55%	0,76%	89,21%	0,20%	80,85%
Republik Chakassien		2,07%	0,99%	0,15%	10,61%	0,74%	0,24%	10,97%	8,62%	2,54%	60,57%	0,94%	61,26%
Republik Tschetschenien		2,69%	0,86%	0,14%	12,88%	0,65%	0,21%	11,32%	5,32%	4,51%	59,53%	0,93%	54,88%
Republik Tschuwaschien	Čuvašija	0,04%	0,03%	0,03%	0,13%	0,08%	0,03%	0,06%	0,06%	0,04%	99,36%	0,05%	99,46%
Region Altai	Barnaul'skaja	1,50%	0,63%	0,13%	12,64%	0,39%	0,20%	8,49%	10,32%	1,26%	62,27%	0,75%	70,64%
	Bijskaja	3,29%	1,14%	0,15%	16,46%	1,92%	0,24%	11,53%	9,88%	1,32%	51,11%	1,93%	60,32%
	Rubcovskaja	4,04%	0,47%	0,12%	17,25%	0,78%	0,18%	10,29%	8,30%	0,75%	56,00%	0,84%	60,15%
Region Krasnodar	Kanevskaja	4,99%	0,38%	0,10%	16,93%	0,82%	0,15%	9,50%	8,02%	0,66%	56,93%	0,59%	62,27%
	Krasnodarskaja	2,26%	0,50%	0,13%	13,94%	0,31%	0,14%	7,39%	7,95%	0,64%	64,44%	0,53%	67,80%
	Krymskaja	2,01%	1,52%	0,18%	17,47%	0,78%	0,25%	8,54%	7,30%	1,25%	56,83%	2,00%	60,86%
	Sočinskaja	1,91%	0,63%	0,16%	15,15%	0,46%	0,17%	7,33%	8,88%	0,86%	61,84%	0,78%	65,75%
	Ust'-Labinskaja	1,77%	1,06%	0,17%	11,57%	0,78%	0,18%	8,66%	8,64%	0,81%	63,09%	1,42%	62,08%
		1,99%	0,60%	0,15%	14,13%	0,50%	0,18%	8,25%	6,96%	0,74%	63,76%	0,84%	67,34%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Region Krasnojarsk	Ačinsko-Minusinskaja	2,77%	0,60%	0,14%	13,51%	1,01%	0,19%	10,89%	7,13%	0,88%	60,97%	0,72%	63,45%
	Krasnojarskaja	2,49%	1,18%	0,15%	12,68%	1,92%	0,25%	9,58%	10,16%	0,99%	57,58%	1,68%	52,88%
Region Primorje	Noril'sko-Kanskaja	2,32%	0,73%	0,12%	11,95%	1,06%	0,23%	11,10%	6,70%	0,66%	63,09%	0,80%	62,58%
	Severnaja	2,99%	0,71%	0,13%	12,08%	0,55%	0,25%	13,12%	8,93%	0,88%	58,24%	0,95%	61,33%
Region Stavropol	Južnaja	2,24%	1,42%	0,19%	11,73%	1,16%	0,33%	13,80%	11,33%	2,06%	51,53%	2,44%	53,10%
	Pjatigorskaja	1,75%	0,66%	0,10%	11,46%	0,65%	0,15%	6,45%	13,74%	0,65%	62,39%	1,00%	54,33%
Region Chabarowsk	Stavropol'skaja	2,02%	0,70%	0,09%	10,74%	0,86%	0,16%	7,33%	13,16%	0,77%	62,02%	1,15%	56,77%
		1,80%	1,03%	0,19%	10,98%	0,93%	0,27%	13,39%	6,81%	1,08%	60,68%	1,65%	61,39%
Gebiet Amur		1,60%	0,54%	0,11%	10,16%	1,44%	0,18%	10,13%	3,93%	0,63%	69,75%	0,67%	67,85%
Gebiet Archangelsk		3,97%	1,36%	0,14%	11,16%	0,94%	0,35%	10,62%	11,03%	0,89%	56,72%	2,12%	54,27%
Gebiet Astrachan		1,12%	0,60%	0,11%	9,70%	0,41%	0,17%	6,75%	20,17%	0,85%	58,00%	0,75%	62,35%
Gebiet Belgorod		1,81%	0,68%	0,11%	15,65%	0,37%	0,18%	6,44%	6,51%	0,72%	65,39%	0,97%	74,17%
Gebiet Briansk		2,24%	0,78%	0,10%	17,09%	0,39%	0,20%	6,53%	8,40%	0,83%	61,77%	0,76%	56,80%
Gebiet Wladimir		3,50%	1,03%	0,13%	14,40%	0,75%	0,31%	10,09%	9,21%	1,22%	56,75%	1,33%	60,02%
Gebiet Wolgograd	Wolgogradskaja	2,77%	1,27%	0,12%	15,50%	0,74%	0,21%	9,90%	11,56%	0,94%	53,93%	2,22%	50,44%
	Volžskaja	3,95%	0,80%	0,10%	15,66%	0,43%	0,20%	8,55%	9,62%	0,67%	58,02%	1,15%	55,97%
Gebiet Wologda	Michajlovskaja	6,34%	0,45%	0,10%	15,96%	0,25%	0,15%	8,73%	5,45%	0,61%	60,71%	0,52%	64,35%
		5,41%	1,19%	0,11%	9,28%	0,74%	0,21%	11,00%	8,81%	0,80%	60,47%	1,13%	64,42%
Gebiet Woronesch	Voronežskaja	2,47%	1,49%	0,16%	21,83%	0,80%	0,22%	12,25%	8,67%	0,83%	48,16%	1,99%	58,28%
	Pavlovskaja	2,71%	0,41%	0,10%	12,08%	0,20%	0,14%	8,52%	9,54%	0,64%	64,18%	0,45%	74,80%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Gebiet Iwanovo		4,16%	1,18%	0,11%	10,94%	0,92%	0,27%	10,38%	8,13%	1,00%	60,76%	1,27%	55,03%
Gebiet Irkutsk	Bratskaja	3,34%	0,54%	0,14%	9,93%	0,97%	0,21%	11,60%	8,40%	0,79%	62,01%	0,96%	61,10%
	Irkutskaja	3,94%	1,03%	0,17%	11,65%	2,02%	0,31%	11,39%	10,01%	0,93%	55,30%	1,97%	57,26%
Gebiet Kaliningrad		1,94%	1,80%	0,16%	13,80%	0,77%	0,24%	10,17%	8,17%	2,20%	57,38%	2,21%	57,11%
Gebiet Kaluga		3,03%	1,10%	0,13%	13,42%	0,82%	0,22%	8,23%	7,64%	1,26%	61,65%	1,60%	55,95%
Gebiet Kemerowo		1,25%	0,74%	0,11%	7,18%	0,59%	0,18%	7,49%	3,36%	0,49%	76,82%	0,91%	77,99%
Gebiet Kirow		6,70%	1,03%	0,14%	11,65%	0,75%	0,34%	12,07%	8,16%	1,37%	55,38%	1,28%	71,09%
Gebiet Kostroma		4,33%	0,86%	0,11%	13,26%	0,76%	0,23%	10,44%	11,12%	0,79%	56,36%	1,06%	61,56%
Gebiet Kurgan		3,95%	0,69%	0,11%	11,34%	0,52%	0,20%	10,50%	5,82%	0,92%	64,43%	0,79%	65,06%
Gebiet Kursk		1,79%	0,62%	0,17%	11,54%	0,45%	0,18%	8,76%	10,87%	0,80%	62,74%	0,87%	63,20%
Gebiet Leningrad		2,73%	1,18%	0,10%	10,78%	1,09%	0,21%	8,64%	12,68%	0,84%	59,23%	1,69%	53,60%
Gebiet Lipetsk		2,00%	0,79%	0,12%	13,03%	0,45%	0,19%	9,65%	8,06%	1,30%	62,30%	0,93%	65,14%
Gebiet Magadan		1,94%	1,80%	0,16%	11,68%	0,73%	0,31%	15,41%	8,69%	1,53%	55,31%	1,39%	60,30%
Gebiet Moskau	Dmitrowskaja	2,90%	1,56%	0,14%	15,15%	1,57%	0,31%	7,23%	6,73%	1,38%	59,06%	2,69%	59,33%
	Istrinskaja	2,73%	1,34%	0,14%	13,18%	1,23%	0,28%	7,84%	7,41%	1,28%	61,32%	2,00%	64,13%
	Kolomenskaja	2,75%	0,96%	0,14%	14,49%	0,87%	0,25%	7,92%	7,89%	1,02%	60,98%	1,44%	57,48%
	Ljubereckaja	2,77%	1,79%	0,16%	14,48%	1,67%	0,37%	7,65%	6,42%	1,38%	59,06%	2,97%	58,88%
	Noginskaja	2,76%	1,34%	0,13%	14,18%	1,27%	0,27%	8,03%	6,60%	1,21%	60,57%	2,28%	63,79%
	Podol'skaja	2,68%	1,41%	0,14%	12,54%	1,21%	0,29%	7,88%	6,34%	1,29%	62,73%	2,19%	64,23%
	Serpuchovskaja	2,82%	1,30%	0,13%	14,50%	1,16%	0,25%	7,91%	7,62%	1,11%	59,82%	2,01%	62,85%
	Chimkinskaja	3,08%	1,64%	0,15%	13,39%	1,57%	0,31%	8,02%	8,12%	1,27%	58,33%	2,69%	61,27%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Gebiet Murmansk		2,13%	1,61%	0,14%	11,14%	0,68%	0,29%	12,96%	11,71%	1,16%	55,11%	1,97%	58,10%
	Arzamasskaja	2,34%	0,68%	0,10%	12,05%	0,34%	0,19%	9,05%	7,92%	0,70%	65,01%	0,68%	65,85%
	Kstovskaja	2,30%	0,99%	0,13%	13,71%	1,08%	0,21%	7,94%	10,89%	0,66%	59,73%	1,38%	54,47%
	Nižegorodskaja	2,29%	1,61%	0,15%	13,67%	2,26%	0,27%	7,63%	13,37%	0,84%	54,51%	2,20%	51,91%
Gebiet Nowgorod	Semenovskaja	2,53%	0,77%	0,09%	10,97%	0,63%	0,21%	9,73%	10,62%	0,58%	62,18%	0,86%	56,94%
		2,56%	1,00%	0,15%	10,83%	0,46%	0,23%	9,55%	8,28%	1,73%	63,13%	1,29%	63,62%
Gebiet Nowosibirsk	Zael'covskaja	2,40%	1,25%	0,14%	17,41%	1,33%	0,25%	8,60%	7,02%	0,98%	57,60%	2,00%	56,52%
	Iskitimskaja	3,69%	0,38%	0,11%	13,41%	0,46%	0,15%	9,25%	6,70%	0,61%	63,73%	0,47%	62,72%
	Novosibirskaja	2,20%	1,54%	0,16%	18,25%	1,57%	0,29%	8,27%	7,96%	0,96%	55,25%	2,47%	54,67%
Gebiet Omsk	Omskaja	2,66%	0,54%	0,20%	12,70%	0,81%	0,19%	8,53%	5,00%	0,74%	66,50%	0,71%	72,42%
	Central'naja	2,64%	1,48%	0,21%	17,69%	2,21%	0,30%	10,68%	8,03%	1,21%	51,44%	2,76%	55,71%
Gebiet Orenburg	Novotroickaja	3,08%	0,54%	0,13%	12,66%	0,63%	0,18%	9,10%	9,35%	0,91%	61,88%	0,62%	57,84%
	Orenburgskaja	2,86%	0,80%	0,13%	13,93%	1,05%	0,22%	9,33%	9,17%	1,59%	58,64%	1,33%	55,19%
Gebiet Orjol		1,77%	1,11%	0,15%	17,58%	0,67%	0,20%	8,21%	7,26%	1,05%	59,85%	0,82%	71,01%
Gebiet Pensa		1,42%	0,59%	0,11%	13,09%	0,32%	0,16%	5,86%	5,00%	0,73%	70,31%	0,99%	69,72%
Gebiet Pskow		3,12%	1,08%	0,15%	14,33%	0,49%	0,22%	9,20%	11,14%	1,01%	56,73%	1,72%	65,44%
	Volgodonskaja	1,81%	0,36%	0,06%	8,53%	0,21%	0,14%	4,75%	5,63%	0,43%	76,96%	0,51%	72,66%
Gebiet Rostow	Kamenskaja	1,90%	0,33%	0,08%	9,40%	0,21%	0,15%	6,08%	6,58%	0,49%	73,81%	0,44%	68,69%
	Novočerkasskaja	1,64%	0,48%	0,08%	9,98%	0,46%	0,16%	5,47%	6,38%	0,47%	73,60%	0,70%	66,25%
	Rostovskaja	1,26%	1,14%	0,13%	11,88%	1,02%	0,27%	4,90%	7,00%	0,69%	68,57%	2,46%	67,03%
	Taganrogskaja	1,49%	0,92%	0,13%	13,21%	0,89%	0,22%	5,66%	7,93%	0,68%	65,87%	2,14%	63,10%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Gebiet Rjasan		2,49%	0,98%	0,13%	15,60%	0,62%	0,29%	9,97%	8,78%	1,10%	57,10%	1,90%	57,25%
Gebiet Samara	Volžskaja	1,99%	0,78%	0,12%	14,30%	1,05%	0,17%	9,50%	9,12%	0,64%	60,43%	0,73%	57,93%
	Samarskaja	2,20%	2,01%	0,13%	19,14%	1,88%	0,22%	8,62%	10,27%	0,86%	51,36%	2,40%	44,63%
	Tol'jattinskaja	2,45%	1,88%	0,13%	17,72%	1,25%	0,20%	9,86%	7,94%	0,65%	55,49%	1,38%	54,15%
	Balakovskaja	1,86%	0,39%	0,11%	10,25%	0,18%	0,16%	5,16%	8,32%	0,65%	70,32%	0,85%	65,28%
Gebiet Saratow	Balašovskaja	1,76%	0,47%	0,12%	11,19%	0,25%	0,15%	6,28%	8,20%	0,50%	68,34%	0,86%	65,94%
	Saratovskaja	2,32%	1,32%	0,16%	16,19%	1,05%	0,26%	7,39%	11,41%	0,81%	54,08%	3,41%	54,02%
Gebiet Sachalin		1,09%	0,95%	0,14%	14,55%	0,50%	0,21%	10,07%	5,99%	0,96%	62,96%	1,36%	54,39%
Gebiet Swerdlowsk	Kamensk-Ural'skaja	2,22%	3,32%	0,10%	8,18%	0,93%	0,27%	11,08%	6,19%	0,69%	64,77%	1,27%	61,02%
	Nižnetagil'skaja	2,12%	2,87%	0,13%	7,46%	1,27%	0,32%	11,95%	7,97%	0,71%	62,46%	1,59%	64,15%
	Pervoural'skaja	2,29%	4,01%	0,14%	7,74%	1,94%	0,31%	10,26%	8,38%	0,75%	60,92%	2,25%	57,09%
	Serovskaja	2,20%	1,94%	0,11%	6,86%	1,05%	0,27%	12,35%	6,25%	0,68%	66,47%	0,92%	61,67%
	Central'naja	2,08%	5,97%	0,19%	8,05%	3,37%	0,39%	9,50%	8,61%	0,83%	55,74%	4,13%	59,07%
Gebiet Smolensk		2,63%	0,89%	0,15%	15,35%	0,67%	0,19%	12,00%	9,77%	1,24%	53,92%	1,43%	54,83%
Gebiet Tambow		3,15%	0,67%	0,12%	19,17%	0,46%	0,17%	7,68%	5,89%	0,73%	59,79%	1,17%	61,54%
Gebiet Twer		3,56%	1,00%	0,10%	13,43%	0,71%	0,21%	9,71%	8,41%	0,86%	59,71%	1,53%	57,46%
Gebiet Tomsk		1,53%	1,40%	0,17%	10,84%	1,95%	0,27%	13,20%	7,71%	1,14%	58,41%	1,99%	59,18%
Gebiet Tula	Novomoskovskaja	2,22%	0,64%	0,13%	13,61%	0,62%	0,19%	6,99%	9,55%	0,93%	63,14%	1,04%	58,10%
	Tul'skaja	2,16%	1,20%	0,16%	13,15%	0,94%	0,28%	7,27%	10,01%	1,13%	60,25%	2,46%	55,71%
Gebiet Tjumen		1,45%	0,70%	0,12%	6,74%	0,67%	0,18%	9,62%	4,16%	0,83%	73,57%	0,82%	80,41%

Amtliches Endergebnis der Dumawahlen am 2.12.2007: Regionale Ergebnisse

		Agrarpartei	Bürgerkraft	Demokratische Partei Russlands	KPRF	Union der Rechten Kräfte	Partei der sozialen Gerechtigkeit	LDPR	Gerechtes Russland	Patrioten Russlands	Einiges Russland	Jabloko	Wahlbeteiligung
Stadt Sankt Petersburg	Vostočnaja	2,43%	1,97%	0,12%	12,11%	2,02%	0,23%	7,86%	14,90%	0,96%	52,45%	4,15%	50,49%
	Zapadnaja	2,47%	2,08%	0,15%	12,50%	2,31%	0,25%	7,80%	13,82%	0,96%	52,26%	4,47%	51,99%
	Severnaja	2,33%	2,43%	0,15%	12,62%	2,80%	0,26%	7,46%	14,80%	1,13%	49,67%	5,46%	51,58%
	Central'naja	2,25%	2,35%	0,15%	12,38%	3,24%	0,25%	7,07%	16,23%	1,01%	47,89%	6,20%	51,38%
	Južnaja	2,56%	2,23%	0,14%	12,69%	2,64%	0,24%	7,19%	16,00%	0,98%	49,17%	5,27%	51,92%
Jüdisches Autonomes Gebiet		1,36%	0,66%	0,19%	14,09%	0,94%	0,23%	8,50%	4,63%	0,58%	66,22%	0,83%	64,55%
Autonomer Kreis der Burjaten von Aginsk		2,08%	0,20%	0,05%	4,50%	0,19%	0,11%	6,07%	2,37%	0,29%	83,24%	0,34%	86,42%
Autonomer Kreis der Nenzen		4,43%	1,90%	0,18%	12,38%	1,10%	0,42%	13,03%	10,03%	4,28%	48,78%	1,62%	52,48%
Autonomer Kreis der Burjaten von Ust-Ordinsk		9,62%	0,25%	0,10%	5,74%	0,32%	0,16%	4,65%	4,98%	1,32%	71,73%	0,37%	75,40%
Autonomer Kreis der Chanten und Mansen	Jugra	1,91%	1,12%	0,14%	7,07%	0,54%	0,24%	13,18%	6,29%	1,19%	65,96%	1,15%	67,08%
Autonomer Kreis der Tschuktschen		1,20%	0,88%	0,11%	3,05%	0,30%	0,20%	7,44%	2,77%	0,49%	78,13%	0,94%	78,66%
Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen		0,75%	0,69%	0,11%	4,15%	0,37%	0,16%	7,72%	4,69%	0,38%	79,35%	0,58%	84,87%
Gebiet Perm	Severnaja	2,71%	0,65%	0,13%	6,50%	1,29%	0,16%	12,33%	5,71%	0,90%	67,60%	1,02%	55,08%
	Central'naja	2,86%	2,49%	0,20%	11,73%	3,60%	0,26%	12,20%	7,16%	1,13%	54,07%	2,89%	51,72%
	Južnaja	3,39%	0,84%	0,13%	8,93%	1,26%	0,19%	12,83%	5,99%	0,85%	63,56%	1,00%	57,67%
Gebiet Kamtschatka		2,11%	1,39%	0,21%	8,06%	0,52%	0,26%	11,45%	6,14%	2,12%	63,67%	1,47%	56,95%

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 79 **Der politische Einfluss der Agrarlobbies in Polen, Russland und der Ukraine**
Eine vergleichende Politikfeldanalyse
Von Heiko Pleines
(Dezember 2006)
- Nr. 80 **Der politische Einfluss der Kohlelobbies in Polen, Russland und der Ukraine**
Eine vergleichende Politikfeldanalyse
Von Heiko Pleines
(Dezember 2006)
- Nr. 81 **Das Comeback von Viktor Janukowitsch**
Die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine 2006
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Januar 2007)
- Nr. 82 **Das Buch verlassen**
Lev Rubinštejns Künstlerbücher
Von Valentina Parisi
(Juni 2007)
- Nr. 83 **Das lettische Okkupationsmuseum**
Das Geschichtsbild des Museums im Kontext der Diskussionen über die Okkupationszeit in der lettischen Öffentlichkeit
Von Rebekka Blume
(Juli 2007)
- Nr. 84 **Staat und Pressefreiheit in der ersten Amtsperiode des russischen Präsidenten Vladimir Putin (2000 – 2004)**
Von Alena Göbel
(August 2007)
- Nr. 85 **Regimewechsel und Gesellschaftswandel in Osteuropa**
Beiträge für die 15. Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin
(Oktober 2007)
- Nr. 86 **Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007**
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Oktober 2007)
- No. 87 **Russia's Foreign Policy: Key Regions and Issues**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(November 2007)
- Nr. 88 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mitgliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 1: Erste Ergebnisse für Polen, Tschechien und Slowakei
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 89 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mitgliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 2: Dokumentation der Interviewergebnisse
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kéghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008 (in Vorbereitung), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 3 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Die russische Sammlung.
Samizdat und Nachlässe aus der Sowjetunion, Russland und den Nachfolgestaaten.
Die 1950er Jahre bis heute
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)
- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)

Changing Europe

- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 74 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008 (in Vorbereitung), 240 S., br.
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008 (im Druck), 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4

Einzelveröffentlichungen

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: polen-analysen@dpi-da.de

Russlandanalysen

Die Russlandanalysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de